Dienstag, 30. Juli 1985 - D ★★★

DIE WELT

UNABHÄNGIGE TAGESZEITUNG FÜR DEUTSCHLAND

Nr. 174 - 31.W.- Preis 1,20 DM - 1 H 7109 A

Axel Springer Verlag AG. Postf. 10 08 64. 4300 Essen 1. Tel. 0 20 54 / 10 11
Wichtige Telefon-Nummern der WELT: Zentralredaktion Bonn (02 28) 304-1 / Anzeigenannahme Kettwig (0 20 54) 10 15 24 / Vertriebsabteilung Hamburg (040) 347-1 – Pflichtblatt an allen deutschen Wertpapierbörsen

Belgien 36,00 bfr, Dänemark 8,00 dkr, Frankreich 6,50 F, Griechenland 105 Dr, Großbritannien 65 p, Italien 1500 L, Jugoslawien 275,00 Din, Luxemburg 28,00 lfr, Niederlande 2,00 hfl, Norwegen 7,50 nkr, Österreich 12 öS, Portugal 115 Esc, Schweden 6,50 skr, Schweiz 1,80 sfr, Spanien 125 Pts, Kanarische Inseln 150 Pts.

TAGESSCHAU

POLITIK

Streik: Das Arbeitsgericht Münster hat drei Anträge auf Erlaß einer einstweiligen Verfügung gegen Streikmaßnahmen der IG Metall in NRW abgelehnt.

Kriminalität: Für einen Einsatz des Bundesgrenzschutzes bei der allgemeinen Verbrechensbekämpfung in einem 30-Kilometer-Bereich entlang der innerdeutschen Grenze hat sich der Bundesgrenzschutzverband (BGV) ausgesprochen. (S. 4)

Privatuniversität: *Nachdem in* Ingolstadt die Gründung einer privaten Hochschule gescheitert ist, kündigte der CSU-Politiker Schosser Gesetzesinitiativen an, die die Erfolgsaussichten verbessern sollen. Er sehe nicht ein, daß in dem SPD-geführten NRW eine Privatuniversität funktioniere, in Bayern aber nicht. (S. 4)

Israel: Angesichts der Zunahme gewalttätiger Aktivitäten in Israel hat Ministerpräsident Peres verschärfte Strafen für Terroristen sowie vermehrte Ausweisungen von Terroristen und Unterstützern von terroristischen Organisationen angekündigt. (S. 5)

Nordirland: Es häufen sich Anzeichen dafür, daß die britische und irische Regierung in den auf Beamtenebene geführten Verhandlungen über eine Zusammenarbeit für eine friedliche Zu*kunft Nordirlands bedeutende* Fortschritte gemacht haben. (S. 5)

Selbstmord? Vor dem Regierungssitz in Bangkok hat der thailändische Wissenschaftsminister Lathapipat nach Polizeiangaben gestern Selbstmord begangen. An dieser Theorie kamen allerdings Zweifel auf. (S. 5)

WELT-Serien

FERNSEHMACHER DER ERSTEN STUNDE

Phantasie und Improvisation waren das wichtigste Kapital in den Kindertagen des deutschen Fernsehens. Die Frauen und Männer der ersten Stunde erzählen aus der Pionierzeit. Heute: Werner Baecker. S. 10

DIE KUNST UND DIE FÄLSCHER

Stoff für spannende Geschichten, die Geschichte machten, liefern Fälscher und ihre „Werke". Heute: die „Klassiker" des Geigers Kreisler. S. 15

WIRTSCHAFT

Kredite: Die Banken halten sich bei der internationalen Kreditgewährung weiter zurück. Eine Ausnahme machen nur die japanischen Institute, deren Kreditvergabe 1984 um 63 Milliarden Dollar in die Höhe ging. Auf dem Rückzug befinden sich vor allem amerikanische, aber auch deutsche, Schweizer und britische Banken, ermittelte die Morgan Guaranty Trust in New York. (S. 11)

Südafrika: Die anhaltenden Unruhen haben die meisten ausländischen Anleger verunsichert. Sie schichten zunehmend ihre Gelder aus Südafrika in andere Finanzzentren um und bevorzugen nach Angaben aus Londoner Börsenkreisen dabei Plätze mit Investitionsmöglichkeiten in Goldwerten. (S. 11)

Börse: Auch zum Wochenbeginn setzten die Aktienkurse ihre sommerliche Talfahrt fort. Der Rentenmarkt war weiter fest. WELT-Aktienindex 192,84 (194,35). BHF-Rentenindex 104,172 (104,156). Performance Index *105,596* (105,550). Dollarmittelkurs 2,8304 (2,8792) Mark. Goldpreis pro Feinunze 326,50 (316,95) Dollar.

KULTUR

Film: Die interessanteste Figur des Alten Testaments und der frühen israelischen Geschichte überhaupt wurde jetzt erstmals in den Mittelpunkt eines Films gestellt. Der Australier Bruce Beresford will mit seinem Streifen „König David" offenbar an die ruhmvolle *Tradition großer* biblischer Epen anknüpfen. (S. 15)

Ausstellung: Grotesk ist die Etymologie und die Ikonographie. Daran erinnert die Abegg-Stiftung im *schweizerischen* Riggisberg (bei Bern) mit ihrer Ausstellung „Von den Grotesken zum Grotesken". Beide Begriffe, das Wort und das Ornament, haben ihren Ursprung in Neros „Domus Aurea". (S. 15)

ZITAT DES TAGES



» Es ist ein Stück Rücksichtslosigkeit, wenn die einen keine Arbeit haben und die anderen Über*stunden zur* Regelarbeitszeit *ma*chen «

Bundesarbeitsminister Norbert Blüm (CDU) zur Diskussion über eine gesetzliche Regelung der Mehrarbeit FOTO: DPA

SPORT

Rudern: Der deutsche Verband verzichtet auf den Start eines Achters bei der Weltmeisterschaft in Hazewinkel (Belgien). Aus der Besatzung des ursprünglich vorgesehenen Bootes wurden zwei Vierer gebildet. (S. 9)

Fernsehen: 17 Stunden Sport senden ARD und ZDF in dieser Woche vom Daviscup Deutschland – USA, von der deutschen Leichtathletik-Meisterschaft, der EM der Springreiter und der Formel 1 auf dem Nürburgring. (S. 9)

AUS ALLER WELT

Mafia: Auf offener Straße ist in der sizilianischen Hafenstadt Porticello der Polizeichef einer Sondereinheit zur Bekämpfung der Mafia, der 35 Jahre alte Giuseppe Montana, erschossen worden. Die Täter entkamen unerkannt. (S. 16)

Freispruch: Das Landgericht Hamburg hat den 70 Jahre alten ehemaligen Gestapomann Harri Schulz gestern vom Vorwurf des Mordes und der Beihilfe zum Mord in den Jahren 1942 und 1943 freigesprochen. Die Staatsanwaltschaft kündigte Revision gegen das Urteil an. (S. 16)

Wetter: Wechselnd bewölkt, einzelne Schauer. 18 bis 24 Grad.

Außerdem lesen Sie in dieser Ausgabe:

Österreich will das schärfste Weingesetz Europas beschließen

Krisengipfel tagte in Wien / Aufzuckerungsverbot für Qualitätsweine

KURT POLLAK, **Wien**

Bundeskanzler Sinowatz mußte gestern in die Rolle des Kapitäns eines gestrandeten Schiffes schlüpfen und seine Regierungsmannschaft antreten lassen, um in einem Sofortpro*gramm sein Schiff „Österreich" vor* dem drohenden Untergang zu bewahren.

Drei Stunden tagte im Wiener Bundeskanzleramt der von Sinowatz ein*berufene „Wein-Krisengipfel"*, dessen Ziel es sein sollte, ein 11-Punkte-Programm zu erarbeiten, dessen Verwirklichung das durch den Wein-Skandal schwer angeschlagene internationale Image der Alpenrepublik, so gut es geht, wiederherstellen soll. Der hinter verschlossenen Türen tagende Wiener „Wein-Kongreß", der wahrlich keinen Anlaß hatte, nach historischem Vorbild zu tanzen, konnte, noch ehe Beschlüsse gefaßt wurden, mit positiven, selbst von der Opposition freundlich begrüßten Zukunftsaussichten aufwarten. Österreich wird nach dem Wunsch von Bundeskanzler Sinowatz in Zukunft das strengste Weingesetz Europas besitzen. Das in Verruf geratene bisherige Weinsiegel wird nach französischem Vorbild durch ein Signum „kontrolliert-garantiert" ersetzt.

Für jeden Exportwein muß ein Ausfuhrzeugnis vorhanden sein. Alle Prädikats- und Qualitätsweine wer*den eine fortlaufende Prüfungsnum*mer erhalten. Auf den Etiketten muß der Alkohol- und Säuregehalt der Weine angegeben sein. Es soll ein absolutes „Aufzuckerverbot" für alle Weine geben. Bisher war es erlaubt, viereinhalb Kilogramm Zucker für einen Hektoliter Wein zu verwenden. (Diäthylenglykol darf natürlich auf keinen Fall verwendet werden ...)

Außerdem soll eine Beschränkung des Hektarertrages die Qualität der Weine garantieren. Herkunftsschutz für Qualitäts- und Prädikatsweine wird Bedingung. Der Verschnitt verschiedener Rebsorten soll nicht mehr zulässig sein. Die Herkunftsbezeichnungen der Weine müssen im Interesse der Weinorte besonders geschützt werden. Bei Aufdeckung einer Verfälschung kann der Kellereibetrieb sofort gesperrt werden, ohne daß – wie bisher – erst eine Untersuchung abgewartet werden muß. Die Strafbestimmungen bei Verstößen gegen das Weingesetz werden verschärft.

Vom 1. Oktober an dürfen nurmehr original abgefüllte Flaschen exportiert werden. Außedem muß eine Kontrolle aller „Weinbewegungen" vom *Keller bis zum Detailhandel* verfolgt werden können. Die Anzahl der Kellerei-Inspektoren wird erhöht. Kein Liter Wein darf mehr, erklärten die Regierungsmitglieder, unkontrolliert in den Handel gelangen.

Wie ernst es der österreichischen Regierung mit diesem Sofortprogramm ist, beweist die Forderung der „Weingipfel"-Teilnehmer, daß noch *im August die vorgesehenen Gesetz*esänderungen in einer Sondersitzung des österreichischen Nationalrates (Parlament) behandelt werden müssen. Während die Konferenz tagte, waren die Weindetektive emsig am Werk. Bis jetzt wurden 16 Weinpanscher verhaftet.

Staatsanwalt Friedrich Kutschera aus Krems (Niederösterreich) erklärte, daß österreichische Weine schon seit mindestens sechs Jahren verfälscht worden seien.

DER KOMMENTAR

Berlin

WILFRIED HERTZ-EICHENRODE

Wären jene, die der Delegation aus der Bundesrepublik Deutschland bei dem kommunistischen Propaganda-Rummel der Jugend in Moskau angehören, noch eines patriotischen Gefühls fähig, so hätten sie abreisen müssen, als sie merkten, daß die Sowjets sie zu Statisten einer Demonstration der Trennung West-Berlins von der Bundesrepublik Deutschland erniedrigen wollten. Sie sind übel betrogen worden. Dennoch sind sie geblieben.

Jeder Patriot weiß, daß der Moskauer Eklat nicht als Beiläufigkeit abgetan werden kann. Die Berliner Blockade ist unvergessen. Damals hatten die Sowjets versucht, West-Berlin auszuhungern, auf daß es wie ein Apfel in den Schoß der „DDR" falle. Die beharrlichen Versuche der Sowjetunion, ihre Vorstellung von einer „selbständigen Einheit West-Berlin" zu demonstrieren, sind nichts anderes als die Fortsetzung der Blockade-Politik mit anderen Mitteln. Wie damals, so geht es auch heute um die Freiheit der Berliner.

Wenn die Bundesregierung die Schutzmächte Berlins anruft, so tut sie nur ihre Pflicht. Es kann nicht hingenommen werden, daß Moskau das Viermächte-Abkommen über Berlin aushöhlt. Die Bundesregierung tut auch ihre Pflicht, wenn sie die Delegation zur Rückkehr auffordert. Es spricht für den Patriotismus des Berliner DGB, wenn er klarstellt, daß die kommunistischen Spalter der Delegation nicht das Recht haben, auch im Namen der Gewerkschaften aufzutreten. Der Befund des Berliner DGB-Vorsitzenden Pagels: Die Hoffnungen auf eine Verbesserung der Entspannungspolitik zwischen Ost und West haben Schaden erlitten.

Anders die SPD. Zwar macht Oppositionsführer Vogel zutreffende Anmerkungen zu dem Skandal, er meint aber, die Delegation habe sich richtig verhalten. Er ist also damit einverstanden, daß die Delegation sich würdelos benimmt, indem sie sich mit Protestgeschwätz vor Ort begnügt.

Vielleicht machen sich die Düpierten tatsächlich noch vor Ende des Moskauer Spektakels auf die Heimreise. Dann aber nur, um bei der Schlußfeier nicht noch einmal Statisten des gleichen Schauspiels zu werden. Das wäre ja auch eine fürchterliche Blamage. Man fragt sich: Was sind das für Leute, die da angeblich die Bundesrepublik Deutschland vertreten? Es sind wohl welche von denen, die alle Vertriebenen für Revanchisten halten, aber weder Revanchismus noch Expansionismus erkennen, wenn die Sowjets ihre Hand nach dem freien Berlin ausstrecken.

Bonn nimmt Moskauer Eklat nicht hin

Regierungssprecher Schäfer: Vier-Mächte-Abkommen unterlaufen / SPD sieht sich getäuscht

PETER PHILIPPS, **Bonn**

Die Bundesregierung hat den Eklat bei den kommunistischen „Weltjugendfestspielen", bei deren Eröffnung eine eigene Berliner Delegation ins Moskauer Stadion einmarschiert ist, als einen Akt verurteilt, mit dem die Vereinbarung unterlaufen worden sei, das Vier-Mächte-Abkommen „voll anzuwenden und strikt einzuhalten". Regierungssprecher Norbert Schäfer hat angekündigt, daß Bonn „auf allen zur Verfügung stehenden Wegen diesen Vorgang" weiter erörtern werde, so auch mit den westlichen Signatarstaaten.

Auch der Vorstand der SPD-Bundestagsfraktion, der von Hans-Jochen Vogel extra einberufen wurde, hat den Auftritt in Moskau als „mit dem Vier-Mächte-Status Berlins *nicht* vereinbar" bezeichnet. Hier werde ein „essentieller Bestandteil der Entspannungspolitik" in Frage gestellt. In der Parteispitze fühlt man sich auch deshalb schwer getäuscht, weil Egon Bahr „am Rande des Brandt-Besuchs in Moskau Klarheit in der Berlin-Frage" erreicht zu haben geglaubt habe.

Regierungssprecher Schäfer hat außerdem deutlich gemacht, daß die westdeutschen Jugend-Delegationen in Moskau „nicht die Bundesrepublik Deutschland vertreten". Eben weil es keine festen „schriftlichen Vereinbarungen" über die volle Einbindung der Berliner Jugendgruppen in die Delegation der Bundesrepublik gegeben habe, habe es auch keine Reisezuschüsse der Bundesregierung gegeben.

SEITE 10:
„Ausgetrickst"

Aus dem Bundesjugendministerium wurde in diesem Zusammenhang noch einmal an den Satz von Minister Heiner Geißler erinnert, der am 5. Juli gesagt hatte: „Die Bundesregierung läßt sich nicht von den Moskauer Veranstaltern an der Nase herumführen." Seine Staatssekretärin Irmgard Karwatzki forderte die SPD-geführten Bundesländer, die mit Reisezuschüssen eingesprungen waren, „angesichts der ungeheuerlichen Provokation in Moskau" zu „klaren Aussagen zur politischen Bindung West-Berlins" auf. Regierungssprecher Schäfer erwartet von diesen Landesregierungen, die sich „jetzt getäuscht fühlen müssen", die *Delegationen zur* sofortigen Rückkehr aus Moskau aufzufordern. Der gleiche Vorschlag kam vom IG-Chemie-Vorsitzenden Hermann Rappe.

Rudolf Hartung, Sprecher der nichtkommunistischen deutschen Jugendvertreter in Moskau, kündigte das Bemühen um „Klärung" vor Ort an. Man werde sich nur „bis auf weiteres nicht am Arbeitsprogramm" der Veranstaltung beteiligen. Aus Moskau verlautete, die Gruppe werde möglicherweise am Tag vor der Schlußkundgebung abreisen.

Gencher tritt bei der KSZE für die Menschenrechte ein

„Wesentliche Fortschritte im innerdeutschen Bereich"

BERNT CONRAD, **Helsinki**

Die Teilnehmer des heute in Helsinki beginnenden Jubiläumstreffens zum zehnten Jahrestag der KSZE-Schlußakte müssen nach Ansicht von Bundesaußenminister Hans-Dietrich Genscher eine „sehr nüchterne Bilanz" ziehen. Dabei dürfe man sich allerdings auch durch unbestreitbare Enttäuschungen und Rückschläge, vor allem im Bereich der Menschenrechte, nicht davon abhalten lassen, weiter für Verbesserungen einzutreten, sagte Genscher, der gestern als einer der ersten Außenminister in der finnischen Hauptstadt eintraf.

Der Westen habe vor zehn Jahren auf der Konferenz für Sicherheit und *Zusammenarbeit in Europa nichts* aufgegeben, sondern einen Prozeß eingeleitet, der die Zusammenarbeit erleichtern und den Menschen helfen solle, fuhr Genscher fort. Besonders im innerdeutschen Bereich seien – bei allen Rückschlägen – wesentliche Fortschritte erreicht worden. So seien die verbesserten Reisemöglichkeiten „praktische Menschenrechtspolitik".

Auch der sowjetische Außenminister Eduard Schewardnadse, der zum erstenmal an einer internationalen Konferenz teilnimmt, und der amerikanische Außenminister George Shultz kamen schon gestern in Helsinki an. Ihre morgige, auf mindestens drei Stunden angesetzte Begegnung am Rande der KSZE-Tagung steht im Mittelpunkt des allgemeinen Interesses.

In seiner heutigen Rede in der Finlandia-Halle wird Shultz nach vorliegenden Informationen die KSZE als ein nützliches Forum für die Erörterung der Menschenrechte und für die Überwindung von Ost-West-Barrieren bezeichnen. Gleichzeitig wird er harte Kritik daran üben, daß die Sowjetunion auf dem Gebiet der Menschenrechte immer wieder die Bestimmungen der Schlußakte von Helsinki verletzt habe.

Einzelheiten dieser Verstöße will die Internationale Gesellschaft für Menschenrechte (IGFM) den 35 Teilnehmern des KSZE-Treffens übermitteln. In einer von ihr ausgearbeiteten Dokumentation wird darauf hingewiesen, daß alle nach 1975 in der

LEITARTIKEL SEITE 2:
Der Leichenschmaus
Von Günter Zehm

Sowjetunion gegründeten „Gruppen zur Überwachung der Einhaltung der Helsinki-Abkommen" von den Sowjetbehörden zerschlagen worden seien.

Der Gründer der ersten Moskauer Helsinki-Gruppe, Professor Jurij Orlow, muß nach Angaben der Dokumentation sieben Jahre Haft und fünf Jahre Verbannung verbüßen. Von den anderen 97 bekannten Gruppenmitgliedern seien nur zwei in der Sowjetunion auf freiem Fuß; die übrigen befänden sich in Straflagern, Zuchthäusern, psychiatrischen Anstalten oder seien zur Emigration gezwungen worden.

Die IGFM stellte fest: „Obwohl die Verfolgung der Mitglieder der Helsinki-Bewegung im Westen bekannt war, wurde von den Regierungen der westlichen Staaten nichts unternom-

● **Fortsetzung Seite 10**

Garcia reduziert Schuldenzahlungen

DW. **Lima**

Peru wird nach den Worten seines neuen sozialdemokratischen Präsidenten Alan Garcia die Rückzahlung seiner Auslandsschulden einschränken. Garcia, der am Sonntag als Präsident vereidigt worden war, sagte in seiner Antrittsrede vor dem Kongreß, im kommenden Jahr würden nicht mehr als zehn Prozent der Exporterlöse für den Schuldendienst verwandt. Die bisherige Regierung unter Präsident Belaunde Terry hatte rund 45 Prozent für Zins- und Tilgungszahlungen ausgegeben. Die Schulden Perus belaufen sich auf rund 14 Milliarden Dollar. Zur Befriedung des Landes kündigte Garcia die Bildung einer Friedenskommission an, die nach Wegen zur Beendigung der Guerilla-Aktivitäten suchen soll. Ihr sollen Juristen und Menschenrechtsgruppen angehören.

Seiten 2 und 10: Weitere Beiträge

Bonn gegen 0,0 Promille am Steuer

DW. **Bonn**

Die Zahl der durch Alkohol ausgelösten Verkehrsunfälle, bei denen Personen zu Schaden kamen, ist in der Bundesrepublik Deutschland seit 1972 um ein Drittel zurückgegangen. Mit Hinweis darauf wandte sich der Parlamentarische Staatssekretär im Bundesverkehrsministerium, Dieter Schulte, gestern gegen die Forderun*gen von Polizeigewerkschaft und* SPD, die Promille-Grenze von 0,8 auf 0,0 bzw. 0,5 zu senken. Gegenüber dpa sagte Schulte, nach jüngsten Erhebungen sei die Zahl der alkoholbedingten Verkehrsunfälle von knapp 58 500 auf rund 41 000 im Jahr 1984 zurückgegangen. Wichtiger als eine Herabsetzung der Promille-Grenze sei eine verschärfte Überwachung der Einhaltung geltender Bestimmungen. Außerdem solle die Bundesrepublik „nicht ohne Not" von den 1980 europaweit vereinbarten 0,8 Promille abweichen.

Armeechef erhält Macht in Uganda

DW. ***Kampala***

Zwei Tage nach dem Staatsstreich in Uganda haben die Militärs gestern den Armee-Kommandeur, Generalmajor Tito Okello, zum neuen Staatschef erklärt. Dies teilte ein Armeesprecher nach Angaben aus Uganda am Morgen über Radio Kampala mit. Tito Okello sei zugleich Vorsitzender des Militärrates und werde in Kürze *einen Ministerpräsidenten ernennen*, hieß es weiter. Gleichzeitig wurden Wahlen innerhalb der nächsten zwölf Monate angekündigt. Am Sonntag war zunächst der Anführer des Militärputsches, Brigadegeneral Basilio Olara Okello, zum „neuen Führer" des Landes ernannt worden. Er hatte am Samstag Staatspräsident Milton Obote nach rund viereinhalbjähriger Herrschaft gestürzt. Olara Okello und Tito Okello gehören beide dem Achuli-Stamm aus dem Norden des Landes an, sind jedoch nicht miteinander verwandt.

„Ein klassisches Attentat der ETA"

Mord an spanischem Admiral / Spannungen zwischen Armee und Regierung

ROLF GÖRTZ, ***Madrid***

Der Mord am Leiter der Abteilung Verteidigungspolitik im spanischen Verteidigungsministerium, Vizeadmiral Fausto Escrigas Estrada, beunruhigt politische und militärische Kreise in der spanischen Hauptstadt. Der sozialistische Verteidigungsminister Narciso Serra hatte den fähigen, sehr zurückhaltenden Offizier erst vor anderthalb Jahren als einen Mann seines besonderen Vertrauens in diese wichtige Position seines Ministeriums berufen. Serra: „Allem Anschein nach ist dies ein klassisches Attentat der ETA."

Gestern morgen, kurz vor 9.00 Uhr, überholten die Terroristen in einem wenige Zeit zuvor gestohlenen Auto den ungeschützten Dienstwagen des Admirals auf dem Wege ins Ministerium. Einer der Terroristen stieg aus, leerte das Magazin seiner Maschinenpistole auf den Admiral und seinen Fahrer. Estrada wurde tödlich getroffen, der Fahrer schwer verletzt. Vor den entsetzten Augen der Augenzeugen stieg der Terrorist wieder in den auf ihn wartenden Fluchtwagen, den man zwei Stunden später, mit gefälschten Nummernschildern in einer Nebenstraße abgestellt, fand. In dem Auto der Attentäter befanden sich drei bis vier Kilo Sprengstoff.

Das Attentat fällt in eine Zeit ernster Spannungen zwischen der spanischen Armeeführung und der sozialistischen Regierung. Dabei hatte das anfängliche Entgegenkommen beider Seiten zunächst für ein gutes Klima unter dem noch jungen Verteidigungsminister Serra gesorgt. „Wir sind eine Armee in einem demokratischen Staat und betrachten den Gehorsam der sozialistischen Regierung gegenüber als eine Selbstverständlichkeit", sagten uns mehrere Generale. Die Reduzierung der Streitkräfte im Plan META und die darüber hinausgehende notwendige Verkleinerung des Offizierskorps vor allem der Generalität wurde als eine Selbstverständlichkeit im Rahmen der Modernisierung der Streitkräfte hingenommen.

Die spanische Generalität gewöhnte sich auch an politische Sticheleien der Regierung, die jedoch nicht vom Verteidigungsministerium ausgingen. So hatte man einigen linken Journalisten zu Liebe einem General verboten, vor einer deutschen Stiftung in *Madrid* über die Verteidigungspolitik zu sprechen, nur weil die Versammlung keine Presse dabei haben wollte.

Wenn es jetzt dennoch zu Spannungen kam, dann deshalb, weil in letzter Zeit immer mehr Zivilisten – meist jüngere unerfahrene Leute mit Parteibuch – Offizieren überstellt werden. Dabei haben diese Offiziere in allen Fällen eine weitaus bessere akademische und technische Ausbildung für ihre Aufgaben. Die Besorgnis der Offiziere wird insofern von NATO-Beobachtern geteilt, weil zum Beispiel in der Flugzeugfabrik Casa kommunistische Gewerkschafter, Mitglieder der prosowjetischen KP Gallegos, als Arbeiter eingestellt wurden. Die KP Gallegos, eines moskautreuen ZK-Mitgliedes der spanischen KP, ist von der Partei abgesplittert und wird als einzige von der Sowjetunion unterstützt. Casa soll die jüngsten amerikanischen Jagdbomber F-18 in Lizenz für die spanische Luftwaffe nachbauen. Die Militärs schieben die Infiltration dieser Art den bewußt gegen die NATO gerichteten Zivilisten zu, die sich immer stärker im Verteidigungswesen breit machen. (SAD)

„Ich bin jetzt wie jemand, der keinen Krebs mehr hat"

Reagan will nach Rekonvaleszenz Arbeit wieder voll aufnehmen

DW. **Washington**

US-Präsident Ronald Reagan bleibt der große Optimist. Auch nach seiner Krebsoperation hält der Präsident daran fest, seinen Lebensstil nicht zu ändern. Dem Nachrichtenmagazin „Time" gegenüber sagte er, daß seine Ärzte ihm versichert hätten, daß er seine „Amtsgeschäfte wieder voll und umfassend aufnehmen" könne. Jedoch müsse er sich nun regelmäßig untersuchen lassen und während der Rekonvaleszenz soweit wie möglich von seinem Stab entlastet werden.

Auf die Frage, ob die Angst vor einer erneuten Erkrankung seinen Genesungsprozeß negativ beeinflussen könne, antwortete Reagan: „Nein, solche Sachen haben mich noch nie beeinflußt." Als den schwierigsten Moment vom Augenblick der Ent*deckung des Krebsgeschwulstes bis* zu seiner Entlassung aus dem Krankenhaus bezeichnete der Präsident die Zeit in der „man nicht mehr an den Vorgängen der Welt teilnehmen" könne. *Auch das Aufwachen aus der* Narkose und der Versuch des Sichwiederfindens sei sehr schwer gewesen.

Darauf angesprochen, ob er für den Fall einer erneuten Erkrankung und der dadurch notwendigen Behandlung sein Amt auf Vize-Präsident George Bush übertragen werde, ant*wortete er*: „Wenn ich je physisch nicht in der Lage sein würde, mein Amt auszuführen, wenn ich also den Eindruck hätte, den Ansprüchen an das Amt nicht mehr zu genügen, wäre *ich der erste, der das zugibt* und zurücktritt."

Aufgrund aller Prognosen rechnet Präsident Reagan jedoch nicht damit, wieder an Krebs zu erkranken. „Ich bin jetzt wie jemand, der keinen Krebs hat. Aber wie alle bin ich offensichtlich anfällig dafür", erklärte er. Als Beispiel führte er seinen älteren *Bruder Neil* an, der vor zwanzig Jahren an Stimmbandkrebs erkrankt war und jetzt wohlauf ist. Allerdings mußte sich Neil Reagan elf Tage vor Ronald Reagan ebenfalls der operativen Entfernung eines karzinomen Polypen im Darm unterziehen.



DIE WELT
UNABHÄNGIGE TAGESZEITUNG FÜR DEUTSCHLAND

Wo Palme schweigt

Von Carl Gustaf Ströhm

Anläßlich der von Esten, Letten und Litauern in Skandinavien veranstalteten Gedenkfeiern zum 45. Jahrestag des sowjetischen Einmarsches in das Baltikum wurde ein prominenter Schwede aufgefordert, ein Wort über das Schicksal der baltischen Völker und Staaten zu sagen. Olof Palme, sozialdemokratischer Regierungschef Schwedens, wurde daran erinnert, daß er selbst aus Lettland stammt und auf jenem Ufer der Ostsee einen Teil seiner Jugend verbrachte.

Warum, so fragten ihn baltische Landsleute, setzt er sich zwar für das Selbstbestimmungsrecht der Schwarzen in Südafrika ein, bleibt aber wortkarg zum Selbstbestimmungsrecht jener Nationen, die direkt vor der Haustür Schwedens auf dem gegenüberliegenden Ufer der Ostsee leben?

Die Anfrage an Palme erhielt zusätzliche Aktualität, weil der Ministerpräsident gerade Urlaub auf der Insel Gotland macht – und von dort ist es wirklich nur ein Katzensprung bis zur Küste Kurlands, das heute zur Sowjetrepublik Lettland gehört.

Es ist nicht bekannt, daß Palme auf diese Aufforderung reagiert hätte. Der Eindruck bleibt also, daß der schwedische Regierungschef sich intensiver mit den Menschenrechten in der Dritten Welt als mit Vorfällen in seiner nächsten Nachbarschaft auseinandersetzt. Da man schon aufgrund seiner Herkunft nicht annehmen kann, er wisse nicht, was drüben in den baltischen Republiken vor sich gehe, bleibt nur zu fragen: Möchte Palme einem Konflikt mit der mächtigen Sowjetunion aus dem Wege gehen – jener Macht, die immer wieder Spionage-U-Boote in schwedische Gewässer, ja sogar in schwedische militärische Stützpunkte eindringen läßt?

Es ist nicht gefährlich, gegen die „Rassisten" in Südafrika zu Felde zu ziehen, denn ein südafrikanisches Unterseeboot wird kaum je vor der schwedischen Flottenbasis Karlskrona auftauchen. Es ist auch nicht riskant, gegen die Politik Washingtons in Lateinamerika zu protestieren, denn auch Reagan unternimmt nichts gegen Schweden. Kann man also von der Annahme ausgehen, daß Palme gegenüber den Sowjets eben deshalb *schweigt*, weil er aus seinen baltischen Jahren nur zu gut weiß, mit wem er es zu tun hat?

Aufregung im Pazifik

Von Friedrich Bast

Die von ungelösten Rätseln umhüllte Osterinsel hat nur etwa ein Viertel der Größe West-Berlins. Sie liegt völlig isoliert im südlichen Stillen Ozean, 3700 km westlich von Chiles Küste. Aber ihre Urbevölkerung gab ihr den Namen „Te *Pito Te Henua*": *Der Nabel der Welt. Für die* Chilenen ist sie jetzt zum Nabel ihrer politischen Welt geworden.

Die Osterinsel ist wegen ihrer etwa sechshundert „Mohai" genannten, bis zu dreizehn Meter hohen Monolithen in Menschengestalt bekannt, die mit starrem, auf den Horizont gerichteten Blick die Insel zu bewachen scheinen. Die US-Weltraumbehörde Nasa möchte zeitgemäßere Wachanlagen mit hochmodernen elektronischen Geräten aufstellen, um die Flüge des Weltraum-Shuttle verfolgen und korrigieren zu können. Die bereits vorhandene Rollbahn des Flugplatzes soll um vierhundert Meter verlängert werden, damit ein Weltraum-Shuttle hier notlanden kann.

Der Vorschlag erregt ganz Chile, das die am Ostertag 1722 von einem Holländer entdeckte Insel 1888 annektiert hat. Einer der Wortführer der Opposition ist Ex-Senator Radomiro Tomic vom linken Flügel der Christdemokraten, der Weltuntergangsstimmung heraufbeschwört: „Der Gebrauch der Installationen im Kriegsfall (für die Lenkung von Raketen mit Atomwaffen) – und das ist der wirkliche, geheim gehaltene Zweck – würde Chile in den ersten Minuten eines Atomkrieges zum Ziel der russischen Atomwaffen machen. Die Chilenen hätten für die sechzehn Millionen Dollar, die die Nasa ihnen schenken will, die Ehre, verbrannt zu werden. Was für eine Ehre."

Fachleute des Flugverkehrs begrüßen den Plan der Nasa: der vergrößerte Flugplatz würde mehr Fremdenverkehr auf die Osterinsel bringen und Chiles Luftfahrt Wege zu den Märkten des Fernen Ostens öffnen. Manche ziehen es vor, daß Chile den Flugplatz ausbaut und dann an die USA verpachtet. Umweltschützer äußern Bedenken. Es fehlt nicht an gegenseitigen Vorwürfen des mangelnden Patriotismus. Die Frage dürfte bereits entschieden sein: General Pinochets Berater haben dem *Präsidenten empfohlen, den Plan der Nasa anzunehmen.* Dabei dürfte es bleiben.

Die Kabelversuchstiere

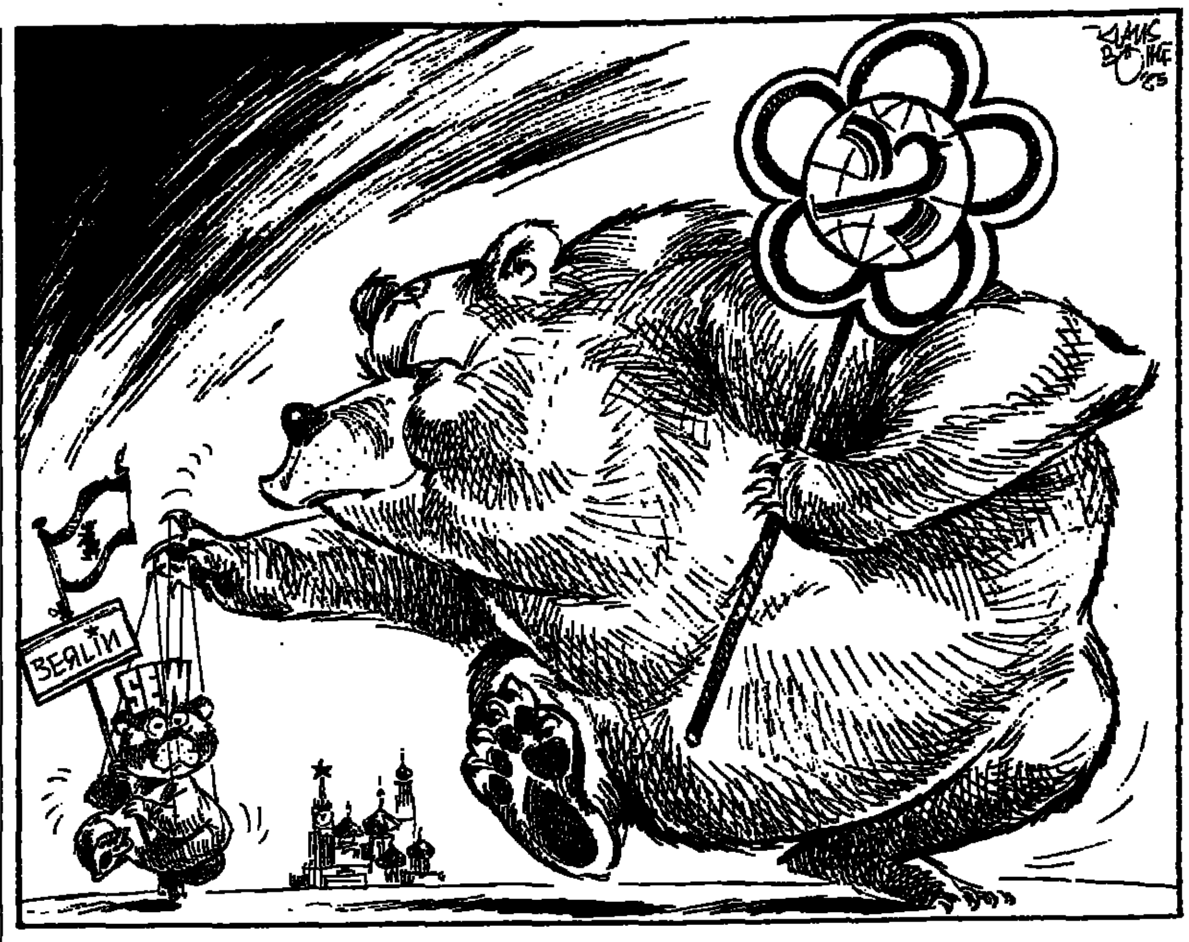
Von Joachim Neander

Die deutsche Sozial- und Kommunikationswissenschaft hat ein neues Versuchstier entdeckt: den Kabelfernsehzuschauer. Überall, wo die neue Programmvielfalt inklusive der privaten Veranstalter bereits Wirklichkeit geworden ist, stürzen sich Institute, Seminare und öffentlich-rechtliche Medienforscher auf jene, die daran teilhaben. Die Zahl der Befragungen ist kaum noch zu übersehen. Programme werden an Hand der Stoppuhr miteinander und mit ARD bzw. ZDF verglichen. Gelegentlich hat man den Eindruck, einzelne Zuschauerfamilien seien regelrecht „gemietet".

Das meiste wird hopplahopp telefonisch erfragt. Der Fragenkatalog wirkt oft kurzatmig und vordergründig. Die offizielle wissenschaftliche Begleitkommission beim Kabelpilotprojekt Ludwigshafen tut sicher gut daran, sich von dieser Atemlosigkeit nicht anstecken zu lassen. Ihr Bericht verspricht, um so gründlicher auszufallen.

Warum aber diese Hektik bei den anderen? Zwei Motive sind denkbar. Es könnte ganz naive Neugierde sein, ob und wie schnell die vorher eifrig beschworene „Volksverdummung" durch die neuen Medien wirklich eintritt. Aber da wird die Ernüchterung groß sein. Eine der Untersuchungen ergab bereits: Kabelfernsehteilnehmer sind eher besser gebildet, stärker interessiert und aktiver am kulturellen Leben beteiligt als der Durchschnitt.

Ein anderes Motiv könnte der plumpe Versuch sein, den Kabelfernsehgegnern so rasch wie möglich zusätzliche Munition zu liefern. Aber damit würde sich die Wissenschaft gehorsam in eine konzertierte Aktion aus Bundesländern, Bundespost und politischen Gruppierungen einreihen, die in letzter Zeit die privaten Programmgestalter sowieso immer stärker benachteiligt. Unsinnig partikularistische Mediengesetze, Zweiklassenrechte bei der Kanalvergabe und eine höchst widersprüchliche Politik der Post werfen den von den angeschlossenen Zuschauern voll akzeptierten, aber finanziell allein auf Werbeeinnahmen angewiesenen privaten Veranstaltern (vor allem den überregional tätigen) inzwischen einen Knüppel nach dem anderen zwischen die Beine. Hier einmal die Hintergründe zu erforschen, wäre sehr viel nützlicher.



Bären-Spiele KLAUS BÖHLE

Der Leichenschmaus

Von Günter Zehm

Die Jubiläumsfeier zum zehnten Jahrestag des Helsinkitreffens, die heute in der finnischen Hauptstadt beginnt, hat verdächtige Ähnlichkeit mit einem Leichenschmaus. Wie bei diesem fehlt die *Hauptperson, um derentwillen das* Ganze veranstaltet wird: der zum Schweigen gebrachte Bürger Ost- und Ostmitteleuropas. Und wie beim Leichenschmaus wird in Helsinki die Heuchelei triumphieren: Alle werden ölige Reden halten und andächtige Gesichter machen, während sie im Innern längst wieder beim „business as usual" sind und die Pokale kreisen lassen.

Vielleicht ist da eine kleine Erinnerung angebracht. Ursprünglich *galt der Abschluß der* KSZE-Akte mit seinen drei „Körben" unabhängigen Beobachtern als ein langweiliges internationales Routineereignis, das kaum einen Kommentar lohnte. Die Sowjets hatten im Korb eins wieder einmal bestätigt bekommen, daß niemand ihren zusammengeraubten europäischen „Besitzstand" gewaltsam angreifen werde, und dafür hatte man im Korb drei blumige Worte über Freizügigkeit, Familienzusammenführung und Arbeitserleichterungen für Journalisten niedergelegt. Niemand glaubte im Ernst, daß die Sowjets diesen Korb drei auch nur ansatzweise respektieren würden.

Aber siehe, plötzlich ließen sich in Rußland und überall im Ostblock „im Namen von Helsinki" ad hoc zusammengekommene Menschen- und Bürgerrechtler vernehmen, forderten voller Mut und Optimismus die „Einlösung von Korb drei", pochten auf Verfassungs*texte und international* kodifizierte Zusagen. In Moskau konstituierte sich unter Führung von Andrej Sacharow und Jurij Orlow das „Helsinki-Komitee", Vorbild für viele ähnliche Vereinigungen im weiten Lande. In der „DDR" wagten es unterm Schild von Helsinki unzählige Landsleute, ihre Ausreise in den Westen zu beantragen, nicht anders als viele Juden und Rußlanddeutsche in der Sowjetunion. In Polen bildete sich das Arbeiterkomitee KOR, die Keimzelle für die spätere Solidarność-Bewegung.

Die Gerechtigkeit gebietet es, festzustellen, daß „Helsinki" einzig und allein durch diese ungeplanten und von den Verhandlungsführern nicht vorgesehenen, direkt aus der Tiefe des Volkes aufgebrochenen Menschenrechts-Komitees zu einer nennenswerten politischen Größe geworden ist. Wer heute in einer Jubiläumsfeier Effekt und Gewicht der KSZE-Schlußakte messen will, der muß sich, wenn er es ehrlich meint, ausschließlich am *Stand der spontanen* Menschenrechts-Komitees orientieren. Und eine solche Orientierung fällt in jeder Hinsicht niederschmetternd aus, darüber hilft keine Schönrednerei von diplomatischer Bühne hinweg.

Von Anfang an hatte es sich der sowjetische KGB-Chef und dichtende Schöngeist Andropow zum Ziel gesetzt, die Helsinki-Bewegung „an der Wurzel zu fassen" und „rücksichtslos zu zerschlagen", wie ein *Moskauer Film über ihn heute* ungeniert rühmt. Der mutige Professor Orlow und viele seiner Mitstreiter verschwanden hinter dem Stacheldraht der Lager, nicht anders als Anatolij Schtscharanski, Symbolfigur der jüdischen Ausreisewilligen. Andrej Sacharow, zu groß für die Machthaber, um klammheimlich verurteilt zu werden, wurde in die Verbannung verbracht und systematisch zermürbt. Die in Korb drei garantierte freie *Arbeitsmöglichkeit für Journalisten* reduzierte sich in seinem Fall auf unüberprüfbare KGB-Bulletins, die in die westliche Presse lanciert wurden.

Nicht weniger deprimierend sieht das Resultat von zehn Jahren Helsinki im innerdeutschen Verhältnis aus. Wenn Außenminister Genscher davon spricht, daß die KSZE-Schlußakte speziell im deutschen Bereich „wesentliche Fortschritte, z. B. verbesserte Reisemöglichkeiten" gebracht habe, so muß man sich verwundert fragen, ob er wirklich von unserem Lande spricht. Hier sind jedenfalls von Ost-Berlin, und zwar gerade im Zeichen von Helsinki, jene ominösen Kontaktsperre-Verordnungen erlassen worden, die die simpelsten Beziehungen zwischen Deutschen aus Ost und West, und seien es Verwandte ersten Grades, in unerträglicher Weise kriminalisieren und lahmlegen.



Seine Bewegung wurde „rücksichtslos zerschlagen": Orlow FOTO: IGFM

Schüchternste wirtschaftliche und informationelle Annäherungsversuche zwischen Bonn und Ost-Berlin (im Gefolge der großzügigen Bonner Kreditgewährungen) wurden von Moskau auf brutalste Weise gestoppt, wodurch nicht nur gegen Korb drei, sondern auch gleich noch gegen die Körbe eins und zwei verstoßen wurde. Die Rate von deutschen Auswanderern aus der Sowjetunion und Osteuropa sank in den Jahren von Helsinki auf nahezu Null, ohne daß man von irgendwelchen Bonner Gegenmaßnahmen gehört hätte. Es war der Friedens-Nobelpreisträger Andrej Sacharow, der sich einmal öffentlich darüber wunderte, wie wenig sich Bonn – im Vergleich zu Jerusalem und Washington, wenn es um die Ausreise von Juden gehe – um die Ausreise der eigenen Landsleute bemühe. Die Schlußakte, so Sacharow damals, gebe den Bonnern doch eine gute Handhabe für Initiativen.

Aber das ist eben die Crux: Nur die amerikanische Reagan-Administration hat das Abkommen von Helsinki – wie die Gesellschaft für Menschenrechte soeben völlig richtig feststellte – in den vergangenen zehn Jahren hin und wieder als operative Basis für eine konkrete Politik des Gebens und Nehmens benutzt. Die westeuropäischen Regierungen und besonders Bonn haben es stattdessen zum Objekt von Sonntagsreden und leeren Entspannungsfloskeln verkommen lassen. Wenn sich das nicht endlich ändert, wird der jetzt wieder so vollmundig beschworene „Geist von Helsinki" nichts weiter gewesen sein als ein Seufzer der bedrängten Kreatur, über den die Mächtigen ungerührt zur Tagesordnung übergehen.

IM GESPRÄCH Robert Turner

Nase fürs Geschäft

Von Fritz Wirth

Auf seinem Taufschein steht Robert Edward Turner der Dritte. *Dieser Aufwand stört ihn:* „Nennt mich Ted", fordert er Untergebene auf, die sich ihm allzu ehrerbietig nähern, „ich bin kein Mister." Es gibt allerdings *viele Leute* in den USA, die schon lange alle Ehrerbietung fallen gelassen haben, um ihn beim ihrer Meinung nach richtigen Namen zu nennen: „fürchterlicher Ted", „die Schnauze des Südens" und „Kapitän Abscheulich".

Bis vor kurzem hat ihn das nicht *gestört. Ihm reichte es, daß über ihn* gesprochen wurde; was man sagte, war ihm gleichgültig. Das war in den wilden Jahren des Ted Turner, des Abenteurers, des Weltklasse-Seglers und Stuntman.

In diesen Jahren gewann er 1977 den „America's Cup", die begehrteste Segeltrophäe der Welt, und segelte zwei Jahre später seine Yacht in jenem schrecklichen „Fastnet-Rennen" zum Sieg, bei dem 19 Seeleute in einem Sturm umkamen. Als die Gastgeber über diesen Sturm klagten, erinnerte er sie daran, daß es genau diese Stürme gewesen seien, die im 16. Jahrhundert die spanische Armada von der britischen Küste ferngehalten hätten. Turner zu den Briten: „Gäbe es solche Stürme nicht, würdet ihr heute spanisch sprechen."

Der unerhörte Ted ist sich auch sonst für nichts zu schade. Als die Zuschauerzahlen bei den „Atlanta Braves", einem Baseballteam, das ihm gehört, einmal absackten, begab er sich in die Arena, rollte einen Baseball mit seiner Nasenspitze über den Aschengrund, kehrte mit blutendem Gesicht zurück und sagte: „Der *Mensch muß bereit sein, 'mal in den* Staub zu gehen."

Diese wilden Jahre sind vorbei. Seit zwei Jahren ist Turner ein ruhiger, zurückhaltender und publicityscheuer Mann. Nicht freiwillig. Seine geschäftlichen Ratgeber legten dem 46jährigen nahe, seriös zu werden. Er nahm ihren Rat an.

Der Wandel kam mit dem geschäftlichen Erfolg. Ted Turner ist der Mann, der die Amerikaner über das Kabelfernsehen mit einer vierund*zwanzigstündigen Nachrichtenschau* versorgt und der außerdem die Programme seiner eigenen Fernsehstation in Atlanta über Satelliten in das amerikanische Kabelfernseh-System einspeist. Nach Jahren des Kampfes und der Verluste macht Turner mit seinen Fernsehunternehmen seit zwei Jahren Gewinne, jeweils rund zehn Millionen Dollar im Jahr.



Der Versuch, CBS zu kaufen: Ted Turner FOTO: DPA

Das aber wiederum veranlaßte ihn, sich einen Traum zu verwirklichen: einmal eine der drei großen amerikanischen Fernsehgesellschaften zu besitzen. *Und weil er niemals halbe* Sachen macht, versucht er seit April CBS aufzukaufen, für mehr als fünf Milliarden Dollar.

Er hat das *Geld* zwar nicht, doch in den CBS-Chefetagen nahm man die Sache ernst. Die Erfahrung hat gelehrt, daß bei Turner kein Geschäft unmöglich ist. CBS machte in den letzten Monaten mit Finanztransaktionen alle Schotten dicht und wird Turners Vorstoß wohl abwehren können. Die Entscheidung darüber fällt in dieser Woche. Aber Turner wird wiederkommen – und wenn er seine nächste Geschäftsbombe mit der Nasenspitze unter die Hocker des Establishments rollen müßte.

Denn zum neuen, stillen Ted Turner gehört seit einiger Zeit auch ein Hang zum Missionarischen. Er predigt immer häufiger für nukleare Abrüstung, für den Umweltschutz und für die friedliche Koexistenz mit den Sowjets. Dieser Mann will und *braucht ein Forum. Vor allem aber:* Er will endlich ernstgenommen werden. Und seine Gegner haben allen Anlaß, dies zu tun.

DIE MEINUNG DER ANDEREN

RHEIN-NECKAR-ZEITUNG

Die Heidelberger Zeitung ist empört über die Eröffnung der Weltjugend-Festspiele:

Die Empörung richtet sich vor allem gegen das persönliche Auftreten des sowjetischen Führers, gegen seine Anpreisung der sowjetischen Friedensabsichten, die krasser kaum im Gegensatz zu den Tatsachen dargestellt werden können. Da lobt ausgerechnet der Repräsentant der Besatzungsmacht in Afghanistan die kategorische Verfechtung der Menschenrechte durch die UdSSR... Und dann jenes emphatische „Weg mit den Atomwaffen", als habe sich die Sowjetunion nicht in all den Jahren der Genfer Verhandlungen geweigert, auch nur einer Verringerung des Rüstungsstandes zu Gleichheit auf niedrigerem Niveau zuzustimmen.

STUTTGARTER NACHRICHTEN

Sie schreiben zur Feier in Moskau:

Der Berlin-Eklat beim Moskauer Jugend-Festival kann nur die Blauäugigen überraschen. Diese Massenveranstaltung dient den Zielen sowjetischer Politik, denen sich alles andere unterzuordnen hat. Sie ist ein typisches Beispiel dafür, wie Versprechen gebrochen werden, und sie demonstriert, wie beliebig mit Menschenmassen und mit den beteiligten Delegationen umgesprungen wird.

Algemeen Dagblad

Die Rotterdamer Zeitung hat Bedenken bei Strafmaßnahmen gegen Südafrika:

Nichts zeigt an, daß wirtschaftliche Sanktionen gegen Südafrika das Ende der Apartheid beschleunigen. Und freiwillige Sanktionen, zu denen der Sicherheitsrat der Vereinten Nationen aufgerufen hat, werden auch in keinem Fall die beabsichtigte Wirkung haben... Kanzler Kohl hat recht, wenn er in einer Stellungnah*me zum französischen Antrag im* Sicherheitsrat sagte, die Erfahrung der vergangenen Jahre habe gezeigt, daß dies nicht der Weg sei, um etwas zu erreichen.

AUGSBURGER ALLGEMEINE

Sie kommentiert zum Thema Oper und Jüngling:

„Boris schreitet zur Krönung in die *Kathedrale – jubelnd durchbricht die* Menge die Absperrung." So beschreibt Reclams Opernführer den Beginn des zweiten Aktes von „Boris Godunow". Bei Boris Becker verlief der zweite große Akt nach Wimbledon trotz allen Vorschußjubels leider nicht so erfolgreich. Er hat verloren. Verloren? Darf der das überhaupt? Immerhin hatten wir uns für diese Neuinszenierung der sommerlichen Becker-Festspiele die halbe Nacht um die Ohren geschlagen.

Was bedeutet Alan Garcias „Demokratische Revolution"?

Lateinamerikas neue Welle des Populismus / Von Günter Friedländer

Inmitten ungewöhnlicher Sicher*heitsmaßnahmen* gegen Anschläge der Guerrilla trat der jüngste Staatschef der Erde, Alan Garcia (36), mit einer Rede vor dem Parlament sein Amt an. Er forderte ein Gipfeltreffen aller amerikanischen Präsidenten über die Probleme Lateinamerikas, versprach eine Regierung zum Wohl der notleidenden Massen und klagte den „Imperialismus der Industriestaaten und den internationalen Kapitalismus" an. Seine erste Maßnahme war die Herabsetzung seines Gehalts und die Ankündigung eines Schuldenmoratoriums sowie der Bildung einer Friedenskommission nach ko*lumbianischem Muster*, um mit der Guerrilla zu verhandeln.

Was Garcia sagte, paßt in das Bild derer, die Garcias Regierung als *„Ruck nach links" bezeichnen.* Aber stimmt das wirklich? Man sollte im lateinamerikanischen Zusammenhang lieber von einer *neuen Welle des Populismus* sprechen: der Regierung eines „Caudillo" genannten Volkstribuns, dessen Sieg nicht ideologisch bedingt ist, sondern eher auf der Fähigkeit beruht, die Volksmassen anzusprechen.

Die letzte Welle des Populismus ergriff Lateinamerika während des Zweiten Weltkrieges und reichte bis in die ersten Friedensjahre. Sie sah u. a. die Regierungen Lazaro Cardenas' in Mexiko, Getulio Vargas' in Brasilien und Juan Domingo Perons in Argentinien. Er kehrte nun mit Kolumbiens Belisario Betancur, Ecuadors Leon Febres Cordero und Perus Garcia wieder.

Besonders im Fall Garcias ist das eine Ironie der Geschichte, denn keine Partei Südamerikas ist ideologisch so fest verankert wie die *1924 von Victor Raul Haya de la* Torre gegründete „Revolutionäre Amerikanische Volksvereinigung" (APRA). Garcia aber wurde von *Haya de la Torre* vor dessen Tod (1979) als Erbe ausgesucht und zum Partei-Generalsekretär gemacht.

Peru ist mehr als fünfmal so groß *wie die Bundesrepublik mit nur* etwa einem Drittel ihrer Bevölkerung. Die Inflation erreichte im letzten Jahr 154,8 Prozent. Sechzig Prozent der arbeitsfähigen Bevölkerung sind arbeitslos oder unterbeschäftigt. Die Auslandsschuld von 13,5 Milliarden Dollar vergrößert sich monatlich, da nicht einmal mehr die Zinsen bezahlt werden. Die Elendssiedlungen suchen in Südamerika ihresgleichen. Der Rauschgifthandel korrumpiert das Land. Die maoistische Guerrilla des „Leuchtenden Pfades" und eine „Revolutionäre Bewegung Tupac Amaru" machen Land und Städte unsicher.

Die Achse von Garcias Programm ist, durch ein Moratorium von mindestens fünf Jahren – er sagt, daß zehn Prozent des Exportertrags für die Schuldenzahlung verwendet werden sollen, aber dieser Betrag ist so winzig, daß es auf ein Moratorium hinausläuft – für die gesamte Auslandsschuld die Mittel zu gewinnen, mit denen die Landwirtschaft angekurbelt werden soll. Von ihr leben sechsundsechzig Prozent der Peruaner. Peru soll landwirtschaftliche Güter ausführen können, statt sie importieren zu müssen. Dadurch sollen die Bauern in den Verbrauchermarkt einbezogen werden *und der lahm*liegenden Industrie einen Markt sichern, für den sie vollbeschäftigt produzieren könnte und deren Überschuß später für die Auslandsschuld in Zahlung gegeben werden könnte.

Es ist ein einfacher, leicht verständlicher Plan, um Alan Garcia vor Überrundung durch die marxistische Linke zu schützen. Da der abgehende Präsident Belaunde Terry Peru so gründlich heruntergewirtschaftet hat, daß die politische Rechte bei den Wahlen kaum mehr in Erscheinung trat, könnte Garcia in der Praxis trotz aller Reden von einer Revolution im politischen Spektrum des Landes schließlich doch wie ein gemäßigter Mann der Mitte wirken.

Garcia will Moratorium und Umschuldung nicht über den Internationalen Währungsfonds (IWF) aushandeln, sondern im Dialog mit den Gläubigern. Da Peru dem IWF nichts schuldet, spiele dieser nur eine Vermittlerrolle und seine Bedingungen seien zu teuer. Die Alternative, von der er bisher nicht *sprach, ist ein einseitig erklärtes* Moratorium oder sogar das Schuldnerkartell, das oft als eine Bedrohung des westlichen Bankensystems angesehen wird. Aber in den USA werden immer mehr konservative Stimmen laut, die im Gegensatz zum IWF eine Lösung der Schuldenfrage nur möglich sehen, wenn die Wirtschaft der Schuldnerländer nicht zum Schrumpfen, sondern zum Wachsen gebracht wird, was allein spätere Rückzahlungen erlaubt.

Wird Garcia bei den Gläubigern das Verständnis finden, zu dem sie sich bisher nicht aufraffen konnten? Dazu müßte man in den USA mindestens die lateinamerikanische Schuldnerfrage als ein mehr politisches denn wirtschaftliches Problem verstehen. Davon könnte abhängen, ob Garcia eine Ära der APRA einleitet oder nur der Wegbereiter für die aus sechs marxistischen Parteien bestehende „Vereinigte Linke" sein wird, die diesmal von der APRA überzeugend geschlagen wurde.



WIE WAR DAS?

Der große Schlußakt der KSZE in Helsinki

Von BERNT CONRAD

In diesen Tagen gedenken 35 Außenminister in der Finlandia-Halle von Helsinki des zehnjährigen Jubiläums der KSZE-Schlußakte. In dem gleichen Raum hatten die Regierungschefs ihrer Länder das KSZE-Dokument unterzeichnet.

Brütende Hitze lag damals über Helsinki. Doch das war nicht der Grund für die Erleichterung, mit der die Teilnehmer der Konferenz für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa (KSZE) am 1. August 1975 kurz nach 17 Uhr zum Füllfederhalter griffen, um die in grünes Leder gebundene Schlußakte zu unterschreiben. Drei Tage lang hatten sie Reden halten und mitanhören müssen, waren sie in unzählige bilaterale Gespräche in Salons, Empfangssälen und auf grünem Rasen verstrickt gewesen. Nun wollten sie die Ernte in die Scheuern fahren.

Wer hatte sich durchgesetzt: der Osten, der die Spaltung Europas offiziell sanktionieren lassen wollte, oder der Westen, dem es primär um menschliche Erleichterungen ging? Leonid Breschnew verkündete frohgemut, es gebe „weder Gewinner noch Verlierer". Intern wertete der damals schon recht greisenhaft wirkende Sowjetführer es sicher als Sieg, daß in den Prinzipien der Schlußerklärung festgestellt wurde: „Die Teilnehmerstaaten betrachten gegenseitig alle ihre Grenzen sowie die Grenzen aller Staaten in Europa als unverletzlich und werden deshalb jetzt und in Zukunft keinen Anschlag auf diese Grenzen verüben."

Doch der Westen hatte in einem zähen Tauziehen durchgesetzt, daß an anderer Stelle des Textes die entschärfende Formel eingefügt wurde: „Die Teilnehmerstaaten sind der Auffassung, daß ihre Grenzen in Übereinstimmung mit dem Völkerrecht, durch friedliche Mittel und durch Vereinbarung verändert werden können." Damit sahen die Bundesregierung und ihre Verbündeten die Chance der friedlichen Wiedervereinigung Deutschlands gesichert.

Niemand wollte die Freude trüben

Besonders befriedigt zeigten sich der amerikanische Präsident Gerald Ford und die anderen westlichen Redner über die humanitären Verbesserungen, zu denen sich der Ostblock in der Schlußakte bereitgefunden hatte. Dabei hätte ihnen auffallen müssen, daß Breschnew bei seiner Laudatio für den Abschlußtext die verbrieften Erleichterungen bei der Familienzusammenführung und den Ausreisegenehmigungen gar nicht erwähnte. Den ebenfalls vereinbarten stärkeren Informationsaustausch begrüßte er zwar, fügte aber die dunkle Andeutung hinzu, Informationsmedien könnten auch das „Gift der Zwietracht zwischen Ländern und Völkern säen". Welche konkreten Schlußfolgerungen der Kreml daraus zog, sollten erst die Behinderungen späterer Jahre zeigen.

In den heißen Gipfelstunden von Helsinki jedenfalls wollte sich niemand die Freude trüben lassen, jenen „schönen Götterfunken", den Bundeskanzler Helmut Schmidt nach einem gemeinsamen Mittagessen mit Staatspräsident Giscard d'Estaing und Premierminister Harold Wilson sogar am Klavier in der Version Beethovens zum Klingen brachte.

Der dreitägige Umgang miteinander, auch bei abendlichen Gartenparties mit Champagner und Gin-Tonic, hatte die Chefs aus Ost und West und den neutralen Ländern Europas lokker gestimmt. Fast jeder traf jeden und wertete die Ergebnisse oder – falls solche ausgeblieben waren – zumindest den jeweiligen Gesprächsverlauf als Erfolg.

Eine Art Durchbruch erlebte Erich Honecker. Bis dahin vom Westen weitgehend geschnitten, saß der SED-Chef nun in der Finlandia-Halle als akzeptierter Partner unmittelbar neben Schmidt und Ford. Zweimal sprach der Bundeskanzler im kleinen Kreis mit ihm – „unverkrampft" und „ohne Girlanden", wie Regierungssprecher Klaus Bölling anschließend vermerkte. Als Honecker vor dem Tagungslokal einmal Gelegenheit hatte, ein paar Minuten mit dem stets heiteren „Jerry" Ford zu plaudern, wirkte der angestrengt Weltniveau beweisende Saarländer beinahe ausgelassen.

Schmidt aber ließ keinen Gesprächspartner aus. Mit dem polnischen Parteichef Edward Gierek bereitete er die wenige Monate später von Außenminister Hans-Dietrich Genscher in Warschau ausgehandelte Vereinbarung über Renten- und Kreditzahlungen und die Ausreise von 120 000 bis 125 000 Deutschen in vier Jahren vor. Das war immerhin etwas Konkretes in diesen sommerlichen Tagen voller Hoffnung.



Gottesdienst am Dorfrand: Vor allem in Afrika erlebt die katholische Kirche einen „neuen Optimismus"
FOTOS: KNA

Kirche im Umbruch – Wann kommt der schwarze Papst?

Immer mehr wird die katholische Kirche zu einer Kirche der Dritten Welt, wo schon 60 Prozent ihrer Gläubigen leben. Für die Stellung Roms, die Kurie und die religiösen Aussagen wird dieser Wandel Folgen haben. Was aber wie eine Gefahr für die „reine Lehre" aussieht, könnte sich als Chance erweisen.

Von NORBERT KOCH

Die katholische Kirche steht – nahezu unbemerkt von der Öffentlichkeit – vor der größten Herausforderung ihrer nun fast 2000jährigen Geschichte. Die Zahlen sprechen eine deutliche Sprache: Lebten 1960 noch 51 Prozent der *Gläubigen in der* westlichen Welt, hat sich das Verhältnis heute mehr als umgekehrt: Von den 850 Millionen Katholiken leben bereits 500 Millionen in der Dritten Welt. Die römische Kirche ist nicht mehr europäisch. Sie entwickelte sich von „der West- zur Weltkirche" (Kölns Kardinal Joseph Höffner).

Ein Prozeß, der nicht mehr aufzuhalten ist. Die Frage, wann es den ersten schwarzen Papst geben wird, ist längst keine belächelte Utopie mehr. Gab es 1952 in den Ländern der Dritten Welt zwei einheimische Bischöfe, so sind es heute mehr als 300. In Asien ist kein weißer geistlicher Würdenträger mehr tätig. Von den 2700 Bistümern befinden sich noch ganze 735 in Europa, und 50 von insgesamt 152 Kardinälen vertreten die *Dritte Welt. Ein Verhältnis, das sich* schon bald ebenso umkehren dürfte wie das in der Kurie, die noch fest in weißer Hand ist. Nur zwei von 23 Kurienkardinälen stammen nicht aus Europa oder Nordamerika.

Vor allem in Afrika und Asien ist ein apostolischer Aufbruch zu registrieren, den man noch vor 50 Jahren nicht für möglich gehalten hätte. Seit etwa sieben Jahren verbreiten zum ersten Mal farbige Priester die Botschaft Christi in den Entwicklungsländern, und es ist nur noch eine Frage der Zeit, wann sie den klassischen „weißen Vater" abgelöst und zu einem Anachronismus gemacht haben. Priester aus Zaire missionieren in Japan, auf den Philippinen und in Kamerun, Geistliche aus Ruanda arbeiten in Uganda, Missionare aus Ghana in Botswana. *In Korea* ist der Andrang zu den Priesterseminaren so groß, daß ein Numerus clausus eingeführt werden mußte. Kardinal Höffner sieht in der wachsenden Zahl *der geistlichen* Berufe *in* der Dritten Welt einen Ausdruck der inneren Erneuerung der Kirche: „Ein neuer Optimismus bricht sich Bahn."

In seiner bemerkenswerten Rede anläßlich der Verabschiedung von Missio-Präsident Prälat Wilhelm Wissing im Juni dieses Jahres sprach der Kölner Kardinal, der zu den engsten Vertrauten von Papst Johannes Paul II. zählt, aber auch mahnende Worte und deutete an, mit welch zwiespältigen Gefühlen und welchen Sorgen Rom das rapide Anwachsen der Katholiken in der Dritten Welt, vor allem jedoch in Afrika und Asien, registriert: „Die Entwicklung eigenständiger Liturgien und Theologien trägt zwar zur Verwurzelung im eigenen Kulturkreis bei, darf aber nicht die Einheit der universalen Kirche gefährden." *Und weiter:* „*Einheit des* Credo bedeutet: Einheit des Glaubens, Einheit der Moral, Einheit der Struktur der Kirche mit Papst, Bischöfen und hierarchischer Ordnung."

Entwickeln die jungen Teilkirchen möglicherweise eine Eigendynamik, mit eigenständigen Liturgien und Theologien? Eine Inkulturation der römischen Kirche also, die ihr nicht nur ein neues Gesicht, sondern auch neue Inhalte und Strukturen geben könnte?

Prälat Bernd Kaut, seit wenigen Wochen Präsident von Missio in Aachen, dem größten Missionswerk der Welt (eine Million Mitglieder, Jahresetat *170 Millionen Mark) ist der festen* Überzeugung, daß es zu tiefgreifenden Veränderungen kommen wird: „Die Struktur der Kirche wurde, sehen wir von der kurzen Periode der Urkirche ab, vom europäischen Christentum geprägt. Bisher war Rom der starke Mittelpunkt, aber bereits im 2. Vatikanischen Konzil hat sich angedeutet, daß Verantwortliche aus anderen Kulturen ganz andere Schwerpunkte setzen."

Im Gespräch mit dem 40jährigen Prälaten, gewinnt man den Eindruck, daß er nicht ängstlich, nicht einmal skeptisch ins neue Jahrhundert blickt. Im Gegensatz „zu manchem Kirchenführer" scheint er den Wandel durch Annäherung an andere Kulturen geradezu herbeizusehnen. Wie Erzbischof Johannes Dyba aus Fulda, der „einen riesigen kirchlichen Apparat, aber schrumpfendes kirchliches Leben" registrierte, so ist auch Kaut der Meinung, daß die Kirche in Europa an Lebendigkeit und Ausstrahlung eingebüßt hat. Er setzt auf eine „religiöse Blutzufuhr", die seiner Meinung nach weniger aus Lateinamerika, wo die soziale Frage alles überlagert, sondern aus Afrika und Asien zu erwarten ist. Der Missio-Präsident, der selbst fünf Jahre in Ostafrika als Seelsorger tätig war, zitiert einen schwarzen Geistlichen aus Kenia, um zu verdeutlichen, was er meint: „Ihr in Europa behandelt die Religion wie einen Sonntagsanzug, für uns ist Religion die Haut."

Mit dieser Einstellung gehen die farbigen Missionare hinaus in die Welt, um den Völkern von der frohen Botschaft Jesu Christi zu künden. Im Gegensatz zu den „weißen Vätern" haben sie keine Gemeinde zu Hause, die ihnen Geld überweisen kann, um Wohlstandsinseln inmitten von Elend und *Hunger* zu gründen. Sie sind Gleiche unter Gleichen, das macht sie glaubwürdig.

Die Frage ist, was lehren sie, denn Rom ist weit. Bisher wurden die meisten Kirchenführer Afrikas und Asiens in Rom erzogen. Mittlerweile ist die zweite und dritte Generation nachgewachsen, die in einheimischen Priesterseminaren ausgebildet wurde. Die Polygamie beispielsweise wird zunehmend toleriert, und selbst Missio-Präsident Kaut gibt zu erkennen, daß es zu diesem Komplex „ganz neue Publikationen gibt". Man solle das Thema nicht überbewerten, denn es würde sich bald „von selbst erledigen". Nicht nur die katholische Kirche, die größte Glaubensgemeinschaft der Erde, hat beachtliche Missionserfolge im afro-asiatischen Raum, auch die übrigen christlichen Glaubensgemeinschaften melden stark steigende Zahlen. Im Gegensatz zu den evangelisch-protestantischen, lutherischen Kirchen spürt die katholische Kirche die *sich ankündigende* „Überfremdung", oder vornehmer ausgedrückt: Inkulturation, am stärksten, weil sie zentralistisch ist und Neuerungen das Ganze berühren und beeinflussen. Die protestantischen Glaubensgemeinschaften sind lose im Weltkirchenrat zusammengeschlossen *und führen* ansonsten ein unkontrolliertes Eigenleben. Ob die Anglikaner in Kenia oder Zimbabwe eigene theologische Akzente setzen, das kümmert die einstige Mutterkirche in England nicht. Doch Rom trifft es ins Mark, wenn die „reine Lehre" in *Frage gestellt wird.*

Die deutschen Katholiken haben zu der explosionsartigen Verbreitung des Christentums übrigens viel, wenn nicht Entscheidendes beigetragen. Vor 153 Jahren gründete Heinrich Hahn, Arzt und Kommunalpolitiker in Aachen, eine Art Bürgerinitiative zur Verbreitung des Glaubens in der Welt. Zehn Jahre später wurde die Bewegung von Rom anerkannt und 1922 zum päpstlichen Werk erhoben und der Propaganda Fidei unterstellt. Heute ist das von Hahn initiierte Missionswerk in 108 Ländern vertreten. Der deutsche Zweig, Missio in Aachen, die Keimzelle der weltumspannenden Organisation, ist nicht nur die bei weitem mitgliederstärkste und zahlungskräftigste Sektion, von hier aus wurde und wird auch Kirchengeschichte gemacht.

Die Wiederbelebung des Missionsgedankens und die geistliche Erneuerung, die von Heinrich Hahn ausging, führte zur Gründung zahlreicher Missionsorden. *Arbeiteten 1832, als der* Aachener Arzt den folgenschweren Anstoß gab, 300 Missionare in aller Welt, so sind es heute allein 10 000 deutsche. Je größer die Missionserfolge wurden, desto heftiger verlangten die jungen Teilkirchen in der Dritten Welt noch mehr Eigenständigkeit, Forderungen, die von Aachen, zum Teil gegen den Widerstand Roms, finanziell und geistig unterstützt wurden.

Das 2. Vatikanische Konzil setzte schließlich neue Maßstäbe, die bei konservativen Kräften auf vehemente Ablehnung stießen. Im Missionsdekret heißt es: „Das christliche Leben wird dem Geist und der Eigenart einer jeden Kultur angepaßt." Und weiter: „Die besonderen Traditionen, zusammen mit den vom Evangelium erleuchteten Gaben der verschiedenen Völkerfamilien, werden in die katholische Einheit hineingenommen. Die jungen Teilkirchen mit ihrem ganzen Reichtum an Überlieferung haben ihren Platz in der kirchlichen Gemeinschaft."

Der Vatikan steht in den kommenden Jahrzehnten vor dramatischen Entscheidungen. Es wäre sicher verfehlt, so argumentieren wohlmeinende Beobachter, vorschnell die Schleusen zu öffnen, um das Neue wie eine Flut eindringen zu lassen. Aber es wäre nicht minder verhängnisvoll, sich abzuschotten und auf fundamentalistische Positionen zurückzuziehen. Dann nämlich würde eine epochale Chance vertan: Die Versöhnung der Rassen, Klassen und Kulturen unter dem Dach einer universalen Kirche. Eine *Utopie* wird *möglich.*



Noch gibt es den „weißen Vater", doch immer häufiger kommen Missionare aus der Dritten Welt

Im Büro Abrahamson stehen die Europäer Schlange

Europäische Konzerne bemühen sich in Washington um Forschungsaufträge im Rahmen des SDI-Projekts. Deutsche Firmen, von denen die Amerikaner eine hohe Meinung haben, scheinen jedoch noch Berührungsängste zu haben.

Von WOLFGANG WILL

„Die Deutschen sind scheu, ja ängstlich, die Italiener sind die Bekenner-Typen – aber insgesamt, ob sie es nun zugeben wollen oder nicht, stehen Europas Konzerne bei uns Schlange, suchen sie Beteiligung am SDI-Programm, sind die Firmen den Regierungen ihrer Länder voraus."

So skizzierte ein Mitarbeiter des SDI-Chefs James Abrahamson den gegenwärtigen Stand der internationalen Teilnahme an der strategischen Verteidigungsinitiative. Dieses Projekt, das sich zum größten Forschungsprogramm aller Zeiten ausweiten dürfte, ist allein unter dem Aspekt der Erforschung und Nutzung neuer Technologien und Materialien verlockend. Aber da es sich bei SDI im wesentlichen erst einmal um das militärische Projekt handelt, im Weltraum einen Schutzschild gegen Raketen zu schaffen, möchten viele, wenn nicht die meisten der nichtamerikanischen *Interessenten,* zunächst anonym bleiben. Die Furcht der Deutschen jedoch, mit SDI in Verbindung gebracht zu werden, übertrifft alles, was das SDI-Büro in Washington bisher *an Europa-Erfahrung* sammeln konnte.

Von einem deutschen Firmen-Chef kann man sich dort kaum vorstellen, daß er sich so äußert wie der Italiener Raffaelo Teti: „Die 26 Milliarden Dollar, die im Rahmen von SDI bis 1989 zur Verfügung stehen, sind ein unwiderstehlicher Köder." Mit diesen Worten erklärte Teti die Absicht des von ihm geleiteten Staatskonzerns Augusta, sich um SDI-Forschungsaufträge bemühen zu wollen. Augusta leitet dabei ein italienisches Konsortium von sieben Firmen.

Auch der italienische Industrie-Gigant Fiat hat seine Beteiligung angekündigt. In einem 17seitigen Memorandum führt Fiat auf, welche Gebiete der SDI-Forschung für den Konzern interessant sind: Laserwaffen, Raketen und Roboter-Technologie werden hervorgehoben. Fiat-Chef Umberto Agnelli hat kürzlich zum Ausdruck gebracht, was viele in Europa denken: Wenn sich Europa nicht schnell zur Beteiligung an SDI entschließt, „fährt der Zug ohne uns ab – können wir das Nachsehen haben".

Das wissen natürlich auch die deutschen Firmen, und deshalb schicken sie ihre Repräsentanten nach Washington ins SDI-Büro möglichst mit Tarnkappe. Die Zahl der deutschen Konzerne, die nach Ansicht amerikanischer Experten „einmaliges oder führendes Know-how" beisteuern können, ist keineswegs gering:

- Messerschmitt-Bölkow-Blohm und Dornier werden als Raumfahrt- und Rüstungsunternehmen erster Ordnung angesehen, die auf bestimmten technologischen Sektoren ihre amerikanischen Konkurrenten übertreffen. „Natürlich werden wir uns an SDI beteiligen", sagt ein MBB-Repräsentant, „schon weil SDI für uns auch verteidigungspolitische Europa-Bedeutung hat: vielleicht läßt sich auch für Europa, trotz der viel kürzeren Warnzeit, ein Raketen-Schutzschirm entwickeln."
- Carl Zeiss ist auf dem Gebiet Kamera-Optik und damit für Luftbild- und Weltraum-Fotografie führend,
- Siemens hat Vorschläge hinsichtlich neuartiger Datenverarbeitungs-Anlagen parat, die AEG hat „eine ganze Menge zu bieten", meinte ein Firmen-Sprecher,
- Krupp liegt bei der Werkstoff-Erforschung um Längen vor der Konkurrenz aus Japan und den USA.

„Es gibt auch viele kleinere, quasi namenlose deutsche Firmen", sagt ein SDI-Beamter, „die mit uns zusammenarbeiten wollen, und generell fällt uns auf, daß die Deutschen auch den Weg über eine ihnen bekannte amerikanische Firma suchen – MBB etwa kooperiert mit Martin-Marietta. Solche Gruppierungen bilden sich aber auch in Europa, so daß dann Siemens, Philips und Thomson als SDI-interessiertes Konsortium bei uns vorstellig werden."

Ursprünglich bestand Washington auf Vereinbarungen auf Regierungsebene. Aber nachdem erkannt worden war, daß sich Paris ablehnend verhielt und Bonn zögerte, setzte sich Generalleutnant James Abrahamson mit seiner Ansicht im Weißen Haus und auch im State Department durch. Seitdem können ausländische Unternehmen direkt um SDI-Aufträge nachsuchen.

Das Projekt, so zeichnet sich bereits ab, wird vergleichbare Forschungsvorhaben wie etwa „Manhattan" (Schaffung der Atombombe) und „Apollo" (Landung auf dem Mond) übertreffen, und das nicht nur finanziell. So können noch bessere und weitaus mehr „Abfallprodukte" erwartet werden, sei es auf elektronischem oder medizinischem Gebiet, sei es auf dem Sektor kommerzieller Produkte auch für den Haushalt.

Im Gegensatz aber zu „Manhattan" und „Apollo" fordern die USA bei SDI die Mitarbeit des Auslandes, vor allem der Verbündeten, in großem Maßstabe. Das erscheint verlockend, wirft aber auch ein Problem auf, das *auf Regierungsebene* leichter hätte gelöst werden können als auf der Basis der einzelnen Unternehmen. SDI-interessierte Firmen müssen also auf der Hut sein: Sie müssen sicherstellen, daß sie an der kommerziellen Nutzung möglicher SDI-Nebenprodukte beteiligt werden.

Europa darf sich nicht, um eine Formulierung Otto Graf Lambsdorffs zu gebrauchen, zum „Zulieferanten der USA" degradieren lassen. „Das wollen wir auf keinen Fall", versichert General Abrahamson, doch ein Rockwell-Firmensprecher schränkt ein: „Wenn es sich um sensitive, etwa militärische Technologien handelt, könnten Nutzung und Transfer durch Übersee-Unternehmen durchaus Restriktionen unterzogen werden müssen." (SAD)



SDI-Projektleiter General Abrahamson
FOTO: JUPP DARCHINGER

Die „Buga", Idylle mit Haken

Halbzeit bei der Bundesgartenschau in Berlin. Etwa drei Millionen Besucher kamen in den ersten drei Monaten. Doch so manche Rechnung der Veranstalter ging noch nicht auf.

Von F. DIEDERICHS

Am 26. April, dem Eröffnungstag der Bundesgartenschau Berlin 1985, kämpften Bundespräsident Richard von Weizsäcker und sein Troß an Honoratioren noch gegen Schneegestöber und eisigen Wind an. Die Launen des Wetters geben auch heute noch, zur Halbzeit der Blumenschau, auf dem 90 Hektar großen Parkgelände im Süden Berlins den Ton an. Ein verregnetes, zu kaltes Frühjahr, ein wechselhafter Sommer – *nicht nur manche Pflanze* wagte sich bisher nicht aus dem märkischen Boden, auch der erwartete Besucherzuspruch blieb hinter den Kalkulationen zurück.

Zwar versprühten die Organisatoren – allen voran Berlins Umweltsenator Horst Vetter (FDP) – bei der offiziellen Halbzeitbilanz des „sommerlangen Gartenfestes", so der Werbeslogan, Optimismus und warteten mit beeindruckenden Zahlen auf: rund drei Millionen Besucher, über 5000 Reisebusse aus dem Bundesgebiet. Mit ihnen kamen vor allem Kleingärtner, Sport-, Feuerwehr- und Landfrauenvereine. Sie verbrachten bis zu sieben Stunden im Bus, um durchschnittlich sechs Stunden durch das „Disneyland der Gärtner" (noch ein offizieller Slogan) zu wandern.

Ein kräftiges Hoch bescherte die Bundesgartenschau, kurz „Buga", der Berliner Hotellerie und den Fluggesellschaften. Und auch die 270 Aussteller in den Blumenhallen durften jubeln wie bei Olympischen Spielen: Während der bislang elf von insgesamt 24 geplanten Blumenschauen ergoß sich ein Medaillenregen von insgesamt 2405 bunten Plaketten über sie – kaum ein Pflänzlein, das nicht vom Veranstalter geehrt wurde. Und weitere Verleihungen stehen an.

Doch blickt man hinter die Kulissen der Idylle von fleißigen Lieschen, Fuchsien und Wandelröschen, so werden die Gründe für manche Sorgenfalte schnell deutlich: Nach jüngsten Kalkulationen stehen Ausgaben von rund 220 Millionen Mark Einnahmen von nur 20 Millionen Mark gegenüber. Wäre die „Buga" ein privatwirtschaftliches Unternehmen, der Gang zum Konkursrichter wäre längst überfällig. Doch wer diese simple Rechnung aufmacht, tut dem Veranstalter unrecht: Nach dem bisherigen *Selbstverständnis dienen* Bundesgartenschauen, so der „Zentralverband Gartenbau", vor allem drei Zielen: ein Einweihungsfest für einen neuen oder neugestalteten Park zu feiern und ein Defizit an Grün in den Städten aufzuarbeiten. Und – als bunter Faden für die Veranstaltungen – ein Wettbewerb für die beteiligten Gärtner.

Das Prinzip der Wirtschaftlichkeit muß zwangsläufig zu kurz kommen, wenn es gilt – wie in Berlin – einen Erholungspark für rund 600 000 Bewohner der südlichen Bezirke zu schaffen. Doch mangelt es an manchen Rahmenbedingungen, klafft die Schere zwischen Investitionen und Ertrag besonders weit. Daß der Kalkulationsschnitt von rund 70 000 Tagesgästen *auf der „Buga" nur am* Pfingstsonntag mit 87 000 Besuchern weit überschritten wurde, führt man auch darauf zurück, daß vor allem die Berliner „ihre ‚Buga'" nicht wie gewünscht annehmen.

Ein Parkplatz drei Mark, der Eintrittspreis von neun Mark, eine fünfminütige Fahrt in der gläsernen Kabine des 67 Meter hohen Aussichtsturms für fünf Mark, acht Mark für eine kurze Fahrt mit der Blumen-Bimmelbahn querbeet – und dazu noch Aufwendungen für gastronomische Genüsse: Für Familien summierte sich der Spaß schnell auf über 100 Mark. Daß deshalb das Festzelt-Restaurant meist nur spärlich gefüllt ist, hat auch noch mit der Mentalität der Besucher zu tun: „Die Berliner *sind halt keine Bayern", meinte* eine „Buga"-Sprecherin. Das „Mißtrauen der Idylle", wie der Künstler André Heller sein „Blumenlabyrinth" auf der „Buga" taufte, dürfte deshalb für die Berliner im besonderen gelten.

Zwar halten Experten die gärtnerische Präsentation der Planungen des Stuttgarter Landschafts-Architekten Wolfgang Miller für *rundherum* gelungen, doch von Beginn an gab es keine langfristigen Veranstaltungs-Programme für die mehr als 2000 künstlerischen Happenings auf dem Gelände. Inzwischen verteilt die Ausstellungsleitung kostenlos monatliche Programme in sechsstelliger Auflage.

Viele Berliner wollen dennoch abwarten, bis die „Buga" ihre Pforten schließt – am 20. Oktober geht die offizielle Veranstaltung zu Ende, der Park soll fortan der Öffentlichkeit zu einem wesentlich geringeren Eintrittspreis als Erholungsmekka zur Verfügung stehen. „Warum jetzt hingehen und teuer zahlen, im Herbst ist das Grünzeug ja immer noch da", sprach ein Berliner aus dem „Buga"-fernen Spandau im Regionalfernsehen vielen seiner Mitbürger aus der Seele.

Die Besucher aus dem übrigen Bundesgebiet und auch aus Übersee lassen dagegen die gärtnerische Leistungsschau nicht im Stich. Selbst aus Australien reisten Journalisten an, um das Spektakel für die Zeitschrift „Better Homes and Gardens" zu zensieren. 13 blaugekleidete Hostessen führten gemeinsam vor zwei Wochen 320 Gäste aus Israel über fußfreundliche Rindenschrotwege – die bisher größte Einzelgruppe. Rund 50 Prozent aller westdeutschen Besucher reisten aus Schleswig-Holstein, Hamburg, Bremen und dem östlichen Teil Niedersachsens an – Berlin kennt aufgrund seiner Insellage kein direktes Hinterland, das bei den bisherigen Gartenschauen für steten Zustrom sorgte: So waren 1981 in Kassel, wo die Veranstalter insgesamt 5,5 Millionen Besucher melden konnten, mehr als 90 Prozent der Gäste aus weniger als 100 Kilometer Entfernung erschienen.

Daß sich jedoch selbst der weiteste Weg zu den Rosen- und Staudengärten lohnt, betonen die Veranstalter besonders im Hinblick auf den kommenden Monat: Denn der Höhepunkt der Sommerblüte wird erst im August erwartet, verzögert durch den kühlen, nassen Frühsommer. Den Herbst sollen schließlich Dahlien, Anemonen, Rittersporn und Astern in ein „Feuerwerk aus Farben" tauchen.

Die Verlustliste der „Buga" weist bislang nur einen Bonsaibaum als gestohlen auf. Und als besonderes Vorkommnis registrierte man lediglich drei verträumte ältere Damen: Die eine fiel in einen Teich und wurde mit einem Hostessen-Kostüm neu eingekleidet. Die anderen beiden Damen vergaßen beim Parkbummel Zeit und Raum und verpaßten die Abreise ihres Busses.

Arbed muß mehr für die Fracht zahlen

UR. Bonn

Vom 1. September dieses Jahres an muß die saarländische Montanindustrie für die Fracht, die sie per Bahn transportiert, kommerzielle Tarife zahlen. Die billigeren Unterstützungstarife, die die Bundesbahn bis einschließlich August gewähren wird, laufen aufgrund einer Entscheidung der EG-Kommission, die in dem Preisnachlaß eine unzulässige Subvention sieht, aus. Dies wird besonders Arbed Saarstahl treffen, dem der Löwenanteil der Verbilligung in einer Größenordnung von bis zu 30 Millionen jährlich in den vergangenen fast 20 Jahren zufloß.

Die saarländische Regierung reagierte dennoch gelassen auf die Nachricht. Im saarländischen Wirtschaftsministerium hofft man darauf, daß die neuen Tarife, die die Bundesbahn festlegen wird, nur geringfügig über den alten liegen. Saarbrückens Kalkül: Die Bahn wird nicht riskieren, für eine Spanne von zwei Jahren wesentlich höhere Tarife zu verlangen. Denn dies würde ihre saarländische Kundschaft verprellen.

Der Hintergrund: „Spätestens in zwei Jahren", so ist im saarländischen Wirtschaftsministerium zu erfahren, wird der Ausbau der Saar zum schiffbaren Kanal beendet sein, und die Bundesbahn sähe sich einer beachtlichen Konkurrenz bei der Abwicklung der Frachtaufträge gegenüber. Höhere Rechnungen der Bahn könnten dazu führen, daß die Montan-Industriellen auf den Schiffahrtsweg zurückgriffen. Ohnehin, führt man in Saarbrücken an, seien die Preise bereits in den vergangenen Jahren als „Als-ob-Tarife", die stillschweigend von der Existenz eines Saar-Kanals ausgingen, kalkuliert gewesen. Die Hoffnung der SPD-Regierung nährt der zuständige Referent im Bundesverkehrsministerium, der für den 1. September eine „sehr maßvolle Tariferhöhung" der Bundesbahn angekündigt hat.

Bonn hatte sich darüberhinaus aber „aus rechtlichen Gründen" nicht von der Landesregierung bewegen lassen, in Brüssel gegen die Kommissionsentscheidung zu klagen. „Unsere Beschluß hat", so das Verkehrsministerium, „keine politischen Gründe, die mit der gegenwärtigen Regierung im Saarland zusammenhängen."

„Neuer Paß noch vor Bundestagswahl 1987"

AP, Essen

Die Gesetze über die Einführung fälschungssicherer und maschinenlesbarer neuer Pässe und Personalausweise sollen noch in dieser Legislaturperiode vom Bundestag verabschiedet werden. In einem Interview der „Neuen Ruhr-Zeitung" vertrat Bundesjustizminister Engelhard die Ansicht, in beiden Fällen werde der nötige Datenschutz gewährleistet sein. „Den gläsernen Menschen wird es nicht geben." Wie der Minister weiter erklärte, will Bonn noch vor der nächsten Bundestagswahl auch ein Gesetz über die Tätigkeit des Bundesverfassungsschutzes und des Militärischen Abschirmdienstes (MAD) durchsetzen. Hier sei eine „umfassende Neuregelung" nötig, um die Zusammenarbeit der Sicherheitsbehörden untereinander auf eine gesetzliche Grundlage zu stellen. Engelhard sagte, bei all diesen Vorhaben werde dem Urteil des Bundesverfassungsgerichts zum Volkszählungsgesetz „akkurat Rechnung getragen".

DIE WELT (USPS 603-590) is published daily except sundays and holidays. The subscription price for the USA is US-Dollar 365,00 per annum. Distributed by German Language Publications, Inc., 560 Sylvan Avenue, Englewood Cliffs, NJ 07632. Second class postage is paid at Englewood, NJ 07631 and at additional mailing offices. Postmaster: send address changes to: DIE WELT, GERMAN LANGUAGE PUBLICATIONS, INC., 560 Sylvan Avenue, Englewood Cliffs, NJ 07632.

Biedenkopf drängt auf Fusion der Landesverbände

Von WILM HERLYN

Die Verlierer an Rhein und Ruhr rücken näher zusammen – die Niederlage eint wie nie zuvor. Westfalen und Rheinländer, von Geschichte und Tradition wie von Wesensart durchaus verschieden, diskutieren an der Basis und auf der Funktionärsebene gleichermaßen die Fusion der beiden großen CDU-Landesverbände. Diesen Schritt forderten die Rheinländer schon häufig auf Parteitagen – die Westfalen aber sperrten sich.

Es ist das Verdienst von Kurt Biedenkopf, dem westfälisch-lippischen Landesvorsitzenden, den gordischen Knoten zu zerschlagen. Er nutzte die Gunst der Stunde und die zum ersten Mal sichtbar gewordene leichte Vormachtstellung seines Verbandes, der relativ gesehen in der schweren Niederlage bei der Landtagswahl am 12. Mai etwas weniger verlor als die Rheinländer.

Als Chef der rasch einberufenen Strukturkommission zimmerte er mit logischer Konsequenz ein Modell zusammen, das erstmals auch Chancen der Realisation hat. Beiden Verbänden zwingt Biedenkopf die Notwendigkeit des Grundsatzbeschlusses auf – und will dann erst über die Feinheiten des Zusammenschlusses verhandeln. Gleichzeitig schnürt er die Rheinländer und Westfalen in ein zeitlich enges Konzept. Denn schon am 17. August wird der eigene Landesverband in Paderborn über die Fusion beraten und entscheiden. Grundlage ist den Westfalen ein Leitantrag, den die beiden Vorstände schon am 9. August gemeinsam verabschieden wollen.

Dem Strategen Biedenkopf kommt dabei durchaus gelegen, daß die rheinischen Parteifreunde ihren „Fusions"-Parteitag erst Mitte Oktober abhalten. Vorbehaltlich der Zustimmung beider Landesverbände – notwendig sind je 75 Prozent der Stimmen – wird Anfang 1986 nach den Vorstellungen Biedenkopfs und der von ihm geführten Kommission *ein nach Mitgliederstärke mit* 450 Delegierten besetzter Landesparteitag erstmals für eine Übergangszeit einen Landesvorstand der CDU-NRW wählen.

Außerdem ist an die Einrichtung einer Landesgeschäftsstelle in Düsseldorf – damit auf lange Sicht an die Auflösung der Geschäftsstellen in Köln und Dortmund – und an die Berufung eines Generalsekretärs gedacht. Die Übergangszeit soll mit der Verabschiedung einer Satzung im Herbst 1987, spätestens zum 31. Dezember 1987, enden.

Das bedeutet, daß der Bundestagswahlkampf zum Februar 1987 schon durch einen quasi einheitlichen Verband an Rhein und Ruhr vorbereitet und geführt wird. Keine Frage, daß dieser Schritt die Partei insgesamt stärken wird, denn schon die getrennten Landesverbände sorgten mit ihren Stimmzuwächsen wesentlich für einen Sieg der bürgerlichen Koalition am 6. März 1983.

Die innere Struktur dieses neuen Landesverbandes ist noch unklar. Mehrere Konzepte stehen zur Wahl. Sicher ist, daß unter dem einheitlichen *Dach* mehrere Bezirke *geschnitten* werden. Schon in den früheren Wahlen hatte Biedenkopf das Modell der drei starken Verbände aus Rheinland, Ruhrgebiet und Westfalen öffentlich überlegt.

Ein anderes Konzept sieht sieben Bezirke vor: Ihre Grenzen orientieren sich an den fünf Regierungsbezirken des Landes, das Revier soll in einen rheinischen und in einen westfälischen Teil zerlegt werden. Schließlich wird ein drittes Modell mit fünf Bezirken gehandelt: ein starker Revier-Block und je zwei Bezirke im Rheinland und in Westfalen.



Alle Diskussionen kreisen dabei immer wieder um den Revier-Verband. Die Fürsprecher eines einheitlichen Bezirks Ruhrgebiet – jetzt ist die Emscher-Zone noch in einen rheinischen und einen westfälischen Teil getrennt – erhoffen sich, die Achillesferse der CDU in Nordrhein-Westfalen zu heilen.

Denn im Ruhrgebiet dümpelt die Union zwischen 25 und 30 Prozent. Die Gegner des Konzeptes hegen allerdings die Befürchtung, eine starke Ruhr-CDU könne die anderen Bezirke an die Wand drücken und damit den Einfluß der Partei in ihren Hochburgen schwächen.

Um die Kandidaten für das Amt des Landesvorsitzenden gibt es zur Zeit nur Spekulationen. Bernhard Worms, der auf zwei Jahre gewählte Fraktionschef im Düsseldorfer Landtag (und dann sind 1987 Bundestagswahlen) und Führer der rheinischen CDU, nennt das Fusionspapier seines langjährigen Widersachers Biedenkopf einen „beachtlichen Vorschlag für den Weg in die richtige Richtung".

Er will sich – trotz der Mai-Niederlage – im Herbst wieder um das Amt des Vorsitzenden bewerben, Ausgangsposition für das folgende Kandidaten-Rennen. Er muß um seine rheinische Zukunft mehr bangen als Biedenkopf um seine westfälische. Denn im Hintergrund stehen Nachfolger parat, die sich durchaus Hoffnungen machen dürfen.

Zum einen der jetzige Oberbürgermeister von Krefeld, Dieter Pützhofen. Er ist in der niederrheinischen CDU fest verankert, die nach dem 12. Mai in der Landtagsfraktion den sogenannten „Kölschen Klüngel" über die Klinge springen ließ und altbewährte Recken wie den langjährigen stellvertretenden Fraktionsvorsitzenden Otmar Pohl abwählte. An seine Stelle rückte der Krefelder Anwalt Klaus Evertz. Pützhofen, in einem vermeintlich sicheren Wahlkreis seiner Heimatstadt gescheitert und dadurch am Einzug in den Landtag gehindert, kritisierte kurz nach dem 12. Mai besonders hart, daß die CDU mit zwei Landesverbänden an Rhein und Ruhr „kein einheitliches Bild" abgebe und seit Jahren „mehr verwaltet als agiert".

Sein Kontrahent könnte zum anderen der frühere Krefelder OB sein, der Vorsitzende der Mittelstandsvereinigung, Hansheinz Hauser. Aber beide verhalten sich nach der Spargel-Taktik: Wer den Kopf zuerst reckt, wird zuerst gestochen. Und Norbert Blüm, dessen Hut ungefragt der ehemalige Bundestagspräsident Rainer Barzel in den Ring warf, winkte uninteressiert ab. Vorerst.

Aber die Rheinländer denken auch darüber nach, wie ein möglicher Vorsitzender Kurt Biedenkopf mit der geballten Macht der CDU-NRW im Rücken in Bonn agieren würde. *Das* Verhältnis des westfälischen Chefs zum Bundesvorsitzenden Helmut Kohl und zur Bundes-CDU ist von Trübungen nicht frei. Daß die Rheinländer aber durchaus nicht durchwählen wollen, zeigt sich an einer Äußerung von Klaus Evertz: „Die rheinische CDU will mit der westfälischen CDU fusionieren, und zwar unter einem NRW-Vorsitzenden Biedenkopf, so schnell wie möglich."

Kohl selbst hat sich noch nicht geäußert. Er wird es allerdings bald tun müssen, denn die Machtstrukturen der Partei werden sich erheblich ändern. 137 000 rheinische Mitglieder und 130 000 westfälische stellen auf Bundesparteitagen einen Block von 40 Prozent der Stimmen, die Satzung der Partei muß geändert, die anderen Landesverbände gefragt werden.

CSU fordert mehr Chancen für private Universitäten

Gesetzesinitiative angekündigt / Kritik an Hans Maier

PETER SCHMALZ, München

Nachdem der Antrag, in Ingolstadt eine private Medizin-Hochschule zu *gründen*, vor *allem am* Widerstand des bayerischen Kultusministeriums gescheitert ist (WELT vom 24. 7.), kündigte der CSU-Kulturpolitiker Erich Schosser gestern Gesetzesinitiativen an, die künftigen Antragstellern bessere *Erfolgsaussichten* gewähren sollen. Er sehe nicht ein, meinte Schosser vor Journalisten, daß in dem von der CSU regierten Bayern eine derartige Privatinitiative scheitert, während in dem sozialdemokratisch gelenkten Nordrhein-Westfalen eine Privatuniversität sehr gut funktioniert.

Bei gutem Willen aller Seiten, so Schosser, wären auch die Probleme, an denen der Ingolstädter Plan gescheitert ist, *lösbar* gewesen. Den vom Antragsteller vorgelegten Finanzierungsplan bezeichnete Schosser als „sehr plausibel". Dagegen hatte Kultusminister Professor Hans Maier als wichtigsten Ablehnungsgrund die *ihm als mangelhaft* erscheinende Finanzausstattung bezeichnet. Als Garantiesumme, die ein Abwickeln des Studienbetriebs auch dann erlaubt, wenn sich keine neuen, zahlenden Studenten einschreiben, forderte das Ministerium 30 *Millionen* Mark, der Antragsteller konnte jedoch nur sieben Millionen Mark aufbieten.

Weitere gesetzliche Hindernisse will Schosser nicht hinnehmen: „Gesetze sind zu ändern. Bei uns herrscht ohnehin noch zuviel Etatismus." Bereits im Herbst wird die von Schosser geleitete CSU-Hochschulkommission einen umfangreichen Novellierungsvorschlag zum bayerischen Hochschulgesetz vorlegen. Dann werden es Interessenten leichter haben, erwartet der CSU-Kulturexperte. Eine private Universität sei für ihn faszinierend, meinte Schosser, weil man mit ihr Möglichlichkeiten jenseits der bestehenden staatlichen Strukturen erproben könnte. Er hofft deshalb, daß nach der Gesetzesänderung bald ein neuer Antrag gestellt wird.

Den von *Maier favorisierten Plan*, in Ingolstadt anstelle der Privatuni nun eine wirtschaftswissenschaftliche Falkutät der Katholischen Universität Eichstätt zu errichten, bezeichnete Schosser uneingeschränkt als *„untauglichen Versuch". Wohl finde* er den Mut großartig, im 20. Jahrhundert aufgrund einer bestimmten Weltanschauung eine Universität zu führen, hier solle aber eine Wissenschaft aufgepfropft werden, die mit *Katholizität nichts zu tun habe.* „Ich kann vor diesem Weg nur warnen. Er ist völlig falsch und führt zu einer falschen Symbiose."

Ein kritisches Wort richtete Schosser auch an die Adresse der Kirche. Er könne die Bischöfe nicht verstehen, daß sie die einzige katholische Universität in Deutschland zu 90 Prozent durch den Staat finanzieren lassen. „Wo bleibt den da die Unabhängigkeit?" meinte der CSU-Politiker.

DGB: Kohl muß Position beziehen

Vor „Dreiergespräch" am 5. September klärendes Wort zu Arbeitslosigkeit erwartet

GÜNTHER BADING, Bonn

Bundeskanzler Helmut Kohl wird sich nach Ansicht von Gewerkschaftern bei dem „Dreiergespräch" am 5. September auf mindestens drei Gebieten konkret zwischen den Positionen der Arbeitgeber und jenen der Gewerkschaften entscheiden müssen. Diese sind der von Kohl im Spitzengespräch mit dem Gewerkschaftsbund heute vor einer Woche eingebrachte Gedanke, durch Überstundenabbau etwas zur Erleichterung der Beschäftigungslosigkeit zu tun, zum zweiten die Frage der Mitbestimmung bei der Einführung neuer Technologien und dann noch die Frage der Reform der Alterssicherungssysteme.

Zwei weitere sensible Themen sind aus Gewerkschaftssicht die geplanten Änderungen im Arbeitskampfrecht und im Betriebsverfassungsgesetz, die aus Sicht der Regierungskoalition einen verbesserten Minderheitenschutz in den Betriebsräten sowie eine eigene Vertretung für die leitenden Angestellten bringen soll, aus Sicht des DGB allerdings nur zum Vorteil von „Splittergruppen" gereichen würde.

Zur Absicht von Unions-Abgeordneten, die Bestimmung im Arbeitsförderungsgesetz über die Zahlungen aus Nürnberg an mittelbar vom Streik betroffene Arbeitnehmer zu verändern, äußert man in Funktionärskreisen Unverständnis. Zwar habe sich die IG Metall in der Auseinandersetzung in den Eilverfahren durchgesetzt und die Zahlung von Kurzarbeitergeld während des Streiks im vergangenen Jahr erzwungen, doch sei inzwischen das Hauptverfahren um die Neutralitätspflicht der Nürnberger Bundesanstalt im Streikfall in Gang gekommen.

Dies werde zweifellos bis zu einer höchstrichterlichen Entscheidung betrieben werden. Und da sei noch völlig offen, ob sich der Gewerkschaftsstandpunkt durchsetzen werde. Dasselbe gelte für die Diskussion um Zulässigkeit von Warnstreiks. Auch hier werde eine höchstrichterliche Entscheidung angestrebt, sodaß aus Gewerkschaftersicht der Gesetzgeber erst anschließend tätig werden sollte.

Bundeskanzler Helmut Kohl hatte schon in der Begegnung mit der DGB-Spitze am Dienstagabend vergangener Woche deutlich gemacht, daß er nicht auf Regelungen durch den Gesetzgeber dränge, wenn sich die Tarifvertragsparteien selber einig würden – etwa durch einen Verhaltenskodex zur Sicherung von Minderheitenrechten im Betriebsrat. Der Kanzler nahm am Wochenende in einer Reihe von Interviews noch einmal zu dem vergangenen Gespräch, das als Ergebnis die Rückkehr der Gewerkschaften an einen Tisch mit Regierung und Arbeitgebern hatte, und zu der Dreier-Begegnung Anfang September Stellung. Dabei betonte Kohl erneut die Notwendigkeit, Überstunden abzubauen.

Dazu erklärten Gewerkschafter, Kohl werde sich am 5. September entscheiden müssen, ob er der Gewerkschaftsposition nähertrete, die eine Veränderung der veralteten Arbeitszeitordnung verlange, oder der Haltung eines Teils der Arbeitgeberverbände, etwa Gesamtmetall, die Überstunden für unverzichtbar hielten.

Schärfere Töne, als sie noch im Anschluß an die Begegnung im Kanzleramt von Gewerkschaftsseite zu hören waren, schlug jetzt das DGB-Vorstandsmitglied Siegfried Bleicher an. Der DGB werde 1987 seine Mitglieder zur Wahl „einer anderen Politik" aufrufen, sagte er in einem Interview, wenn die Regierung die Gewerkschaftsforderung nach wirksamerer Bekämpfung der Arbeitslosigkeit nicht erfülle. Der DGB werde die Regierung „noch stärker unter Druck setzen", da diese „in netten Gesprächen allein" nicht zu überzeugen sei. Deshalb seien die für den Oktober geplanten Demonstrationen des DGB gegen die Politik dieser Regierung besodners wichtig.

Bleicher hatte an der Begegnung im Kanzleramt, in der DGB-Chef Ernst Breit dem Kanzler versichert hatte, er erkenne gerade auf diesem Feld der Bekämpfung der Arbeitslosigkeit die Erntshaftigkeit der Bemühungen Kohls an, nicht teilgenommen. In einem anderen Interview äußerte sich Bleicher auch moderater. Im Gespräch mit der „NRZ" sprach er von einem „ersten Ansatz in die richtige Richtung", bezeichnete aber – wie die oben zitierten anderen Funktionäre – die Mitbestimmung bei der Einführung neuer Technologien als „unverzichtbar".

Neue Wege im Kampf gegen die Arbeitslosigkeit

Von UWE BARSCHEL

Die wirtschaftspolitische Lage in der Bundesrepublik Deutschland wird nach wie vor von zwei unterschiedlichen Szenarien geprägt: beachtlichen Erfolgen auf den Gebieten des Wirtschaftswachstums, der Haushaltskonsolidierung und der Inflationsbekämpfung steht eine im Kern ungebrochen hohe Arbeitslosigkeit gegenüber. Wo liegen – abseits von Schlagworten – die Ursachen für diese Entwicklung?

Auf der Suche nach ökonomisch richtigen Antworten fällt zunächst auf, daß die Arbeitsmarktsituation in den Bundesländern erhebliche Unterschiede *aufweist. Zur Gruppe der* arbeitsmarktpolitisch relativ erfolgreichen Länder zählen zweifellos Bayern und Baden-Württemberg im Süden, aber auch das durch seine geographische Randlage keineswegs begünstigte Schleswig-Holstein.

Seit zwei Jahren verzeichnet Schleswig-Holstein die niedrigste Arbeitslosenquote aller norddeutschen Länder und stellt damit die einstmals so kraftstrotzende Wirtschaftsmetropole Hamburg deutlich in den Schatten. Bei der Entwicklung des Arbeitsplatzangebotes nimmt Schleswig-Holstein sogar die Spitzenposition unter allen Bundesländern ein, obwohl die Zahl der Erwerbspersonen erheblich stärker als im Bundesdurchschnitt angestiegen ist.

Mit anderen Worten: Wäre das Erwerbspersonenpotential in Schleswig-Holstein mit der gleichen Rate wie im Bundesgebiet gewachsen, läge die Arbeitslosenquote im nördlichsten Bundesland heute deutlich unter dem Bundesdurchschnitt. Hier zeigt sich: Die demographische Komponente – mehr junge Menschen drängen auf den Arbeitsmarkt – überlagert zunehmend die konjunkturell bedingte Entlastung des Arbeitsmarktes.

Die regionalen Unterschiede in der Arbeitsmarktentwicklung lassen erkennen, daß einige Bundesländer die wirtschaftlichen Zeichen der Zeit besser und eher als andere erkannt haben. Nicht ohne Grund ist der Aufschwung an Nordrhein-Westfalen bisher weitgehend vorbeigegangen. Wer beständig gegen den Strom schwimmt, kommt eben selten am Ziel an.

Eine nationale Konvergenz in der Wirtschaftspolitik ist nicht minder wichtig als eine internationale.

Im übrigen belegt das Beispiel Schleswig-Holstein die Unsinnigkeit der These eines sogenannten Süd-Nord-Gefälles. Ein Gefälle unter den Bundesländern besteht lediglich in der Qualität ihrer Wirtschaftspolitik.

Die Arbeitslosigkeit ist heute zum überwiegenden Teil strukturell und nicht konjunkturell bedingt. Nachfrageprogramme würden diese strukturelle Komponente nicht erfassen. Mehr als die Hälfte der heute als arbeitslos Registrierten verfügt über keine *ausreichende* Berufsausbildung. Ein wesentlicher Schlüssel zur Lösung des Problems liegt deshalb im Bereich der Aus- und Weiterbildung. Bildungsmaßnahmen verbessern generell die Arbeitsmarktchancen des einzelnen, sie tragen dazu bei, qualifikationsspezifische Diskrepanzen zwischen Arbeitskräftenachfrage und Arbeitskräfteangebot zu reduzieren.

Unter allen flankierenden Maßnahmen der aktiven Arbeitsmarktpolitik sind *Investitionen* in Bildungsmaßnahmen immer noch diejenigen, die die höchste Produktivität versprechen. Notwendig ist deshalb eine (Nach-) Qualifizierungsoffensive auf breiter Ebene, eine konzertierte Aktion zur beruflichen Weiterbildung.

Uwe Barschel (41), Ministerpräsident in Kiel, kann auf eine rasche Karriere zurückblicken. Mit 27 war er CDU-Abgeordneter im Kieler Landtag, mit 29 Fraktionschef, mit 35 Minister. Nach der Bonner Wende wurde er im Herbst 1982 Nachfolger Gerhard Stoltenbergs, der nach Bonn wechselte.

Arbeitgeber, Gewerkschaften und Staat sollten in Zusammenarbeit ein umfassendes Programm lancieren, das schwer vermittelbaren Arbeitslosen es ermöglicht, einen zweiten Beruf zu erlernen. Ein großer Bedarf besteht heute zum Beispiel an Arbeitskräften, die mit den neuen Techniken der Mikroelektronik in der Produktion umgehen können.

Maßnahmen der Ausbildung, Fortbildung und Umschulung bedürfen der flankierenden Unterstützung durch Mobilitätshilfen. Im Gegensatz zu amerikanischen Arbeitnehmern, die hohe regionale Mobilität mit Wohnortwechsel aufweisen, wechseln deutsche Arbeitnehmer nur ungern ihren Heimatort. Mobilitätshilfen in der Form von Überbrückungshilfen für Heimfahrten, für Mietvorauszahlungen und Umzug sind hier hilfreich.

Weitere Maßnahmen zur Flexibilisierung des Arbeitsrechtes und des Arbeitsmarktes dürfen nicht tabuisiert werden. Der Arbeitsmarkt wurde in den letzten Jahren in ein zu enges Korsett gesteckt.

Die Eintrittsbarrieren, denen sich Arbeitslose am Arbeitsmarkt gegenübersehen, müssen reduziert werden.

Mit dem Beschäftigungsförderungsgesetz *hat die Bundesregierung* bereits einen großen Schritt in die richtige Richtung getan. Es kommt jetzt darauf an, das Gesetz in die Praxis umzusetzen. Dazu gehört auch, daß das hohe Maß an Überstunden abgebaut wird. Ebenfalls nachhaltiger genutzt werden sollte das Vorruhestandsgesetz.

Die Tarifvertragsparteien sollten sich darauf verständigen, in der nächsten Tarifrunde eine differenzierte Tarifpolitik einzuleiten. Gerade den weniger qualifizierten Arbeitnehmern *dient eine Tarifpolitik, die für* eine noch stärkere Differenzierung nicht nur nach Branchen und Regionen, sondern auch nach Qualifikation sorgt. Die „Sockellohnpolitik" der letzten Jahre hat zu einer überdurchschnittlichen Anhebung der unteren Lohngruppen geführt. Im Ergebnis führte diese Politik aber zu zusätzlichen Rationalisierungsmaßnahmen und damit zu weiteren Arbeitsplatzverlusten.

Grundsätzlich sind die Tarifverträge herkömmlichen Musters viel zu starr. Erforderlich sind neue Formen von Rahmenvereinbarungen der Tarifparteien, die eine unternehmensbezogene Ausgestaltung von Tarifabkommen ermöglichen. Den Arbeitnehmern würde dadurch die Möglichkeit eingeräumt werden, das Verhältnis von Arbeitsentgelt, betrieblichen Sozialleistungen, Arbeitszeit und Vermögensbildung mitzubestimmen.

Therapievorschläge zum Abbau der Arbeitslosigkeit sind im Übermaß vorhanden. Tatsächlich gibt es aber keine seriöse Therapie, die das Problem ebenso schnell wie dauerhaft zu lösen imstande wäre. Ich sehe deshalb auch keinen Grund, von der bisher erfolgreichen Politik der Bundesregierung abzuweichen.

Die zur Stützung der Bauwirtschaft jetzt vorgesehenen Maßnahmen fügen sich nahtlos in die bisherige Konzeption ein. Sie sind notwendig, um den schwierigen strukturellen Anpassungsprozeß erträglich zu gestalten.

Arbeitslosigkeit ist kein unabwendbares Naturereignis, sondern die Folge falscher Entscheidungen in der Vergangenheit. Halten wir weiter an dem eingeschlagenen Kurs der marktwirtschaftlichen Erneuerung fest, werden auch die Erfolge auf dem Arbeitsmarkt nicht ausbleiben. Zur gegenwärtigen Konzeption der im Kern angebotsorientierten Politik gibt es weiterhin keine realistische Alternative.

Neue Aufgaben für den BGS gefordert

BERND HUMMEL, Eschwege

Der *Bundesgrenzschutz sollte* nach Auffassung des Bundesgrenzschutzverbandes (BGV) in einem 30-Kilometer-Bereich entlang der innerdeutschen Grenze in die allgemeine Verbrechensbekämpfung mit einbezogen werden. BGV-Bundesvorsitzender Helmut Pfeffer (Bonn) vertritt die Ansicht, das ständige Anwachsen der Kriminalität bei einer nahezu gleichbleibenden Aufklärungsquote von etwa 45 Prozent lasse es angeraten erscheinen, „auf eine hochqualifizierte Polizeitruppe zurückzugreifen". Kommentar aus dem Bundesinnenministerium: „Von der Sache her nützlich."

Im Ministerium sieht man jedoch Probleme bei einer solchen Lösung, da der BGS bislang nur auf Anforderung und zur Unterstützung der Länderpolizeien *eingesetzt* werden kann. *Überdies werden derzeit Einsatzleistungen* der Polizeitruppe des Bundes den Ländern noch in Rechnung gestellt. Deshalb, heißt es im Innenministerium, könne die angestrebte Regelung nur in Absprache mit den *Ländern erfolgen.*

Unbefriedigende Tätigkeit

Deshalb fordert der BGV Vereinbarungen zwischen dem Bund und den *Ländern, die dem BGS eine Mitwirkung* bei der Verbrechensbekämpfung nicht nur in dem 30 Kilometer breiten Streifen entlang der innerdeutschen Grenze, sondern auch an den Grenzübergängen und auf den *Flughäfen garantieren. Die* Qualifikation der BGS-Beamten, glaubt der BGV-Bundesvorsitzende, sei gegeben, da seit 1976 etwa 50 Prozent der BGS-Angehörigen nach der bundeseinheitlichen Ausbildungskonzeption *im Polizeivollzugsdienst* ausgebildet wurden. Pfeffer: „Die Aufklärungsquote könnte erhöht, die Polizeien der Länder entlastet, und die Tätigkeit der BGS-Beamten befriedigender gestaltet werden."

Erneut spricht sich der *BGV*, die größte Interessenvertretung im BGS, in seinem Jahresprogramm für den Abzug der knapp 1800 Zollbeamten entlang der innerdeutschen Grenze aus. Die grenzpolizeilichen Aufgaben, erklärte der Bundesvorsitzende, sollten künftig allein durch den BGS wahrgenommen werden. Mehrkosten entstünden im Bundeshaushalt nicht, wenn für eine Übergangszeit diese Aufgaben von den grenznahen BGS-*Abteilungen* wahrgenommen werden.

Reduzierte Kontrollen

Wörtlich: „Es ist völlig unverständ*lich, daß bisher zwei Dienste neben*einander arbeiten und bundespolizeiliche Funktionen vom BGS auf Organisationen wie etwa der Zollverwaltung übertragen wurden."

Auch der Abbau der polizeilichen Kontrollen an den innereuropäischen Grenzen macht nach Auffassung des BGV organisatorische Ausgleichsmaßnahmen erforderlich. Dies besonders bei der Grenzfahndung, da die „Filterfunktion" der Kontrollen reduziert worden sei. Da beim BGS optimale organisatorische und technische Voraussetzungen für die polizeiliche Grenzfahndung gegeben seien, müßten auch diese Aufgaben ausschließlich an den BGS übergehen. Die Konsequenz: Auflösung des bisherigen Personalverbundes mit dem Zoll.

Pfeffer wies darauf hin, daß der BGS personell zur Übernahme der genannten Aufgaben in der Lage sei, letztlich jedoch „auch ein starkes eigenes personalwirtschaftliches Interesse daran hat". Denn: Eine langfristige befriedigende Personalplanung des BGS sei nur möglich, wenn sie künftig nicht mehr orientiert ist an „jährlichen Abgabequoten an die Länderpolizeien, die sich nicht einmal bisher in den Größenordnungen bewegt haben, die notwendig wären".

Auch Arbeitnehmer sollen von Eureka profitieren

AP, Frankfurt

Das europäische Forschungsprogramm Eureka muß nach Ansicht der IG Metall mehr auf die Belange der Arbeitnehmer zugeschnitten werden. In der Gewerkschaftszeitung „Metall" schreibt der Gewerkschaftsvorsitzende Mayr, Technologieprogramme, die heute begonnen würden, entschieden nicht nur über künftige Beschäftigungsmöglichkeiten und Arbeitsbedingungen. Sie beeinflußten die gesamten Lebensumstände für den einzelnen und für die Gesellschaft erheblich. Beweise, daß Eureka auch im Interesse der Arbeitnehmer begonnen und durchgeführt werde, stünden noch aus. Er betonte, die IG Metall *unterstütze Eureka als* Alternative zum amerikanischen SDI-Rüstungsprogramm. Das Projekt bilde aber noch kein überzeugendes Kontrastprogramm. Denn ohne neue Finanzierungsinstrumente und gemeinsame Zielsetzung würden Unternehmen und Regierung aufgefordert, ihre Anstrengungen in den technologischen Bereichen zu verstärken. Den Arbeitnehmern in Europa müsse die Aussicht auf eine positive Zukunft vermittelt werden.

Britisch-irisches Gipfeltreffen im Herbst geplant

REINER GATERMANN, **London**

Die britische und die irische Regierung haben in den auf Beamtenebene geführten Verhandlungen über eine Zusammenarbeit für eine friedliche Zukunft Nordirlands offensichtlich bedeutende Fortschritte erzielt. Dennoch bezeichnet Irlands Ministerpräsident Garrett FitzGerald die Erfolgsaussichten weiterhin als „fünfzig zu fünfzig". In London heißt es, es gebe „noch einige schwierige Probleme."

Des öfteren ist zu hören, daß das seit langem erwogene Gipfeltreffen zwischen Frau Thatcher und Garrett FitzGerald, auf dem eine Nordirland-Vereinbarung unterzeichnet werden soll, Ende September oder im Oktober zustande kommen könnte.

Beide Regierungen stehen unter dem starken Druck, nicht zuletzt aufgrund der für sie äußerst negativen Meinungsumfragen, Verhandlungsergebnisse vorzuzeigen, die sie nicht als „Verkäufer nationaler Interessen" erscheinen lassen. Andererseits ist den Verantwortlichen bewußt, daß gescheiterte Verhandlungen eine friedliche Lösung des Ulster-Konflikts auf Jahre blockieren würden.

Wie aus Whitehall verlautet, ist London bereit, der irischen Regierung in einigen Bereichen direkten *Einfluß auf das Geschehen in Nordirland* einzuräumen, wobei keine Bevölkerungsgruppe die andere dominieren sollte. Vorgesehen sei, die Bildung eines anglo-irischen Ministerrates, der für Ulster die politischen Richtlinien in den Bereichen Wirtschaft, Sicherheit, Verwaltung und Rechtswesen festlegen soll.

Dafür soll in Belfast ein gemeinsames Sekretariat eingerichtet werden. Zudem sei die Bildung einer Sicherheitskommission und einer anglo-irischen parlamentarischen Körperschaft vorgesehen.

Die ungelösten Probleme liegen auf den Gebieten Polizei- und Rechtswesen sowie Sicherheit. Diskutiert wird die Beteiligung eines irischen Richters bei Prozessen gegen Terroristen in der Nordprovinz. Dieser säße dann an der Seite zweier nordirischer Richter. Umgekehrt soll ein Ulster-Richter an gleichartigen Prozessen in der Republik Irland teilnehmen können.

Dublin dringt auch auf eine Reform des 12 000 Mann starken Ulster Defence Regiments. Die Katholiken betrachten dieses Regiment mißtrauisch als Armee der protestantischen Unionisten und nicht als Regierungseinheit. *Sie fordern deshalb die Integrierung in die britische Armee.*

Die Regierungen streben eine Lösung an, die den Extremisten auf beiden Seiten das Handwerk legt und gemäßigte Fraktionen stärkt. In Dublin hofft man auf Frau Thatcher. Von ihr sagt man, daß sie seit vielen Jahren die erste Premierministerin mit dem festen Willen sei, den mehr als 300 Jahre alten Konflikt zu beenden.

Zwar verwarf Frau Thatcher die zunächst vorgelegten Vorstellungen einer Vereinigung der beiden Inselteile oder eine geteilte Souveränität über Ulster als indiskutabel. Aber sie sieht dennoch in einer gewissen „Machtteilung" eine realistische Lösung.

Es gibt auch Anzeichen für ein härteres Durchgreifen gegenüber den Unionisten. So hieß Frau Thatcher den Beschluß des nordirischen Polizeichefs gut, protestantische Paraden von katholischen Wohngebieten fernzuhalten. Außerdem lehnt sie die Forderung der Protestanten ab, den politsche Arm der verbotenen IRA, Sinn Fein, für illegal zu erklären. Die Unionisten verweigern weiterhin jeglichen Einfluß Dublins auf Ulster und drohen mit Waffengewalt. Unterdessen wächst auch bei den Parteien in Westminster der Unmut über die kompromißlosen Unionisten.

Botha lehnt Gespräch mit Tutu ab

DW. **Bonn**

Der südafrikanische Präsident Botha hat es abgelehnt, sich allein mit Bischof Tutu zu treffen. Dies ist die Antwort auf den Versuch Tutus, eine Woche nach der Verhängung des Ausnahmezustandes ein Gespräch mit Botha über die Lage der schwarzen Townships zu vereinbaren. Der Präsident ist jedoch bereit, am 19. August eine Delegation der anglikanischen Kirche Südafrikas zu empfangen und dort eben dieses Thema zur Sprache zu bringen. Währenddessen setzt sich die Verhaftungswelle fort, und die Zahl der Todesopfer nimmt weiter zu. So wurde in der Nacht zum Montag der Fahrer eines Lastwagens von einer Militärstreife erschossen, der nach Angaben der Polizei versucht hatte, die Streife zu attackieren. Damit sind in der Woche seit Verhängung des Notstandes mindestens 19 Menschen ums Leben gekommen. Nach offiziellen Angaben wurden bisher 1205 Südafrikaner verhaftet, inoffiziell rechnet man mit 300 Gefangenen mehr.

Trotz der angespannten Situation hat Außenminister Genscher wirtschaftliche Sanktionen gegen Südafrika aus einer prinzipiellen Haltung Deutschlands heraus abgelehnt, die darauf basiert, daß Sanktionen dieser Art erfahrungsgemäß keine Wirkung zeigen.

Wird beim Euro-Jäger politisch entschieden?

NATO: Bedrohung muß Maßstab der Neubeschaffung sein

C. GRAF BROCKDORFF, **Brüssel**

In der NATO ist man der Ansicht, daß sich ein neues Jagdflugzeug an der *Bedrohung orientieren muß*. Deshalb verfolgen Beobachter in Brüssel mit Interesse, ob die Bundesrepublik Deutschland bei den Verhandlungen mit Frankreich über ein künftiges gemeinsames Jagdflugzeug an den von ihr erkannten militärischen Forderungen festhält oder aber einem politischen Kompromiß zuliebe nachgibt.

In militärischen Fachkreisen gelten die Kriterien, die in beiden Staaten an das neue Flugzeug angelegt werden, als unvereinbar: Frankreich will seinen Jagdbomber Jaguar ersetzen und zielt auf ein leichteres Flugzeug hin, das zudem noch leicht genug sein soll, um auch von französischen Flugzeugträgern aus operieren zu können. Schließlich hat Frankreich den Exportmarkt im Auge.

Die deutsche Luftwaffe hingegen, die in jahrelanger Vorarbeit buchstäblich Millionen von Daten eines potentiellen neuen Jägers geprüft hat, will die hochgerechnete Bedrohung durch sowjetische Flugzeuge in der Zeit um die Jahrtausendwende und danach zum Maßstab ihrer Neubeschaffung machen. Sie will ein schwereres Flugzeug mit einem sehr leistungsstarken Triebwerk.

Die deutsche Luftwaffe hat einen Jagdbomber: Tornado. Das Flugzeug ist noch in der Einführung. Sie muß an den Ersatz der F-4 Phantom denken, die durch mehrfache Kampfwertsteigerungen noch so lange am Leben gehalten werden soll, bis das neue Jagdflugzeug da ist. Im Kern sind daher die beiden Forderungen nur schlecht miteinander zu vereinbaren.

Ein Kompromiß würde wahrscheinlich und nach der Natur der Sache weder der einen noch der anderen Seite gerecht. Dennoch glaubt man in Brüssel Indizien dafür erkannt zu haben, daß Bundeskanzler Kohl, dessen sicherheitspolitische Berater im Kanzleramt von manchen Eingeweihten zunehmend kritisch gesehen werden, aus politischen Gründen ein gemeinsames Flugzeug mit den Franzosen haben möchte.

Wo dabei die Interessen Großbritanniens bleiben, das ebenfalls zusammen mit Italien und Spanien an ein neues Jagdflugzeug denkt, bleibt dahingestellt. Für die Briten und Italiener kommt ein leichtes Flugzeug nicht in Betracht.

Bisher hat Frankreich hartnäckig darauf bestanden, daß es bei dem Projekt die Federführung behalten müsse. Die deutsche Luft- und Raumfahrtindustrie, voran Messerschmitt-Bölkow-Blohm und Dornier, würden den Franzosen mit der Firma Dassault nur nachgeordnet werden. Ferner hat Frankreich bisher verlangt, daß nur ein französisches Triebwerk in das neue Jagdflugzeug eingebaut werden dürfte. Experten: „Frankreich über alles."

Das französische Triebwerk M 88 des staatlichen Konzerns Snecma ist noch in Entwicklung und soll 8360 Kilo Schub liefern. Die deutsche Luftwaffe aber verlangt 9700 Kilo Schub von einem neuen Triebwerk, und gleich zwei Firmen, Turbo Union und Rolls Royce, könnten Triebwerke dieser Spezifikation liefern.

Die europäischen Nationen, die gemeinsam ein neues Jagdflugzeug konzipieren und bauen wollen, müssen sich vorsehen. Schon ist in Amerika der Riesenkonzern Lockheed dabei, ein neues Jagdflugzeug zu entwerfen, den „Advanced Tactical Fighter". General Electric baut schon das Triebwerk GE 37, *das im kommenden Jahr* seine ersten Probeläufe beginnen soll. Dieses Super-Triebwerk gibt fast 15 000 Kilo Schub ab und soll den neuen Lockheed-Jäger bei etwas mehr als dreiviertel Stellung des Gasbebels ohne Nachverbrennung bequem im Überschallflug halten. Die für das Flugzeug geplante Elektronik übersteigt alles bisher Vorstellbare.

So nennt Lockheed Sprechverbindungen zwischen zwei Flugzeugen, die sich im Luftkampf gegenseitig verständigen, „altmodisch". Es will die Luftlage mit digitalisierten Systemen verständlich darstellen. (SAD)

Der göttliche Auftrag kaschiert die Ideologie

Von RAFAEL SELIGMANN und PETER MÜNCH

Jüdische Siedler wurden vor kurzem *wegen versuchten Mordes* gegen Palästinenser in den israelisch besetzten Gebieten verurteilt. Dies hat bei manchen Betrachtern zu Vergleichen, ja mitunter zu einer Gleichsetzung mit radikalen islamischen Terroristen geführt.

Es war nicht alleine die ähnlich stoische Art, mit der die Mörder des ägyptischen Staatspräsidenten Sadat und die israelische Terrorgruppe um Menachem Livni die Urteile hinnahmen. Diese Haltung unterstrich, daß man sich auf beiden Seiten als Vollstrecker einer *göttlichen* Vorsehung begreift, die keiner irdisch-laizistischen Gesetzgebung unterworfen ist.

Der Umstand, daß die verurteilten israelischen Extremisten ihre Anschläge mit Waffen aus Armeebeständen verübten, rief die Tatsache ins *Gedächtnis zurück, daß auch* Ägyptens Staatspräsident Sadat mit den Waffen seiner eigenen Armee umgebracht wurde, ebenso wie den Umstand, daß viele schiitische Soldaten der libanesischen Armee nicht zögern, ihre Waffen auch gegen die Vertreter des eigenen Staates zu richten.

Diese äußerlich ähnlichen Phänomene sollten jedoch nicht zu dem Schluß verführen, hüben wie drüben stünden sich Extremisten mit fast identischen Motiven gegenüber. Gewiß gibt es auf beiden Seiten parallele *Entwicklungen*, es bestehen aber auch fundamentale Unterschiede.

Auffallend ist, daß auf beiden Seiten zunehmend mit religiösen Dogmen argumentiert wird. Bis vor wenigen Jahren etwa wurden die israelischen Siedlungen in den seit 1967 besetzten *Gebieten* nach sicherheitspolitischen Gesichtspunkten angelegt und entsprechend begründet.

Dieser Argumentationsweise, die die israelische Arbeiterpartei nach wie vor vertritt, widersetzt sich in den letzten Jahren zunehmend die religiös motivierte Siedlungsbewegung Gush Emunim. Ihnen geht es weniger um strategische Erwägungen als vielmehr um göttlich begründete Rechte auf „das gesamte Land Israel", also beiderseits des Jordan.

Mit einem Bibelzitat

Ihre weltlichen Besitzansprüche begründen diese Gruppen mit der Bibel: „Jeden Ort, den Euer Fuß betreten wird, gebe ich Euch. Von der Steppe und vom Libanon-Gebirge bis zum großen Strom Euphrat soll alles Land der Hethiter Euer Gebiet sein bis zum großen Meer. Niemand wird hier Widerstand leisten." (Josua 1.3,4)

Diese scheinbar religiös gerechtfertigten Besitzansprüche lassen viele vergessen, *daß* die extrem orthodoxen jüdisch-religiösen Gruppen sich auf dieselben Schriften berufen, den Staat Israel entweder kompromißlos ablehnen, wie die Bewohner des Jerusalemer *Stadtteils Mea Schearim*, oder ihm gleichgültig gegenüberstehen, wie Agudat Israel, die größte religiöse Partei des Landes.

Die kühle Reserve der orthodox-religiösen Parteien gegenüber dem nationalistischen Zionismus wird, begründet mit der Messias-Erwartung – der Ausrichtung des Daseins auf die zukünftige Welt –, wiederum scharf kritisiert von der sich religiös gebenden Kach-Bewegung des amerikanischen Rabbiner Meir Kahane. Er und seine Anhänger beziehen ihre politischen Schlagworte und Zielsetzungen vielfach aus dem Reservoir rassistischer Ideologien, die der Bibel der Jahrtausende alten humanistischen Tradition des Judentums diametral entgegenstehen.

Die Toleranz des Korans

Die extrem radikal-moslemischen Organisationen auf der anderen Seite geben jedenfalls vor, in „göttlichem Auftrag" zu handeln. Dabei kommt ihnen entgegen, daß viele Menschen im Westen, aber auch ungebildete Moslems, den Begriff Jihad (Heiliger Krieg) undifferenziert für jedes bewaffnete Vorgehen schiitischer Krieger gelten lassen. Dabei wird vielfach übersehen, daß der Koran Juden und Christen gegenüber Toleranz gebietet und der Jihad nur für den „Verteidigungsfall" gegen nichtmonotheistische Religionen gilt.

Dennoch predigen radikale moslemische Geistliche vor größtenteils unwissenden und sozial entwurzelten Menschen Haß gegen Juden, aber auch gegen laizistische politische Bewegungen in der arabischen Welt.

In den Moscheen Südlibanons beispielsweise werden heute Moslems zum aktiven Kampf gegen Israel aufgehetzt. Die Begründung: Die Juden von heute in Israel, aber auch in aller Welt, seien *nicht* mehr jene Juden, denen gegenüber der Koran Toleranz fordert.

Zeugnis dieses zunehmenden, sich religiös nennenden Fanatismus und dessen Aggressivität sind die verstärkt auftretenden Selbstmordkommandos. *Die meist einzeln auftretenden* Selbstmörder dokumentieren eine neue Qualität des Terrors, bei dem sogar das eigene Leben hinter dem vermeintlich göttlichen Gebot unwichtig wird. Die wortreiche Berufung dieser fanatischen Kreise auf den Islam läßt jedoch vergessen, daß diese Haßpredigten Ziel und Mittel der Religion Mohammeds, die durchaus Toleranz predigt, widerspricht.

Schlagworte und Strategien dieser radikalen Bewegungen haben vielmehr ihre *Wurzeln* im europäischen Faschismus, wie der Orientalist Khalid vom Hamburger Orient-Institut nachweist.

Die Autonomisten pochen darauf, mit Rom gleichberechtigt zu sein

Von F. MEICHSNER

In diesen Tagen empfing der aus Sardinien stammende Staatspräsident Francesco Cossiga im römischen Quirinalspalast die Präsidenten der 20 italienischen Regionen. Mario Melis, als militanter sardischer Autonomist seit einem Jahr Chef der Inselregierung, gibt sich anfangs begeistert, als er in einem Gespräch mit der WELT von diesem Treffen berichtet.



Mario Melis regiert die Insel Sardinien seit einem Jahr

FOTO: DIE WELT

Cossiga habe ihn umarmt und sich in einer „Rede von weiter Öffnung und großer Hoffnung" eindeutig zum Regionalismus bekannt. Er habe darauf hingewiesen, daß es im italienischen Staat auch Bürger gebe, deren Muttersprache nicht das Italienische, sondern das Deutsche, das Ladinische, das Französische, das Slowenische sei. An diesem Punkt schlägt der Bericht des Sarden-„Ministerpräsidenten" von Begeisterung in Verärgerung um: „Von der sardischen Sprache war nicht die Rede."

Die volle Sprachengleichberechtigung nach dem Muster des Autonomiestatus für Südtirol ist eine der Forderungen der sardischen Aktionspartei, die nach einem spektakulären Wahlerfolg seit einem Jahr mit Mario Melis den Regierungschef in Caglari stellt. Das Endziel der Partei ist die Unabhängigkeit der Insel.

Melis, dessen Partei ihren Stimmenanteil bei den letzten sardischen Regionalwahlen im Sommer 1984 von 3,3 auf 13,7 Prozent erhöhen und *dank einer Koalition* mit den Kommunisten, in die jetzt auch die Sozialisten eintreten wollen, die Führung der Regionalregierung übernehmen konnte, entwickelt in dem WELT-Gespräch seine Vision:

„Wir wollen eine andere Art von *Autonomie als die*, die wir jetzt haben. Wir wollen eine Autonomie, die auf den Föderalismus ausgerichtet ist. Um über einen Föderationspakt reden zu können, muß man aber unabhängig sein. Einen Föderationspakt schließt man unter Gleichen. *Die Beziehungen zum übrigen* Italien wollen wir nicht unterbrechen. Aber wir wollen mit dem übrigen Italien gleichberechtigt über einen Föderationspakt verhandeln, der offen ist in Richtung Europa und Mittelmeer. Wir sind weder die Peripherie Italiens, noch sind wir die Peripherie Europas. Wir sind das Zentrum des Mittelmeeres."

Die Versicherung, daß all dies mit Separatismus nichts zu tun habe, wird Melis von den meisten seiner politischen Gegner nicht abgenommen. Allzu sehr verrät seine Diktion immer wieder antirömische Ressentiments. Etwa dann, wenn er vor den in seinem Arbeitszimmer nebeneinander aufgestellten Fahnen Italiens und Sardiniens die vier Jahrhunderte spanischer Herrschaft über die Insel (1297 bis 1713) mit den zwei Jahrhunderten „piemontesisch-italienischer Herrschaft" in einem Atemzug nennt. Oder wenn er den anderen Parteien Mißachtung der sardischen Kultur und eine subalterne Mentalität vorwirft, die sich in dem Bemühen ausdrücke, „ihren Herren zu gleichen".

Vor einigen Jahren noch wurde der sardische „Volkskampf" um Eigenständigkeit, von dem Melis spricht, weithin als politisch-folkloristische Aufschneiderei bemäntelt. Die Drei-Prozent-Partei der „Sardisti" (sardische Aktionspartei) wurde nicht ernst genommen. Heute ist ein „Sardista" in Caglari Regierungschef, und der Sohn eines „Sardista" ist – obwohl selbst „nur" Regionalist, nicht Föderalist oder Separatist – in Rom Staatspräsident. Bei den letzten Wahlen am 12. Mai erreichte in den drei der vier sardischen Provinzen, in denen gewählt wurde, der Stimmenanteil der Aktionspartei die bisherige Rekordmarke von 15,2 Prozent.

 SARDINIEN

Gewiß ist das noch weit entfernt von der absoluten Mehrheit. Aber heimliche „Sardisti" gibt es auch in anderen Parteien. Wenn Melis dagegen protestiert, daß „unsere Wirtschaft stets von außen kommandiert worden ist", und daß den Sarden „in der Hauptstadt der jeweiligen Besatzungsmacht – Spanien, Österreich, Piemont, Italien –" sogar vorgeschrieben worden sei, was von und nach Sardinien transportiert werden solle, dann findet dieser Protest weithin Zustimmung oder doch zumindest Verständnis. Verfügt doch Sardinien nach mehr als drei Jahrzehnten Regionalautonomie noch nicht über eine eigene Schiffahrtslinie.

Eine Volksabstimmung über die sardische Unabhängigkeit würde heute zwar keine positive Mehrheit, aber nach Überzeugung mancher politischer Beobachter in Caglari doch um die 25 Prozent Ja-Stimmen aufbringen. Das Stimmungsbarometer signalisiert zunehmenden Druck, und in Rom überlegt man sich auch bereits, wie darauf zu reagieren sei. Im Gespräch ist sowohl eine Ausweitung der sardischen Autonomie durch ein verfassungsänderndes Gesetz als auch die volle Ausschöpfung der Möglichkeiten, die das existierende Autonomiestatut bietet.

Die überwiegende Mehrheit der sardischen Politiker aller Parteien plädiert für die Ausweitung der Autonomie. In ihren Augen ist das bestehende Autonomiestatut völlig unzureichend, da es der Inselregierung so gut wie keine Entscheidungsbefugnisse in den Grundfragen der Wirtschaftsorganisation einräumt.

Der kommunistische Assessor (Regionalminister) für Programmierung, Gabriele Satta, zeigt die engen Grenzen jeder strategischen Wirtschaftsplanung unter den gegenwärtigen Rechten auf: „Der Industrieapparat befindet sich zum größten Teil in den Händen des Staates, das heißt des römischen Ministeriums für die Staatsbeteiligung. Dort verfolgt man andere Interessen als diejenigen der Region, in der 20 Prozent der arbeitsfähigen Menschen erwerbslos sind und in der das Pro-Kopf-Einkommen nur 73 Prozent des nationalen Durchschnitts beträgt. Die Eisenbahn, der Seetransport, das Straßennetz – alles ist staatlich."

Der Regionalsekretär der den Christdemokraten nahestehenden Gewerkschaft CISL, Ugo Pirarba, beklagt sich, daß nicht einmal das Schulwesen zu den Kompetenzen der Region gehöre. Die Beschränkung der Autonomie habe in Verbindung *mit der Wirtschaftskrise* und den sozialen Spannungen auf der Insel „radikales Mißtrauen" erzeugt und dazu geführt, daß sich eine Konzeption von Regionalismus breitmache, „die an Separatismus grenzt".

Die Krise auf Sardinien zeigt ohne Zweifel in verschärfter Form alle Elemente der gesamtitalienischen Krise – von der Arbeitslosigkeit bis zur kaum noch kontrollierbaren Explosion der öffentlichen Ausgaben. Aber sie hat noch ein zusätzliches Element, das sie besonders gefährlich macht: den Willen der Sarden, ihre geschlossene Welt, die sich kulturell und in der Mentalität ihrer Bewohner von allen anderen Regionen Italiens unterscheidet, zu bewahren. Das ist der potentiell explosive Kern der Sardinien-Frage.

Die Homelands im Sog des Terrors

Soziale Mißstände als Auslöser der Unruhen / Wirtschaftlich von Südafrika abhängig

W. LÜTZENKIRCHEN, **Windhuk**

Bei Mkuzi, vier Autostunden nördlich von Durban, führt eine Staubpiste ins Homeland Kwazulu. Eine von Dürre und Erosion ausgezehrte Felslandschaft am Rand der Lemombo-Berge. Eine Gruppe von Kindern kriecht aus dem Dornbusch, winkt den Autos zu. Eines hält. Sofort rekken sich staubverschmierte Hände flehend ins Wageninnere.

Freudlose Gesichter, in denen der Hunger tiefe Spuren hinterlassen hat. Einige Scheiben trockenes Toastbrot werden hinausgereicht, von Kinderhänden förmlich zerrissen. Das Brot wird mit wölfischer Gier verschlungen. Die Touristen kurbeln die Scheiben hoch und geben Gas, entsetzt von dieser Begegnung mit Hunger und Elend mitten in Südafrika.

Szenen aus dem Homeland Kwazulu im nördlichen Natal, einem der Brennpunkte der politischen und sozialen Spannungen Südafrikas.

Das Scheitern der Homeland-Politik und die sozialen Mißstände in den Stammesgebieten gelten als wesentlicher Auslöser für die Unruhen und Gewaltakte, die weite Teile Südafrikas in einen Hexenkessel verwandelt haben. In den zehn Homelands leben etwa zwölf Millionen Schwarze; allein 3,5 Millionen in Kwazulu, einem Stammesgebiet mit beschränkter *Selbstverwaltung*.

Der Chefminister von Kwazulu, Gachsa Buthelizi, hat eine Unabhängigkeit, die Pretoria mehrmals angeboten hat, bisher abgelehnt, weil das Homeland weder wirtschaftlich noch politisch lebensfähig sei. Vier Home*lands sind bisher in die Unabhängig*keit entlassen worden: Bophutha Tswana, Transkei, Ciskei und Venda. Außer Südafrika hat kein Staat diese Länder anerkannt.

Die Homelands, die etwa 13 Prozent der Fläche Südafrikas einnehmen, sind wirtschaftlich von Südafrika abhängig und erwirtschaften ihre Einnahmen vor allem aus den Löhnen der Wanderarbeiter. Vielen Kritikern gelten sie als Reservate für billige Arbeitskräfte, als Elendsquartiere, die von zweifelhaften Marionettenregierungen Pretorias unter Kontrolle gehalten werden. Südafrika hat die Entwicklung der Homelands bisher großzügig mit etwa 20 Milliarden Mark gefördert. Allein 1984 erhielten die Homelands von Pretoria umgerechnet drei Milliarden Mark.

Die brennenden wirtschaftlichen und sozialen Probleme konnten jedoch nicht entschärft werden. Im Gegenteil: In den Homelands nehmen politische Gewaltakte und die Unzufriedenheit mit dem System der schwarzen Südafrikaner zu, das das Recht auf freie Bewegung und Ansiedlung im eigenen Land nimmt. Dürre, Hunger und Arbeitslosigkeit treiben nach Angaben der Hilfsorganisation „Operation Hunger" monatlich etwa 80 000 Schwarze zu einer illegalen Massenabwanderung in die Städte des weißen Südafrika.

Jetzt sind auch die Homelands zu Schauplätzen von Guerrilla-Aktionen und bürgerkriegsähnlichen Unruhen geworden. Die mit drakonischer Härte regierenden Führer einiger Homelands sind selbst ihren Ziehvätern in Pretoria unheimlich geworden. Politische Unruhen, Anschläge von Untergrundkämpfern, Streiks, Boykottmaßnahmen, Stammesfehden, Machtkämpfe und Sabotageakte reißen auch die Homelands in einen Strudel von Terror und Gegengewalt.

Vor allem in der Transkei eskalieren die Anschläge von Untergrundkämpfern und Regimegegnern, die *mit der Untergrundbewegung ANC* in enger Verbindung stehen. Die Transkei, eine seit 1976 formal unabhängige Republik mit über zwei Millionen Einwohnern, ist zum Schauplatz eines Untergrundkrieges geworden. Vor wenigen Wochen wurden in der *Hauptstadt Umtata das Kraft*werk, Öldepots und Anlagen der Wasserversorgung in die Luft gesprengt.

Nach den Anschlägen in Umtata ist jetzt auch eine nächtliche Ausgangssperre in Kraft getreten. Die Regierung ließ Sympathisanten des ANC und Studentenführer verhaften und beschuldigte den ANC, von Lesotho aus einen Guerrilla-Krieg gegen die Transkei zu führen.

Politische Wirren und brutale Polizeistaat-Methoden kennzeichnen auch die Verhältnisse in der Ciskei. Die Regierung tut sich schwer, den Druck der Opposition unter Kontrolle zu halten. Seit Jahren geht die Polizei mit großer Härte gegen die Opposition, Gewerkschaften und Untergrundkader des ANC vor. Im Kampf gegen „subversive Elemente" haben Polizei und Armee alle Vollmachten des Präsidenten Lennox Sebe, dem seine Gegner eine demokratische Legitimation absprechen und ihn als Despoten bezeichnen.

Eine bis 1984 anhaltende Dürre und Hungersnot verschärfte die Situation. Nach Angaben des Instituts für Rassenbeziehungen in Südafrika sind in den Homelands 2,4 Millionen Menschen von Nahrungsmittelhilfen abhängig. In der Ciskei, Transkei und Lebowa gingen etwa zwei Drittel der Ernte- und Viehbestände durch die Dürre verloren. Allein aus dem Homeland Kwazulu flüchteten etwa 500 000 Menschen in den Großraum Durban. In Kwazulu verendeten 1983 70 000 Stück Vieh, in der Transkei 120 000.

Die Regierung in Pretoria gewährte eine schnelle Nothilfe für die Opfer der Dürre. Sie konnte aber den wirtschaftlichen Niedergang der von Erosion, Trockenheit, Versteppung und Entwaldung gezeichneten Stammesgebiete nicht aufhalten. Als wirtschaftlich lebensfähig könnte sich nur Bophutha Tswana erweisen, wo die Platinminen und die Hotels und Spielkasinos von Sun City Arbeitsplätze *und ein Rückgrat für die weitere* Entwicklung bilden.

Elend und Hungersnot haben in den Homelands alte Stammeskonflikte und Sippenkämpfe wieder aufflakkern lassen. Sie werden oft geschürt aus dem politischen Untergrund. In der Transkei, Ciskei und Kwazulu haben diese Stammesunruhen zahlreiche Tote gefordert. Aus Kwazulu sind etwa 6000 Angehörige einer Minderheitengruppe nach Swaziland geflohen. In den Großstädten wird der Gegensatz zwischen städtischen Schwarzen und den Wanderarbeitern aus den Homelands immer deutlicher, die Stimmung aggressiver. Der Kampf um Arbeitsplätze erhöht die Spannungen. Die Zuwanderer aus den Homelands gelten als Magudugas (Bauerntölpel), die sich für jeden Lohn und jede Schmutzarbeit verdingen, um dem Elend ihrer Stammesgebiete zu entkommen.

Peres kündigt härtere Strafen für Terroristen an

dpa/AFP, **Jerusalem**

Der israelische Ministerpräsident Shimon Peres hat verschärfte Strafen für Terroristen sowie vermehrte Ausweisungen von Terroristen und Unterstützern von terroristischen Organisationen angekündigt. Angesichts der Zunahme gewalttätiger Aktivitäten in Israel diskutierte das Kabinett in Jerusalem auch über die Anwendung der Todesstrafe für Terroristen, ohne jedoch zu einem Urteil zu kommen. In den vergangenen Tagen hatten sich neben Außenminister Yitzhak Shamir weitere Politiker für die Todesstrafe für Terroristen als „durchaus wirksame Abschreckungsmaßnahme" ausgesprochen. Gegner der Todesstrafe – unter ihnen Peres sowie die Spitzen der Verteidigung und zahlreiche Minister der Sozialdemokraten – fürchten um das Leben möglicher israelischer Gefangener, falls Terroristen hingerichtet werden.

Unterdessen haben Flugzeuge der israelischen Luftwaffe einen Palästinenser-Stützpunkt in Nordlibanon beschossen. Zuletzt hatten israelische Militärflugzeuge am 10. Juli palästinensische Stützpunkte bei Tripoli im Nordteil des Nachbarlandes angegriffen.

Neuer Vorschlag Nordkoreas

AFP, **Panmunjom**

Nordkorea hat den Vereinigten Staaten eine Abrüstung in der Waffenstillstandszone am 38. Breitengrad vorgeschlagen, um die Spannungen mit Nordkorea abzubauen. Das Angebot machte der Chefdelegierte Pjöngjangs gestern völlig überraschend bei einer Sitzung der militärischen Waffenstillstands-Kommission in dem Ort Panmunjom an der Demarkationslinie. Danach sollen alle schweren und automatischen Waffen aus der rund zwei Quadratkilometer großen Zone um Panmunjom entfernt und das Sicherheitspersonal auf jeder Seite von jeweils 160 auf 30 Mann reduziert werden. Außerdem sollen Soldaten künftig nur noch einfache Pistolen tragen. Der Chefdelegierte der US-Delegation begrüßte den Vorschlag und versprach, ihn eingehend zu prüfen. Damit habe Nordkorea seine Bereitschaft zur Aufnahme eines „konstruktiven Dialogs" signalisiert, sagte der Amerikaner.

Rätselraten um Minister-Selbstmord

AFP, **Bangkok**

Der Tod des thailändischen Ministers für Wissenschaft, Technologie und Energie, Damrong Lathaphitpat, der sich gestern in Bangkok angeblich mit einem Schuß in den Kopf das Leben nahm, erscheint immer rätselhafter: Während die Polizei immer noch auf der Spur nach einem Motiv für die Tat ist, äußerten mehrere dem Toten nahestehende Personen erhebliche Zweifel an einem Selbstmord. So berichtete ein Mitglied der liberalen Demokratischen Partei, der Minister habe noch am Montagmorgen mehrere Verabredungen getroffen. Politische Beobachter äußerten unterdessen die Befürchtung, daß der Tod des Forschungsministers, einer der wichtigsten Männer der seit 1983 bestehenden Vier-Parteien-Koalition unter Führung des pensionierten Generals Prem, zu Unruhen in der Regierung führen könnte, der gegenwärtig eine schwere Wirtschafts- und Finanzkrise zu schaffen macht.

Blockfreien-Gipfel nicht in Bagdad

rtr, **Bagdad**

Irak sieht sich nicht in der Lage, im kommenden Jahr als Gastland das Gipfeltreffen der Bewegung der blockfreien Länder abhalten zu können. Wie die irakische Nachrichtenagentur unter Berufung auf einen Sprecher des Außenministeriums meldete, lasse die Situation in der Region die Abhaltung des Gipfels nicht zu. Bereits 1983 hatte Irak wegen des Krieges mit Iran das Gipfeltreffen absagen müssen. Daraufhin traf sich die 101 Mitglieder umfassende Organisation in Neu-Delhi.

Rekordverlust in britischen Zechen

AP, **London**

Der einjährige Ausstand der britischen Bergleute hat den verstaatlichten britischen Kohlebergbau im Geschäftsjahr 1984/85 den bisher größten wirtschaftlichen Verlust seiner Geschichte beschert. Die Bergwerksgesellschaft NCB teilte mit, sie habe im abgelaufenen Geschäftsjahr einen Betriebsverlust von 2,2 Milliarden Pfund (etwa 8,6 Milliarden Mark) zu verzeichnen. Davon seien 1,75 Milliarden Pfund direkt dem Arbeitskampf zuzuschreiben. Die Bergleute hatten durch den Streik im Schnitt umgerechnet etwa 40 000 Mark an Lohn verloren.

Briefe an DIE WELT

DIE WELT, Godesberger Allee 99, Postfach 200 866,
5300 Bonn 2, Tel. 0228/30 41, Telex 8 85 714

Alterssicherung

„Das Arbeits-Los geworfen": WELT vom 5. Juli

Sehr geehrter Herr Gillies,

sind es wirklich nur diese zwei Tabus, die wir partout nicht „hinterfragen"? Und wer sind in diesem Zusammenhang „wir"? Es gibt auf jeden Fall mindestens noch ein drittes Tabu!

Mag man es nun hören wollen oder nicht, es handelt sich um die längst fällige Aufarbeitung des abschließenden Berichts der „Sachverständigenkommission zur Harmonisierung der Alterssicherungssysteme" und um die Analyse vom Sozialforschungsinstitut über die Unterschiede zwischen Renten und Pensionen. Die Unterlagen liegen bei der Bundesregierung vor. Handelt es sich hier um „Geheime Bundessachen", oder warum sonst erhält man als Bürger auf sachbezogene Anfragen keine Antwort? Weder vom Bundestagspräsidium noch vom Fachminister, Bundestagsabgeordnete stellen sich unwissend und die Medien schweigen.

Ihr Kommentar, verehrter Herr Gillies, enthält einige Anmerkungen, die sich durchaus parallel auf das dritte Tabu – die Alterssicherungssysteme – beziehen lassen:

– Eine merkwürdige Berührungsangst scheint auch hier alle zu befallen.

– Auch hier wird offenbar geballter öffentlicher Zorn befürchtet.

– Die organisierten Interessenbewahrer scheuen hier ebenfalls die Diskussion, und die sonst so lautstarken Industriegewerkschaften sind überhaupt nicht zu hören.

– Man wird auch dieses Problem nicht lösen, wenn man seine Verschleierung weiterhin duldet oder gar pflegt.

– Und wenn die Regierung den Stich ins Wespennest fürchtet, läuft sie auch hier – wie bei den Arbeitslosen – Gefahr, vom Gift zurückgehaltener Informationen gelähmt zu werden.

Wie sich doch die Bilder gleichen!

B. Schulze-Wewezer,
Hamburg 90

Information

„Wie viele Deutsche sind wirklich arbeitslos?": WELT vom 4. Juli

Sehr geehrte Damen und Herren,

ich darf Ihnen vorschlagen, den Artikel von Herrn Professor Dr. Hamer mit den inzwischen eingegangenen Leserbriefen als Sonderdruck in handlicher Form herauszugeben. Diesen Sonderdruck sollte die Bundesregierung bis in die „kleinste Hütte" verschicken. Das wäre eine echte Information gegen die oft unerträgliche Demagogie von SPD und Gewerkschaft im Zusammenhang mit der Arbeitslosigkeit, eine Information, die wir über die Erfolge der Regierungsarbeit vielseitig vermissen. Hoffentlich macht es Herr Dr. Ost besser gegen alle negativen Nachrichten und Kommentare in Rundfunk und Fernsehen.

U. Haß,
Hilden

Realitätsfremd

„Alliierte verhindern Schüsse nach Flucht über die Mauer": WELT vom 15. Juli

Diese wiederholten Menschenrechtsverletzungen sind ein neuer Beweis dafür, wie notwendig die zentrale Erfassungsstelle in Salzgitter ist. Solange wir im real existierenden Sozialismus keine andere Regierung wählen dürfen, müssen die Untaten der SED-Diktatur für ein Weißbuch sorgfältig registriert werden. Daß die Verantwortlichen für die unmenschliche Grenze und den Schießbefehl die zentrale Erfassungsstelle Salzgitter aufgelöst haben wollen – wen wundert das noch? Daß aber Westpolitiker (gewählte Parlamentarier) noch immer solche Forderungen des SED-Regimes unterstützen, ist mehr als naiv. Realitätsfremd!

xxx, Name ist der Redaktion bekannt
Ost-Berlin

Wort des Tages

» Der Humor sieht das Kleine, Unbedeutende, Lustige auch im Großen; er erfaßt auch im Lächerlichen und Geringgeachteten etwas Wertvolles, vielleicht Großes. Der Humor ist ein Sicherheitsventil, das in einem Leben unter Hochdruck doppelt notwendig ist. «

Nathan Söderblom; schwed. Theologe (1866–1931)

Zeitgenosse

„Plädoyer für ein besseres Gedächtnis": WELT vom 22. Juli

Sehr geehrte Damen und Herren,

Axel Michael Sallowsky schreibt: „Als Hitler zum Zweiten Weltkrieg blies, da jubelten die Deutschen." Woher hat Ihr Kritiker diese Weisheit? War er denn selbst dabei?

Als Zeitgenosse, der den Kriegsbeginn in einer deutschen Großstadt erlebte, weiß ich zu berichten, daß die Stimmung meiner Landsleute damals mehr als gedrückt war.

Dr. H. Kollai,
Nürnberg 1

„Bekennerbriefe"

„Der Terrorismus folgt einer eigenen Logik des Schreckens": WELT vom 13. Juli

Sehr geehrte Damen und Herren,

dem Artikel von Herrn Schreiber kann nur zugestimmt werden. Roon oder v. Moltke sollen gesagt haben: „Wer die Sprache der Feinde übernimmt, hat die halbe Schlacht verloren!" Zu diesen Verlierern gehören leider unsere Medien. Sie schreiben von Bekennerbriefen und nicht: „Die Gruppe XY hat ihre Schuld eingestanden!"

Hochachtungsvoll
J. W. Heine,
Rheinbach

Personalien

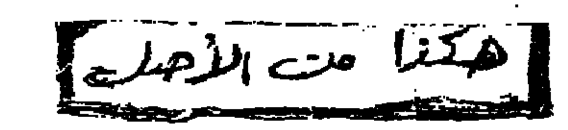
EHRUNG

Professor Dr. J. **Schramm**, leitender Oberarzt an der Neurochirurgischen Klinik an der Universität Erlangen/Nürnberg, hat von der Deutschen Gesellschaft für Neurochirurgie für seine Arbeit „Intraoperatives Rückenmarksmonitoring – eigene Ergebnisse und Bestandsaufnahme" einen Preis für die beste experimentelle oder klinische Arbeit auf dem Gebiet der Wirbelsäulen-Neurochirurgie erhalten.

Im Alter von 82 Jahren ist Dr. **Hans Kapfinger**, der Gründer und seither Herausgeber und Verleger der „Passauer Neuen Presse", in Passau gestorben. Er war ein streitbarer Journalist im besten Sinn des Wortes, der die Folgen seiner Kritik nicht scheute – und sie oft genug am eigenen Leib zu spüren bekam. Als Chefredakteur des „Straubinger Tagblatt" wurde er 1933 von den Nazis im Schandumzug durch die Stadt geführt und dann davongejagt, weil er Hitler als Geisteskranken zu bezeichnen pflegte. 1946 bekam er als politisch Verfolgter die Lizenz für die „Passauer Neue Presse", in der er bald mit scharfer Kritik mit manchen Praktiken der Besatzungsmächte hervortrat, den Lizenzentzug riskierend.

In den fünfziger Jahren, als es „Grüne" und Begriffe wie Ökologie und Umweltschutz nicht gab, kämpfte er gegen „Gift in der Nahrung" (durch Lebensmittelzusätze und schädliche Düngung und ähnliches). Als einer der ersten erkannte er die zunehmende marxistische Beeinflussung des geistigen Lebens der jungen Bundesrepublik; er griff den Grünwalder Kreis ebenso entschieden an, wie er frühzeitig vor dem damals noch als „rechts" geltenden Willy Brandt warnte.

Dafür handelte er sich einen Wust von Prozessen ein; die Belastung hat schließlich auch seine Gesundheit erheblich beeinträchtigt. Seine Leser allerdings, auch politisch Andersdenkende, hielten ihm die Treue; sein Blatt erlitt keine Einbußen.



Um mehr als zwei Wochen mußte die NASA den Flug der Raumfähre „Challenger" verschieben, nachdem der erste Startversuch am 12. Juli nur 3 Sekunden vor dem Abheben abgebrochen wurde. Der Grund war ein Fehler an einem Ventil. Diese Maßnahme diente vor allem der Sicherheit der Astronauten. Dies wirft die Frage auf, welche Möglichkeiten zur Verfügung stehen, um das Leben der Piloten in einem Notfall zu retten.

Mit Expressfahrstuhl und Blitztür werden Raumfahrer gerettet

Von W. ENGELHARDT

Bei Raketenstarts sind besonders strenge Sicherheitsrichtlinien vorgeschrieben. Für jeden denkbaren Notfall sind Maßnahmen für die Rettung der Astronauten oder des Bodenpersonals ausgearbeitet. Bei der Ausbildung der Astronauten und bei der Einweisung der Bodenmannschaften nehmen diese „emergeny procedures" eine ganz beherrschende Rolle ein. Schon beim Bau der Raumtransporter spielten Sicherheits-Überlegungen eine wichtige Rolle. So ist die Ein- und Ausstiegsluke für das Cockpit innerhalb von Sekunden zu öffnen. Eine solche „Blitz-Tür" wurde seit 1967 für alle bemannten amerikanischen Raumschiffe obligatorisch, nachdem damals drei Astronauten bei einem Bodentest der Apollo-Kapsel ums Leben gekommen waren.

Solange sich der Space Shuttle noch auf der Startrampe befindet, können sich die Besatzungsmitglieder innerhalb von 2 bis 3 Minuten in Sicherheit bringen. Mit Hilfe eines Expressfahrstuhles oder über eine zusätzliche Seilbahn können sie den Startturm verlassen und in einen bereitstehenden Spezialwagen oder in einen Schutzbunker flüchten. Da sich beim Start 6 Kilometer rund um die Rampe niemand aufhalten darf, sind die Astronauten völlig auf sich gestellt. Die Notfall-Maßnahmen werden daher intensiv trainiert, damit im Ernstfall alles reibungslos läuft.

Sehr viel schwieriger werden die Rettungsmaßnahmen nach dem Start, wenn die Triebwerke des Shuttle arbeiten und der 2000 Tonnen schwere Koloß von der Rampe abhebt. Wenn in nur wenigen hundert Metern Höhe mehrere Triebwerke ausfallen, wenn das Lageregelungs-System versagt oder sogar der Treibstofftank explodiert, dann gibt es wahrscheinlich keine Rettung mehr für die Besatzungsmitglieder.

In den Shuttle-Orbiter „Columbia" waren bei den ersten vier Testflügen noch Schleudersitze für die beiden Piloten eingebaut, um sie bei Störungen während der Startphase (bis zu etwa 20 km Höhe) in Sicherheit bringen zu können. Aber diese Spezialsitze wurden inzwischen wieder ausgebaut, denn es fliegen jetzt meist 5 bis 7 Astronauten mit. Für soviel Schleudersitze ist nicht genug Platz. Ursprünglich wurde einmal erwogen, das Cockpit aller Raumtransporter gleich als Rettungskapsel auszubilden, die dann im Notfall als großer Block abgesprengt wird und an Fallschirmen zur Erde niedergeht. Die konstruktiven Probleme erwiesen sich aber als zu groß und vor allem zu teuer, so daß diese Pläne wieder fallengelassen wurden.

Die Überlebenschancen der Raumfahrer bei einer Havarie werden immer besser, je höher der Shuttle gestiegen ist. Wenn nur einige Kilometer von der Startrampe entfernt ein oder zwei Treibwerke ausfallen, werden die beiden Starthilfsraketen und der große Treibstoff-Tank abgesprengt, und die Piloten steuern den Shuttle in einem weiten Bogen zurück, um auf der 5 km langen Betonpiste zu landen.

Wenn die Probleme erst in einigen hundert Kilometern Entfernung vom Cape Canaveral auftreten, würden die Astronauten versuchen, mit reduzierter Triebwerksleistung zumindest über den Atlantik zu kommen und auf einem der Notlandeplätze (etwa auf dem Flughafen Köln-Bonn) niederzugehen. Im Prinzip kann der Orbiter auf jedem Flugfeld von mindestens 3 km Länge landen.



Der Start ist für die Astronauten im Shuttle die gefährlichste Flugphase
FOTO: AP

Ganz andere Überlegungen gelten für den Fall, daß in der Erdumlaufbahn an Bord des Raumtransporters ein Notfall auftritt. So könnte etwa ein Kleinmeteorit ein größeres Loch in die Bordwand reißen, durch das die Atemluft schnell entweicht. Für diesen (relativ unwahrscheinlichen) Fall befinden sich für alle Besatzungsmitglieder Schutzmasken an Bord. Das Leck kann sofort mit einem speziellen „Pflaster" abgedichtet werden. Entsprechende Reparatursets befinden sich an Bord, sogar ein größeres Loch in der Hitzschutz-Schicht an der Unterseite des Raumtransporters könnten die Astronauten bei einem Außenbord-Manöver behelfsmäßig auffüllen, damit wenigstens die Landung gewährleistet ist, bei der sich die Außenhaut auf bis zu 1700 C aufheizt.

Kritisch wird die Situation in der Erdumlaufbahn, wenn das Bremstriebwerk des Shuttle versagt, mit dem die Geschwindigkeit reduziert und der Wiedereintritt in die Atmosphäre eingeleitet wird. In diesem Fall müßte das Lageregelungs-System mit seinen kleinen Düsen aushelfen. Wenn diese stundenlang hintereinander arbeiten, kann der erforderliche Bremseffekt doch noch erreicht werden. Deshalb darf der Vorrat an Treibstoff nie so klein werden, daß ein solches Notmanöver nicht mehr möglich wäre.

Eine Rettung von Astronauten mit Hilfe eines zweiten Shuttle wird erst ab 1987 möglich sein, wenn in Kalifornien die zweite Startrampe fertig ist. Ein schwieriges Problem dabei ist aber das Überwechseln aller Astronauten von einem Shuttle-Orbiter zum anderen, denn aus Platzgründen können nicht 6 oder 7 Raumanzüge mit Versorgungseinheit im Cockpit untergebracht werden.

Seit einiger Zeit befindet sich deshalb eine kleine, zusammenfaltbare Rettungskugel in Entwicklung. Dieser Mini-Raumanzug mit Temperaturregelung und Sauerstoff-Vorrat für eine Stunde hat etwa 1 m Durchmesser. Ein Mann kann hineinklettern, von innen eine Art Reißverschluß zuziehen und sich damit hermetisch „einigeln". Von einem mit Raumanzug versehenen Helfer wird diese Kugel dann aus der Luke hinaus in den Weltraum bugsiert, wo sie von dem Kranarm des Rettungs-Shuttle eingefangen und in dessen Cockpit befördert wird.

Bakterien helfen beim Umweltschutz

Mikroorganismen können Kohle entschwefeln und die Luftverschmutzung verringern

Von INGRID ZAHN

Durch die Mikrobiologie und Biotechnologie rücken zunehmend utopisch wirkende Verfahren in den Bereich des Möglichen, so zum Beispiel im Bergbau. Anknüpfend an die in vielen Ländern seit mehr als 20 Jahren übliche Erzgewinnung durch das Laugen mit Hilfe von Bakterien – die USA gewinnt 20 Prozent ihrer Kupferproduktion, Australien, die USA und die UdSSR 10 bis 15 Prozent ihres Urans mit diesem „leaching"-Verfahren – bemüht man sich nun auch in der Bundesrepublik Deutschland um mikrobielle Methoden der Extraktion.

Dabei geht man von der Tatsache aus, daß Mikroorganismen oder mikrobielle Stoffwechselprodukte die im Erz vorliegenden, unlöslichen Metalle mobilisieren, so daß sie anschließend aus den metallhaltigen Lösungen mit konventionellen Methoden gewonnen werden können. Hier erweisen sich die sogenannten isolierten, chemolithotrophen Thiobacillus-Arten als nützlich. Diese „Schwefelfresser" sind in ihren Nahrungsansprüchen wesentlich bescheidener als andere Bakterien. Sie sind unempfindlicher gegenüber Einflüssen der Umgebung und resistenter gegenüber einer großen Zahl weiterer Faktoren, etwa gegenüber giftigen Metallen, Druck oder Temperatur.

Die Vorteile der bakteriellen Laugung anorganischer industrieller Abfallprodukte liegen auf der Hand. Sie senken den Gehalt an giftigen Schwermetallen und machen die Lagerung dieser Abfallprodukte sicherer. Zum anderen ist die Extraktion von Restmetallen aus Abfällen im Rahmen der zyklischen Wiederverwendung auch finanziell nicht uninteressant.

Die Essener Bergbau-Forschung GmbH kann inzwischen im Labormaßstab bis zu 90 Prozent des anorganischen Schwefels, des Pyritschwefels, mit Hilfe von Bakterien aus Kohle entfernen. Auch der Anteil an Spurenelementen und Schwermetallen könne verringert werden, bestätigt der Geschäftsführer Professor Dr. Werner Peters, nicht jedoch der Ascheanteil, wie das irrtümlicherweise behauptet worden sei.

Der Prozeß der mikrobakteriellen Entschwefelung vollzieht sich im Labor in kohlegefüllten Glasgefäßen, je nach Bakteriensorte unter Zufuhr von Sauerstoff (aerob) oder ohne Sauerstoff (anaerob), durch Einwirkung der gefräßigen Mikroorganismen. Er erfordert bis zu zehn Tage. Geplant ist die Erweiterung der Versuche im technischen Maßstab in einer Werkhalle. Pläne für die Erprobung im industriellen Maßstab in einem einfachen Rauchwerk oder auf einer Halde sind im Gange.

Eine andere Projektgruppe in Essen bemüht sich um das Herauslösen von umweltbelastenden Stoffen aus Abwässern, die u. a. in Kohleveredlungsanlagen anfallen. Ähnlich wie bei der mikrobiellen Entschwefelung werden hier spezielle Bakterienstämme z. B. auf die sogenannten Aromaten angesetzt, aus denen etwa Teer, der aus Kohle gewonnen wurde, zum großen Teil besteht.

Die angebotene Nahrung wird in unschädliche niedrigmolekulare Gase umgewandelt. Hierzu Prof. Peters: „Wenn es gelänge, Mikroben zu finden, die mit ausreichender Wirksamkeit Abfälle aus Kohlenumwandlungsanlagen zersetzen, bestünde die Hoffnung, diese Bakterien mit Erfolg auch direkt auf Kohle anzusetzen." Welche Veränderung die Bakterien hier bewirken könnten, sei noch nicht geklärt. Möglicherweise kann Kohle in tiefen Flözen, wo der Bergmann nicht mehr arbeiten kann, bröckelig gemacht werden. Kohle, die aufgrund ihres hohen Mineralbestandteils bislang auf der Halde landet, könnte in pumpfähigen Brennstoff verwandelt werden. Die Fernziele sind so hochgesteckt wie attraktiv.

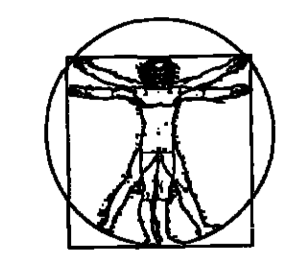
NOTIZEN AUS LABORS UND INSTITUTEN

Psychoanalytiker-Tagung

Hamburg (dpa) – Erstmals seit 1932 und 40 Jahre nach dem Ende der Herrschaft der Nationalsozialisten tagt die Internationale Psychoanalytische Vereinigung wieder in Deutschland. Zu ihrem 34. Kongreß, der am Sonntag abend in Hamburg begann und bis zum Freitag dauert, werden rund 2000 Teilnehmer erwartet. Der Kongreß steht unter der Schirmherrschaft von Bundespräsident Richard von Weizsäcker. Ein Tag ist der Frage nach den „psychischen Schäden und Spätfolgen bei Opfern und Tätern der Naziverfolgung" gewidmet.

Neue Erdfunkstelle

Hameln (mj) – Ihre 4. Erdfunkstelle für die transkontinentale Satellitenkommunikation will die Deutsche Bundespost Mitte 1989 in der Nähe von Hameln in Betrieb setzen. In einem Seitental der Weser sollen in der ersten Ausbaustufe zwei, später acht 18-Meter-Parabolantennen den wachsenden Bedarf an internationalen Fernmelde- und Fernsehverbindungen decken.



Das Hamelner 80-Millionen-Projekt wird vor allem für den norddeutschen Raum eine kosten- und störungsmindernde Verkürzung der inländischen Richtfunkstrecken bieten.

Strom aus Kohle

Frankfurt (sl) – Die Elektrizitätswirtschaft kaufte 1984 mehr als die Hälfte der Gesamtförderung des deutschen Steinkohle-Bergbaus. Dies waren 40,8 Millionen Tonnen Steinkohleeinheiten im Wert von fast 11 Milliarden Mark. Noch 1980 betrug die Abnahme erst 40 Prozent.

Neutronensterne

Paris (DW.) – Der Röntgensatellit der Europäischen Raumfahrtorganisation ESA hat sehr rasch rotierende Neutronensterne entdeckt. Diese Sterne besitzen eine extrem hohe Gravitation. Ihre nun entdeckten Eigenschaften, sogenannte quasi-periodische Oszillationen, bieten Gelegenheit, einige grundlegende physikalische Gesetze unter Grenzbedingungen zu prüfen.

SEID DANKBAR IN ALLEN DINGEN.
1. THESS. 5,18

EINE STARKE PERSÖNLICHKEIT IST TOT.

PAUL VERPOORT

* 18. 8. 1908 † 24. 7. 1985

MICHAEL VERPOORT
ANDREAS VERPOORT
BRIGITTE VERPOORT
ANNELIESE VERPOORT
THEO WANINGER UND FAMILIE
ERNST-HELMUT PRUIN UND FAMILIE

SALZBURG – BREMEN, IM JULI 1985

AUFBAHRUNG IM BEERDIGUNGS-INSTITUT TIELITZ, BREMEN,
FRIEDHOFSTRASSE 19.

DIE TRAUERANDACHT FINDET STATT AM DONNERSTAG, DEM 1. AUGUST 1985, UM 12.15 UHR IN DER KAPELLE DES OSTERHOLZER FRIEDHOFES IN BREMEN.

VON BEILEIDSBEKUNDUNGEN AM GRABE BITTEN WIR ABZUSEHEN.

Am 24. Juli 1985 verstarb in Salzburg Herr

Paul Verpoort

Mit ihm verlieren wir kurz nach dem Tode der Mitbegründerin Frau Marga Verpoort den Gründer und geschäftsführenden Gesellschafter unseres Hauses.

Nach der Gründung vor über 30 Jahren hat Herr Verpoort seine ganze Kraft dem Aufbau dieses Lebenswerkes, dem er bis zuletzt vorstand, gewidmet. Die Berücksichtigung der sozialen Belange seiner Mitarbeiter sowie seiner Umgebung war stets die wichtigste Leitlinie seines Handelns.

Wir alle sind ihm zu großem Dank verpflichtet.

Gesellschafter, Geschäftsleitung
und Mitarbeiter
der Firmengruppe
WÄRMEVERWERTUNG

Aus einem arbeitsreichen Leben wurde für uns alle unfaßbar unser Geschäftsführer

Horst Maul

geb. 29. 10. 1927 gest. 27. 7. 1985

abberufen.

Er hat sich seit seinem Eintritt in die Firma im Jahre 1964 mit viel Dynamik, Umsicht, Fleiß und Erfolg dem Ausbau der Firma gewidmet.

Sein Wirken wird uns Vorbild bleiben.

Gesellschafter, Geschäftsleitung,
Betriebsrat und Belegschaft
der Firma
Dr. Siebert & Kühn, Kaufungen

Die Beerdigung findet am Donnerstag, dem 1. 8. 1985, um 15 Uhr von der Friedhofskapelle in Spangenberg aus statt.



Die HYPO-these!

Hypothesen dienen der menschlichen Intelligenz seit der Antike bei der Bearbeitung von Neuland. Denn eine Annahme einfach in den Raum zu stellen, regt die Kreativität an.

Wir haben diesem geistigen Vehikel in der HYPO einen festen Platz zugewiesen: Angenommen es gibt immer noch eine bessere Lösung als die auf den ersten Blick, dann folgen daraus logischerweise immer neue Ideen!

Das ist der Motor einer kreativen Bank! Wobei es allerdings in unserem Hause bei dieser einzigen Annahme bleibt. Alle Einfälle, die aus ihr resultieren, halten wir erst dann für richtig, wenn das gründliche Beweis-Verfahren abgeschlossen ist.

Wir lassen uns etwas für Sie einfallen.



Die HYPO. Eine Bank – ein Wort.

Andreas Neumann · HYPO-BANK

NACHRICHTEN

Erfolg für Osterthun

Hilversum (dpa) – Der Hamburger Ricky Osterthun (20) gewann das Tennis-Grand-Prix-Turnier von Hilversum. Im Finale besiegte er den Schweden Kent Carlsson (17) mit 4:6, 4:6, 6:4, 6:2, 6:3.

Hansi Müller umworben

Innsbruck (sid) – Der ehemalige deutsche Fußball-Nationalspieler Hansi Müller, der in Italien keinen neuen Verein findet, wird von Wacker Innsbruck umworben. Auch der FC Porto und der FC Luzern sollen Interesse an seiner Verpflichtung haben.

Niedzwiedz verunglückt

Adenau (sid) – Klaus Niedzwiedz (34), einer der besten Sportwagen-Fahrer Deutschlands, ist bei einer privaten Motorradfahrt über den Nürburgring schwer verunglückt. Er erlitt lebensgefährliche innere Verletzungen. – Noch immer in Lebensgefahr schwebt Motorrad-Rennfahrer Michael Frohn (Leverkusen), der am Sonntag beim Yamaha-Cup-Rennen auf dem Salzburgring bei einem Sturz schwere Schädel- und Hirnverletzungen erlitt.

Dressur: Ohne Krug

Kronberg (sid) – Endgültig wurde die deutsche Dressur-Equipe für die Europameisterschaft in Kopenhagen (7. – 11. August) nominiert: Reiner Klimke, Uwe Sauer, Uwe Schulten-Baumer, Tilman Meyer. Es fehlt Herbert Krug wegen eines Griffelbeinbruchs seines Pferdes Muscadeur.

ZAHLEN

FUSSBALL

Intertoto-Runde: Gruppe 1: Bremen – Malmö 2:1. – **Freundschaftsspiele:** Köln – Galatasaray Istanbul 4:1, Darmstadt – Bochum 1:6, Aubstadt – Leverkusen 0:15, Osterrode – Hertha BSC 1:3, Killa Kiel – Hamburg 0:11, Bregenz Dornbirn – Stuttgart 1:5, Schwarzbach – Mönchengladbach 0:10, Unterhaching – Nationalmannschaft Israel 2:0.

TENNIS

Sandplatz-Meisterschaften der USA in Indianapolis: Lendl (CSSR) – Gomez (Ekuador) 6:1, 6:3. – **Nationale deutsche Meisterschaften** in Amberg. Endspiele: Herren: Gehring (Amberg) – Beutel (Hannover) 4:6, 7:5, 6:4, 2:6, 6:4. – Damen-Doppel: Torwik/Meier (Fürth/Kaiserslautern) – Hack/Vopat (Reutlingen/Aschaffenburg) 6:1, 7:6. – Mixed: Porwick/Hipp (Fürth/München) – Keppeler/Eberhard (Augsburg/Berlin) 6:1, 2:6, 15:13.

RUDERN

72. Deutsche Meisterschaften in München, Männer: Einer: 1. Kolbe (Hamburg) 7:37,85 Min. – Doppelzweier: 1. Dürsch/Hedderich (Ingelheim) 6:36,48. – Zweier o. Stm.: 1. Evers/Wessling (Essen) 6:59,83. – Zweier m. Stm.: 1. Zimnau/Berger/Ruppel (Essen) 7:33,66. – Vierer o. Stm.: 1. V. Grabow/G. Grabow/Keßlau/Puttlitz (Dortmund) 6:33,29. – Vierer m. Stm.: 1. Bauer, Scholz, Eichholz, Wieneke, Haßelkuß (Dortmund, Essen, Benrath, Blankenstein) 6:29,83. – Doppelvierer: 1. Dürsch, Hedderich, Saborowsky, Lipok (Ingelheim, Berlin, Hamburg) 6:24,31. – Achter: 1. Bauer, Aichholz, Scholz, Wieneke, Puttlitz, V. Grabow, Keßlau, Piontek, Stm. Haßelkuß (Dortmund, Witten, Essen, Blankenstein, Benrath) 6:06,54.

GOLF

Internationale Meisterschaften der Niederlande in Nordwejk, Endklassement: 1. Marsh (Australien) 282 Schläge (68+68+73+73), 2. Langer (Deutschland) 283 (68+72+75+68), 3. O'Connor (Irland) 285 (70+71+76+68), Romero (Argentinien) 285 (69+71+78+67), Feherty (Holland) 285 (69+69+74+73).

RAD

WM der Junioren in Stuttgart, Straßenfahren, 120 km: 1. Meijs (Holland) 2:59:38 Std., 2. Zagrebelny (UdSSR) 1:12 Min. zur., 3. Henri (Frankreich) gleiche Zeit, 4. Cipollini (Italien) 1:22 zur., ... 61. Dummert (Deutschland) 13:43 zur.

MOTOR

24-Stunden-Rennen von Spa, neunter Lauf zur Tourenwagen-EM: 1. Surer/Berger/Ravaglia (Schweiz/Österreich/Italien) BMW 635 CSi 500 Rd. = 3470 km in 24:02:23,24 Std., vier Rd. zur.: 2. Quester/Cecotto/Östreich (Österreich/Venezuela/Deutschland) BMW 635 CSi, neun Rd. zur.: 3. Lindström/Brancatelli/Müller (Schweden/Italien/Deutschland) Volvo 240 Turbo.

GEWINNZAHLEN

Toto, Elferwette: 1, 1, 1, 0, 0, 0, 1, 2, 2, 1, 2. – **Auswahlwette** „6 aus 45": 14, 15, 19, 22, 26, 38, Zusatzspiel: 6. (Ohne Gewähr).

„Uns Uwes" Scherenschläge, oder: Wo steht der Overath unter Vertrag?

Viele Haare sind grau geworden, bei einigen fehlen sie völlig. Torwart Gordon Banks, auf einem Auge blind, spielte mit einem künstlichen Hüftgelenk. Uwe Seeler lag waagerecht in der Luft und machte Scherenschläge (mit einem sogar ein Tor), als sei die Zeit stehen geblieben. 19 Jahre nach dem 30. Juli 1966 hat in Leeds ein Fest der Fußball-Nostalgie stattgefunden. Fast schien es, als habe sich nicht sehr viel verändert. Die Fußballhelden von einst sind immer noch große Vorbilder. Wolfgang Overath spielte sogar so elegant, daß englische Reporter verblüfft fragten, bei welchem Bundesligaverein der Kölner denn unter Vertrag stehe. Fußball-Pensionär Overath ist 42 Jahre alt ....

Hat sich wirklich nichts verändert? Sicher, manchmal sah es so aus, als wenn sich das WM-Endspiel von 1966 zwischen England und Deutschland (4:2) in Zeitlupe wiederholen würde. Aber sonst war alles verblüffend ähnlich bei diesem Benefizspiel für die Opfer des Tribünenbrandes am 11. Mai in Bradford. Noch immer umklammert der Schiedsrichter seine Pfeife etwas fester, wenn Englands Verteidiger Nobby Stiles seinem Gegner in die Beine grätscht. Stiles, 1966 das Rauhbein der englischen Mannschaft, spielte damals ohne Vorderzähne, die ihm in unzähligen Punktspielschlachten verloren gegangen waren. Jetzt war der Biß von Stiles wieder lückenlos da. Die Zeit kann wirklich Wunden heilen.

Deshalb hat diesmal auch kein Mensch beim dritten Tor gepfiffen. Denn die Engländer betrachten die Debatte von damals (war der Ball drin oder nicht?) als beendet. Geoff Hurst, der Schütze von damals (und heute: vier Tore), ist jetzt Versicherungsvertreter. Er gesteht: „Ich gebe zu, wenn ich mich vorstelle, hilft die Erinnerung an damals bei meinen Vertragsabschlüssen. Aber auf die Frage nach dem dritten Tor sage ich immer ehrlich: ‚Ich weiß es selber nicht, ob der Ball die Linie überschritten hat oder nicht.'"

Die Fußballhelden von gestern sind also auch heute noch fair. Und selbst das ist für die Engländer eine nostalgische Erinnerung. Denn seit dem 30. Juli 1966 ist es im Mutterland des Fußballs steil bergab gegangen. Nach dem Höhepunkt der eigenen Fußballgeschichte folgte ein tiefer Fall, der mit der Brandkatastrophe von Bradford, den Tumulten von Brüssel und den Krawallen in anderen englischen Stadien einen absoluten Tiefpunkt erreichte. Auch bei dem nostalgischen Fest von Leeds konnte das niemand vergessen. Und Alan Ball, mit 40 immer noch das „Baby" der einstigen englischen Nationalmannschaft, meinte: „Wie schade, daß erst eine Katastrophe kommen mußte, um uns wieder zusammen zu bringen."

Bobby Moore sah die positive Seite dieses Wiederholungsspiels: „Das war unser ‚Live-Aid-Konzert'." 19 496 Zuschauer haben 187 448 Mark Eintritt bezahlt, die den Opfern der Brandkatastrophe von Bradford zufließen. Und der ehemalige Bundestrainer Helmut Schön kommentierte: „Bewundernswert, daß im strömenden Regen soviel Zuschauer kommen."

Es gab nicht einen einzigen Zwischenfall in diesem Spiel. Norman Hunter, der als Ersatzmann aufs Feld kam, legte einmal Wolfgang Overath um und sagte sofort „sorry". Grinsend meinten seine Mannschaftskameraden, es sei die erste Entschuldigung seiner Karriere gewesen.

Noch zwei Nachrichten zum Schluß. Die unwichtige: Das Spiel endete 6:4 für England, die deutschen Tore schossen Overath und Seeler. Die wichtige: Als das Spiel beendet war, erhoben sich die Zuschauer von ihren Sitzen und klatschten stehend Beifall.

CLAUS GEISSMAR





Einmal steht Uwe Seeler rechts, einmal der Engländer Bobby Moore. Was gibt es sonst für Unterschiede? Auf den ersten Blick kaum welche. Nur: Rechts steht ein Foto von 1966 (vor dem WM-Finale), oben das, das am Sonntag vor dem Benefiz-Spiel der „alten Herren" gemacht wurde. 19 Jahre dazwischen – verblüffend.
FOTOS: AP

FERNSEHEN

Woche der Höhepunkte

DW. Bonn

Vier sportliche Großereignisse in einer Woche – drei von ihnen finden in Deutschland statt. Beide Fernsehanstalten sind darauf vorbereitet. Von Donnerstag bis Sonntag werden insgesamt 17 Stunden übertragen: Daviscup-Spiel Deutschland – USA in Hamburg, Formel-1-WM-Lauf um den Großen Preis von Deutschland auf dem Nürburgring, Europameisterschaft der Springreiter in Dinard (Frankreich), deutsche Meisterschaften der Leichtathleten in Stuttgart.

Der Schwerpunkt liegt dabei beim ZDF, und hier hat Tennis Vorrang. Oskar Wark, leitender Redakteur am Wochenende: „Wenn Boris Becker am Sonntag auf dem Centre Court steht und zeitgleich auf dem Nürburgring gestartet wird, bleiben wir in Hamburg. Ein Hin- und Herschalten wird es nicht geben." Das gleiche gilt für den Samstag, wo die deutschen Leichtathleten hinter den Tennisspielern zurückstehen müssen.

Der größte technische Aufwand ist am Nürburgring nötig: Drei Übertragungswagen, acht feste, eine tragbare Kamera und eine Kamera, die in einem Zeppelin installiert ist. 18 Fernsehanstalten in aller Welt werden angeschlossen sein.

Das Fernseh-Programm

Donnerstag: Springreiten: Erste Wertungsprüfung im Ersten Programm (16.00–17.50 Uhr).

Freitag: Daviscup (zwei Einzel) im Ersten Programm (14.00–16.00 Uhr). – *Springreiten: Mannschaftsfinale (und* eventuell Fortsetzung im Daviscup) im ZDF (16.00–18.45 Uhr). – Zusammenfassung Daviscup, Reiten, Leichtathletik im Ersten Programm (23.00–23.30 Uhr).

Samstag: Daviscup und Leichtathletik im ZDF (13.00–17.19 Uhr). – Springreiten und Start der zweiten Fußball-Liga in der „Sportschau" des Ersten Programms (18.05–19.00 Uhr) – Live vom Nürburgring: „Aktuelles Sportstudio" des ZDF (21.55–23.25 Uhr).

Sonntag: Daviscup, Formel 1, Leichtathletik im ZDF (14.15–17.55 Uhr, überlegt wird noch, ob die Übertragungen bereits um 13.15 Uhr beginnen) – Springreiten: Einzel-Entscheidung innerhalb der „Sportschau" im Ersten Programm (17.55–19.30 Uhr).

SEGELN / Morgen beginnt der Admiral's Cup

Mit der Outsider an der Spitze keine Außenseiter

INGA GRIESE, Hamburg

„Wir werden segeln wie die Teufel", sagt Michael („Mike") Iwand, der deutsche Teamchef beim Admiral's Cup der Hochseesegler, der morgen mit dem ersten Inshore-Rennen, einem 30-Seemeilen-Dreieckskurs auf dem Solent vor der Isle of White, beginnt. Iwand gehörte 1981 als Navigator zur Crew der Outsider, die mit Pinta und Sabina nach zehn Jahren zum zweitenmal den begehrten Cup nach Deutschland holte. In diesem Jahr wird der Doktor der Philosophie und Politologie die Mannschaft der Outsider moralisch und organisatorisch unterstützen.

Ganz souverän hat die Yacht des Kieler Kaufmanns Tilmar Hansen die deutschen Qualifikationswettfahrten gewonnen. Allerdings ist es nur derselbe Name, die Outsider, Modell 1981, wurde gleich nach dem Sieg an einen Amerikaner verkauft. In diesem Jahr geht Modell 1985 an den Start.

Die Rubin, Nummer zwei im Team, ist sogar schon die achte Yacht des Hamburger Unternehmers Hans-Otto Schümann unter diesem Namen. Der bereits 69 Jahre alte Schümann gehörte zum Team 1973, als die Deutschen sensationell und völlig unerwartet zum erstenmal den verschnörkelten Goldtopf, den Sir Miles Wyatt 1954 stiftete, gewannen. Hans-Otto Schümann war überhaupt der erste, der ein Team für den Wettbewerb zusammentrommelte, der im Rahmen der Cowes-Week ausgetragen wird und als Mannschafts-Weltmeisterschaft der Hochseesegler gilt. 1959 hatten die Deutschen ihren ersten Auftritt. Das waren die Zeiten, als es an Bord noch richtige Kojen gab, der Eigner in seiner eigenen Kabine unter die Daunendecke mit Damastbezug schlüpfte, die Besatzungsmitglieder sich zum Essen umzogen und jeder ein Tischgespräch vorzubereiten hatte, wobei das Thema segeln tabu war.

Von Gemütlichkeit kann heute an Bord nicht die Rede sein. Geschlafen wird nur wenn unbedingt nötig und dann in Konstruktionen aus Stahlrohr und dünnem Tuch. Gegessen wird auf der Kante, wo sich die Crew – wenn kein Manöver gefahren wird – aus Gewichtsgründen die meiste Zeit aufhält. Das Menü besteht in erster Linie aus Schokolade, Keksen und Tütensuppen. Bei besonderen Anlässen gibt es auch mal ein Fertiggericht vom Minikocher.

Der Schriftzug der Diva – dritte Yacht im deutschen Bunde – sieht mit seinem flammenfarbenen, züngelnden Design auf schwarz-blauem Grund aus wie von Teufelshand gemacht. Und ohne Zweifel müssen die drei Crews segeln wie der Teufel, denn als Favoriten werden sie von den anderen 18 Nationen gehetzt. Vor allen Dingen die Engländer mit ihren drei Eintonnern neuester Konstruktion gelten als sehr stark. Mit dabei ist auch die Jade, die vor zwei Wochen die Weltmeisterschaft der Eintonner vor Poole, nicht weit entfernt von Cowes, gewann.

Doch theoretisch brauchen die deutschen Yachten weder die Engländer, die Profi-Teams aus Übersee, noch die Konkurrenz aus dem eigenen Land zu fürchten: Pinta, Container und I-Punkt starten für Österreich. Alle drei Yachten (Design: Judel/Vrolijk, Hamburg) zeichnen sich durch enorme Bootsgeschwindigkeit aus und sind optimal besetzt. Bernd („Bernie") Beilcken, Unternehmer aus Bremen und Steuermann der Diva gilt als einer der erfahrendsten deutschen Hochseesegler und war schon 1973 Steuermann im Siegerteam. Auf der Rubin sind neben Skipper Hans-Otto Schümann der Hamburger Yachtmakler Michael Schmidt und der Bayer Rudi Magg prominente und erfahrene Hochseesegler an Bord. Skipper der Outsider ist der Hamburger Anwalt Achim Griese, der mit Michael Marcour im Starboot für die einzige deutsche Segel-Medaille in Los Angeles sorgte und seit seinem souveränen Sieg als Steuermann der Container beim Sardinia's Cup 1984 zur Weltspitze zählt. Mit Stefan Behnert kommt einer der anerkanntesten und Solent-erfahrendsten Navigatoren dazu. Und auch Michael Marcour begleitet seinen Steuermann auf dem Dickschiff-Ausflug.

Praktisch gibt es beim Segeln allerdings so viele Unabwägbarkeiten, daß niemand von vornherein auf Sieg setzt. Doch die Chancen waren niemals besser als jetzt.

TENNIS / Sieger Ivan Lendls Ansprache an die Zuschauer in Indianapolis

„Vielleicht wird Euer Boris 1986 gewinnen"

JIM SLATER, Indianapolis

Ivan Lendl drängte es zum Mikrophon, er mußte sich Luft verschaffen. Nach seinem 6:1, 6:3-Sieg im Finale der amerikanischen Sandplatz-Meisterschaften in Indianapolis über Andres Gomez (Ecuador) sagte er zu den Zuschauern: „Ich schätze es, daß Ihr zu diesem Endspiel gekommen seid, obwohl Ihr mich nicht besonders mögt. Das ist schade, aber es ist nun einmal so. Vielleicht wird Euer Boris 1986 hier gewinnen." 6866 Menschen hörten verblüfft zu.

Lendl, Nummer zwei der Weltrangliste, war in seinen Gefühlen verletzt. Bei aller Genugtuung über seinen Sieg, der ihm rund 150 000 Mark einbrachte, klang Bitternis durch. Über die Ablehnung der Zuschauer, die sogar seine Doppelfehler bejubelten und auch im Finale Partei für Andres Gomez ergriffen. Die Zuschauer in Indianapolis haben es ihm verübelt, daß er offen ausgesprochen hatte, wie ungern er zu diesen Titelkämpfen angetreten ist (er mußte antreten, weil die Spielergewerkschaft ATP es verlangte). Und sie waren wohl auch böse, weil Lendl ihnen auch die Chance nahm, „The Wunderkind" noch einmal im Finale zu bewundern.

In seiner Ansprache an das Tennis-Volk fügte Lendl eine Warnung an: „Alle Welt hat gedacht, nach seinem Wimbledon-Sieg wird Becker nun jeden jederzeit schlagen. Das ist ein Irrtum." Bei der anschließenden Pressekonferenz fand Lendl, der in Indianapolis sein fünftes Grand-Prix-Turnier in diesem Jahr gewann, jedoch noch ein indirektes Lob für den 17 Jahre alten Wimbledon-Sieger: „Gomez hat mir nicht so zugesetzt wie Becker." Gomez, der Weltranglisten-Siebte, sagte: „Ich habe heute bestimmt nicht schlecht gespielt. Doch Ivan war sehr gut."

Das Finale war eine Art Generalprobe. Bereits am Wochenende treffen Gomez und Lendl in Quito beim Davis-Cup-Viertelfinale zwischen Ecuador und der CSSR aufeinander. Der Sieger tritt gegen den Gewinner der Partie Deutschland – USA an.

Eine Erfolgsmeldung zum Abschluß: Mit 74 784 Zuschauern waren die Meisterschaften in Indianapolis so gut wie noch nie besucht – dank der Neugierde auf Boris Becker.

Mit erhöhter Schlagzahl ins Chaos

Ein Loch ist im Achter, im Eimer dafür die alte deutsche Ruder-Herrlichkeit. Das gute Wort vom „Wir sitzen alle in einem Boot" wird aufgelöst von Athleten und Trainern, die immer die anderen mit erhöhter Schlagzahl ausbooten wollen. Und so saufen sie nun gemeinsam ab, gluck, gluck, weg sind sie.

Zwölf Stunden nach den deutschen Ruder-Meisterschaften, erschien der Bundestrainer Andreas Nickel und sagte: „Es gibt keinen Achter mehr." Der Achter wurde durch zwei geteilt – nun fahren zwei Vierer zur Weltmeisterschaft nach Hazewinkel in Belgien. Mehrstündig und nervenaufreibend sei die Diskussion um die Nominierung gewesen. In noch mehr Stunden und mit Nerven wie Drahtseile wird nicht zu verstehen sein, was da jetzt alles ins Wasser gestoßen wurde.

Vor allem nämlich das Prinzip der Leistung: Die Olympiasieger im Doppelzweier, Dürsch/Hedderich (Ingelheim), wurden auch deutsche Meister – mit fast vier Längen Vorsprung vor denen, die jetzt zur WM fahren: Schmelz/Thienel aus Leverkusen und München. Was da passiert ist, scheint den Paragraphen-Ruderern des Verbandes selbstverständlich: Die Rotsee-Regatta galt als Qualifikation, dort belegten Schmelz/Thienel Platz vier, die jetzt Ausgebooteten starteten in einem Vierer.

Schön, wenn es Prinzipien und Richtlinien gibt, hinter ihnen können sich auch Bundestrainer so

STAND ● PUNKT

herrlich verstecken. Nur dürfen dann nicht alle Grundsätze bei Bedarf und wenn es gerade so paßt wieder umgestoßen werden: Die beiden Vierer, die bei der WM starten dürfen, waren auf dem Rotsee noch im Achter vereint, der jetzt versenkt wurde.

Was da für Enten aufs Wasser gesetzt werden, zeigen zwei Zitate. Nickel über Schmelz/Thienel: „Eine mittelmäßige Leistung, dennoch fahren sie zur WM." Olympiasieger Michael Dürsch: „Die verschenken glatt eine Medaille." Aber dieser Michael Dürsch war eben frech, er hat Nickel eins vor den Bug gesetzt: „Der hat keine Ahnung und muß schnellstens weg." Lieber keine Kritik als keine Medaillen – auch ein Prinzip: Alle meine Entchen rudern über'n See, Köpfchen in das Wasser, Wohlverhalten in die Höh'.

Der Versuch von Verbandspräsident Henrik Lotz mit zwei jungen Bundestrainern (Kleinschmidt und Nickel) und professionellem Management die Olympischen Spiele 1988 anzusteuern, ist erst einmal gescheitert. Lotz sagt: „Wer gegen Nickel und Kleinschmidt ist, ist auch gegen mich. Ich stehe persönlich vor den beiden." Auch eine Erklärung für das Chaos: Wenn der Präsident vor seinen Bundestrainern steht, kann er nicht sehen, was die beiden hinter seinem Rücken anstellen.

MARKUS BERG

CDU-Experte lehnt Vorschlag Bangemanns ab

dpa/AP, Saarbrücken

Der Vorschlag des FDP-Vorsitzenden Martin Bangemann, staatliche Sozialleistungen nicht mehr an Einkommensgrenzen zu binden, aber zu besteuern, ist vom stellvertretenden CDU/CSU-Fraktionsvorsitzenden Adolf Müller (Remscheid) entschieden abgelehnt worden. Eine Besteuerung dieser Leistungen würde das soziale System auf den Kopf stellen, sagte Müller gestern im Saarländischen Rundfunk. Sozialleistungen seien geschaffen worden, um einen gerechten Lastenausgleich zu gewährleisten. Bangemann hatte am Wochenende die Bindung der Sozialleistungen an Einkommensgrenzen „leistungshemmend" genannt. Ein Haushaltsvorstand werde sich überlegen, ob er mehr verdienen wolle, wenn er dann den Anspruch auf Sozialleistungen verliere.

Mainz nennt Vorwurf des Winzers unsinnig

dpa, Mainz

Als absolut unzutreffend und völlig unsinnig hat die rheinland-pfälzische Landesregierung Vorwürfe des Winzers Arnold Friderichs aus Ediger-Eller (Mosel) bezeichnet, das Weinbauministerium sei konkreten Hinweisen auf Weinverfälschungen nicht nachgegangen. Das Ministerium habe bereits viele Monate vor dem 1983 geschriebenen Brief des Winzers Weinkontrolle und Staatsanwaltschaft auf einen Verdacht gegen die Firma Austro-Weinkontor in Hochheim/Hessen und ein Weingut an der Mosel aufmerksam gemacht, sagte gestern Regierungssprecher Hanns Schreiner. Weinkontrolle und Staatsanwaltschaft seien noch im Jahr 1982 tätig geworden, längst bevor der Winzer sich an die Mainzer Regierung gewandt habe.

Verband: Kernkraft schadet Wäldern nicht

dpa, Stuttgart

Der deutsch-schweizerische Fachverband für Strahlenschutz hat einen Zusammenhang zwischen dem Waldsterben und von Kernkraftwerken ausgehender Radioaktivität bestritten. In einer Stellungnahme zu einem Tübinger Gutachten, das einen solchen Zusammenhang sieht, teilte er gestern mit, daß die Umgebung sämtlicher Kernkraftwerke in der Bundesrepublik und in der Schweiz regelmäßig überwacht werde. Die von den Kraftwerken ausgehende Strahlenbelastung liege deutlich unterhalb der natürlichen Strahlung. Schädliche Effekte seien *erst bei Belastungen* festzustellen, die erheblich über der natürlichen mittleren Strahlenbelastung in beiden Ländern lägen.

„Bürgerbeteiligung am Bau ausbauen"

E. N. Bonn

Die Bürgerbeteiligung in der Bauleitplanung sollte auf keinen Fall in das Ermessen der Gemeinden gestellt, sondern wegen der guten Erfahrungen *damit* eher *noch* weiter ausgebaut werden.

Diese Forderung ist in einer „Gemeinsamen Stellungnahme" enthalten, die Bundesbauminister Oscar Schneider im Vorfeld eines von ihm angekündigten neuen Baugesetzbuches vom Bund Deutscher Architekten, dem Bund Deutscher Landschaftsarchitekten, der Forschungsgesellschaft Landschaftsentwicklung/Landschaftsbau und der Vereinigung der Stadt-, Regional- und Landesplaner zugeschickt wurde.

Begründung für den Vorstoß: Die Bürgerbeteiligung werde zunehmend dadurch umgangen, daß Baurecht nach den dafür eingeräumten Möglichkeiten des Bundesbaugesetzes im Gemeiderat verliehen werde. Das an kurzfristigen Entscheidungen ausgerichtete politische und wirtschaftliche Handeln sei aber weniger an einer sinnvollen umfallenden Planung, als an einer schnellen unkomplizierten Erlangung von Baurecht interessiert. Dies könne sich „nur negativ auf die bebaute und unbebaute Umwelt auswirken".

Katholiken begrüßen Bayerns Initiative

AP, München

Die Vorsitzende des Diözesanrates der Katholiken im Erzbistum München und Freising, Hanna Stützle, hat die Entscheidung der bayerischen Staatsregierung, nach der Beamtinnen künftig bei Abtreibungen nach der sogenannten Notlagenindikation keine Beihilfezahlungen mehr erhalten, als „notwendig und im Grundsatz völlig richtig" bezeichnet. Wer im Staatsdienst stehe, hieß es gestern in einer Erklärung, verfüge über gesicherte Stellung und geregeltes Einkommen. Er könne sich kaum auf eine soziale Notlage berufen. Da die gleiche Problematik auch für die soziale Indikation auf Krankenschein gelte, solle die Staatsregierung dazu beitragen, daß das Bundesverfassungsgericht in dieser Frage eine Entscheidung treffe, sagte Frau Stützle.

Deutsche Delegation von Moskau „ausgetrickst"

Kommt es bei den Weltfestspielen zum „Zeichen des Protests"?

DW. Moskau

Der Berlin-Eklat bei den XII. Weltjugendfestspielen in Moskau ist zum Thema dieser Veranstaltung geworden und stört nach Angaben aus der westdeutschen Delegation „ganz empfindlich" das Festival. Wie der westdeutsche Vertreter in der Ständigen Festival-Kommission, Peter Seideneck, gestern sagte, wurden die Vorfälle bei der Eröffnungsveranstaltung auf einer Nachtsitzung dieses Gremiums erörtert. Dabei sei auch die von Sprechern der Gruppe aus der Bundesrepublik Deutschland veröffentlichte Protesterklärung verlesen worden.

*Eine das Spektrum der Sozialisti*schen Einheitspartei West-Berlins (SEW) repräsentierende Abordnung hatte am Samstag bei der Eröffnung des Festivals im Lenin-Stadion die Bärenflagge mitgeführt. Auch wurde die Gruppe auf einer elektronischen Anzeigetafel als „Delegation West-Berlins" bezeichnet. Der Protest der westdeutschen Delegation richtet sich dagegen, daß diese West-Berliner Gruppe entgegen den mit der sowjetischen Seite getroffenen Absprachen sowie entgegen einem Beschluß der Ständigen Festival-Kommission und dem Viermächte-Abkommen über Berlin als nationale Einheit behandelt worden sei. Ein westdeutscher Delegierter schloß gestern nicht aus, daß diese Behandlung möglicherweise auf höchster Ebene beschlossen worden sei. An der Eröffnungszeremonie hatte die sowjetische Führung mit Parteichef Michail Gorbatschow teilgenommen.

In westdeutschen Delegationskreisen wird offenbar die Möglichkeit erörtert, am Samstag vor der Abschlußveranstaltung aus Moskau ab*zureisen. Mit einer solchen Entschei*dung könnte ein deutliches Zeichen des Protests gesetzt werden, sagte ein Delegierter. Er hielte das für eine denkbare Möglichkeit. Bei der Eröff*nungsfeier sei der kommunistisch* beeinflußte, kleine Teil der Delegation hinter dem vorangetragenen Schild „BRD" ins Stadion einmarschiert. Für die übrigen Teilnehmer, so sagte ein Sprecher, habe es sich als richtig erwiesen, daß sie nicht mitmarschiert seien. Die Marschierer seien die Verbände des Arbeitskreises Festival (AKF) gewesen.

Im Festival-Klub der Bundesrepublik war gestern zu hören, daß die *meisten der Teilnehmer wegen der* Vorfälle „enttäuscht und sauer" seien. Ein Delegationsmitglied sagte, daß sich die Teilnehmer der Festival-Parade auf einen Aufmarschplatz versammelt hätten. Nach seinen Beobachtungen sei die Westberliner Gruppe dort als letzte und „ohne Flaggen" und anderen Dekorationen *aufgetaucht. Die Fahnen hätten of*fensichtlich bis zum Schluß in einem Gebäude gelegen. Moskau habe versucht „uns auf niedrigstem Niveau auszutricksen".

Die UdSSR hat bei der Diskussion der Vorfälle durch die Ständige Festival-Kommission ihre offizielle Entschuldigung für die „technische Panne" auf der Anzeigetafel des Lenin-Stadiums wiederholt. „Sie reden nur über die Leuchtschrift, aber das entscheidende Problem, die Fahne, lassen sie außen vor", war dazu in der westdeutschen Delegation zu hören.

HANS-R. KARUTZ, Berlin

Die „DDR"-Medien übergingen gestern den Eklat um die getrennt von der Delegation der Bundesrepublik Deutschland einmarschierenden Gruppe Westberliner Kommunisten, Sozialisten und Alternativer bei den Weltjugendfestspielen in Moskau. In großer Aufmachung berichtete statt dessen das Blatt der SEW, „Die Wahrheit", über den Einmarsch mit Berlin-Flagge und Bären-Figur.

Kritik an der Sowjetunion im Zu*sammenhang mit dem separaten Auf*treten einer Westberliner Delegation übte auch der Vorsitzende des DGB-Landesbereichs Berlin, Michael Pagels. Die Vorkommnisse bei der Er*öffnungsfeier belegten, so Pagels*, „daß sich die Außenpolitik durch Michail Gorbatschow nicht verändert hat". Genau wie bei den Weltjugendfestspielen 1973 und 1978 sei Moskau wieder *davon ausgegangen, daß* die sogenannte „Westberliner" Delegation einen eigenständigen Vertretungsanspruch habe. „Damit haben die Hoffnungen auf eine Verbesserung der Entspannungspolitik zwischen Ost und West Schaden erlitten", sagte Pagels.

Perus Präsident sieht sich als Sprecher Lateinamerikas

Garcia will „demokratische Revolution" / Schulden „ungerecht"

W. THOMAS, Miami

Mit einer resolut vorgetragenen programmatischen Rede, die von einigen Zuhörern gar als „historisch" bewertet worden war, hat Alan Garcia das peruanische Präsidentenamt angetreten. Der 36jährige Sozialdemokrat signalisierte, daß er in Zukunft auch eine überregionale Rolle als Vertreter der linken Mitte spielen möchte. Wiederholt machte er sich zum Sprecher lateinamerikanischer Interessen.

Während der unter beispiellosen Sicherheitsvorkehrungen durchgeführten Amtseinführungsfeier im Kongreßgebäude plädierte Garcia für *eine lateinamerikanische Gipfelkon*ferenz, bei der die Staats- und Regierungschefs der Region ihre gemeinsamen Probleme erörtern sollen. Er schlug Panama City als Versamm*lungsort* vor. *Die Schuldenkrise und* das Wettrüsten waren die beiden Hauptthemen seiner Rede.

Garcia wiederholte seinen Appell an die Regierungen Lateinamerikas, die Militärausgaben drastisch zu kürzen und die eingesparten Mittel in soziale und wirtschaftliche Projekte zu investieren. Er will mit gutem Beispiel vorangehen: Die peruanische Luftwaffe darf nicht alle Mirage-Jäger beschaffen, die in Frankreich bestellt wurden.

In Sachen Schuldenkrise fordert Garcia eine gemeinsame Position Lateinamerikas gegenüber den westlichen Industrienationen. Er nannte die Schulden „ungerecht", die Rückzahlungsbedingungen „unfair". Peru werde seine Schulden zurückzahlen, aber nicht, wenn das Volk dann noch mehr hungern und leiden müsse. Die Schuldenverdienste sollten lediglich zehn Prozent des jährlichen Deviseneinkommens betragen. Peru, mit fast 14 Milliarden Dollar verschuldet, hat seit einem Jahr keine Schuldendienste mehr geleistet. Die in diesem Jahr fälligen Zinsen belaufen sich auf 3,5 Milliarden Dollar. Erneut betonte Garcia, daß er ohne den Internationalen Währungsfond ein Übereinkommen mit den Gläubigern aushandeln will.

Der Nachfolger des 72jährigen Zentrumspolitikers Fernando Belaunde Terry verkündete eine „demokratische Revolution". Sein Ziel ist eine größere soziale Gerechtigkeit. Er plant eine Justizreform, eine Reorganisierung des Polizeiapparates, eine Dezentralisierung der Regierung, einen energischen Kampf gegen Korruption. Den Guerillagruppen offerierte er zum ersten Mal einen Dialog, um den blutigen Krieg zu beenden, der in fünf Jahren fast 6000 Todesopfer forderte.

Genscher tritt bei der KSZE für die Menschenrechte ein

● Fortsetzung von Seite 1

men, um die Verhaftung der aktivsten Mitglieder zu verhindern. Nur ganz vereinzelt haben einige wenige *Politiker ihren Protest zum Ausdruck* gebracht. Die sowjetische Regierung betrachtet diese Haltung der westlichen Regierungen als eine Duldung ihrer Politik der schweren Verbrechen gegen die Menschlichkeit."

Der IGFM-Vorsitzende Reinhard Gnauck nahm nur die amerikanische Regierung von dieser Kritik aus. Sie habe versucht, ihre Verbündeten zu einer Politik mit moralischen Grundsätzen zu bewegen, sei jedoch auf taube Ohren gestoßen. Denn die meisten meinten immer noch, „steigender *Handel und immer neue Kredite wie* beim Erdgas-Röhren-Geschäft könnten die sowjetische Regierung bewegen, die mit dem Helsinki-Abkommen übernommenen Verpflichtungen einzuhalten". Deshalb müßten Jurij Orlow und seine Mitstreiter den zehnten Jahrestag der KSZE-Schlußakte in Konzentrationslagern und psychiatrischen Sonderhaftanstalten verbringen. Heute werden Bürgerrechtler aus der „DDR", Rumänien und der Sowjetunion vor der Presse in Helsinki über Erfahrungen in ihren Ländern berichten.

DW. Köln

Unter den wesentlichen Fortschritten, *die nach Genschers Meinung im* vergangenen Jahrzehnt im deutsch-deutschen Verhältnis erreicht worden sind, erwähnte der Bundesaußenminister gegenüber dem Deutschlandfunk auch die Tatsache, daß „viele unserer Mitbürger die Möglichkeit bekommen haben, aus der DDR zu uns zu kommen, hier bei uns zu bleiben". In dem Interview erklärte Genscher ferner: „Natürlich ist es auch möglich gewesen, im Rahmen des KSZE-Prozesses ein Durchschlagen schwerer internationaler Span*nungen auf Europa in erträglichen* Grenzen zu halten." Jetzt müsse es darum gehen, durch verbreiterte Zusammenarbeit zwischen West und Ost – ob beim Umweltschutz, auf wissenschaftlich-technischem, kulturellem oder wirtschaftlichem Gebiet – dafür zu sorgen, daß sich daraus auch positive Impulse für weitere Verbesserungen für die *Menschen* ergeben. „Wenn uns das gelingt, dann wird sich auch die Fortsetzung des KSZE-Prozesses lohnen."

Von Anfang an dabei (2): Werner Baecker

Das Doppelfernsehen in „Metzlers Meeresgrund"

Die öffentliche Aufforderung an junge Leute, sich für einen Beruf im weiten Bereich des Rundfunks zu *bewerben, kam über Radio Hamburg*, das damals unter britischer Kontrolle stand. Das war im Winter 1946. Ich war gerade aus amerikanischer Kriegsgefangenschaft entlassen worden, in einer dunkel gefärbten Ami-Uniform und mit einem Seesack, der für damalige Begriffe ungeahnte Schätze enthielt: mindestens 600 amerikanische Zigaretten, Seife, Zahnpasta, Konserven aus Care-Paketen und einen Empfehlungsbrief von Thomas Mann, der mir über den amerikanischen Lagerkommandanten zugeleitet worden war.

Der Schriftsteller, der damals in Pacific Palisades im Staate Kalifornien lebte, hatte die Ausgabe einer von mir herausgegebenen Kriegsgefangenen-Lager-Zeitung gelesen, in der ich versucht hatte, seinen Roman „Der Zauberberg" für die Leser im Camp White, Oregon, verständlich zu machen. Thomas Mann war von Stil und Inhalt beeindruckt. So jedenfalls stand es in seinem Brief. Und er gratulierte gleichzeitig auch dem amerikanischen Lagerkommandanten, der schließlich die Existenz der Zeitung gefördert hatte, und der sein Glück, ein Lob „from the great Thomas Mann" erhalten zu haben, gar nicht fassen konnte.

Aber zunächst waren alle die Dinge viel interessanter, die sich außer dem Brief im Seesack befanden. „Alle Not hat nun ein Ende", verkündete meine Mutter, als sie die vielen Zigaretten sah, *die sich damals* so *leicht in But*ter, Kaffee oder Fleisch verwandeln ließen. Erst als der Aufruf von Radio Hamburg aus dem Volksempfänger kam, der den Krieg überdauert hatte, fiel *mir der Brief* von Thomas Mann wieder ein. In Hamburg also wurden junge Leute für den Rundfunk gesucht, als Ansager, Redakteure oder Techniker.

Mehr als 20 000 haben sich damals beworben, und ich hatte natürlich nicht vergessen, neben Stilproben auch den Brief des Dichters beizufügen. Ein verschwindend geringer Prozentsatz, konnte man aus Hamburg vernehmen, sei in die engere Wahl gekommen. Die Spannung wurde unerträglich. Aber dann kam eines Tages eine simple Postkarte. Man hatte mich angenommen. Zunächst für die Rundfunkschule.

Das Experiment der damaligen Rundfunkschule muß als einmalig gelten. Allein die Begegnung mit unseren Lehrern flößte Ehrfurcht ein. Alles Namen, die uns aus dem Radio bekannt geworden waren: Axel Eggebrecht, Karl-Eduard von Schnitzler (er war damals *noch auf* unserer Seite), Walther von Hollander, Peter von Zahn, Jürgen Schüddekopf und Ernst Schnabel, der uns als Hausaufgabe ein Hörspiel schreiben ließ. Ich entschied mich für E. T. A. Hoffmann und „Das Fräulein von Scuderie".

Obwohl Ernst Schnabel den Versuch, an dem die Mitschülerin Marlen Sinjen beteiligt war, wohlwollend kommentiert hatte, landete ich nicht in der Hörspielabteilung, sondern bei unserem damaligen außenpolitischen Chefkommentator Adalbert Worliczek, dem der leicht aufgelockerte Stil, den wir Jungen aus der Rundfunkschule mitgebracht hatten, höchst zuwider war. Meinen Versuch, einen knochentrockenen Behördentext für die damalige Serie „Aus der Praxis" durch Dialoge hörspielartig aufzulösen, kommentierte Worliczek mit den Worten: „Ich wußte ja gar nicht, daß Sie ein Dichter sind." Gesendet wurde, natürlich, der knochentrockene Behördentext. Für eine Reihe von Jahren galt ich danach im Funkhaus an der Rothenbaumchaussee als ein politischer Redakteur, dem man später sogar die damals wichtigste Hörfunk-Nachrichtensendung anvertraute, das „Echo des Tages".

Der Anstoß, mich an Fernseh-Versuchssendungen Anfang der fünfziger Jahre aus den Hochbunkern am Hamburger Heiligengeistfeld zu beteiligen, kam von Jürgen Roland. Er war *damals* mit Sicherheit Deutschlands populärster Rundfunk-Reporter, der mit seinem Mikrofon überall dabeigewesen war: als Schaffner auf der Straßenbahnlinie 18, im Tiger-Käfig oder hoch auf dem Drahtseil. Beinahe selbstverständlich, daß man ihm sofort auch eine Fernsehsendung anvertraute. „Was ist los in Hamburg?" hieß das flott gemachte Großstadt-Magazin, das sicher auch ein Modell wurde für die „Aktuelle Schaubude", die 1957 ihren Marathon-Run begann und inzwischen alle *Aussichten hat, das Jahr 2000 zu er*reichen.

In der Rückschau war das damals ein höchst sorgenfreies Fernseh-Dasein. In Hamburg gab es einige hundert Zuschauer. Genaue Zahlen lagen nicht vor, aber wir wußten, daß es in unserem Bereich vor allem drei oder vier besonders anspruchsvolle Zuschauer gab, mit denen wir es nicht verderben durften: mit Eduard Rhein, dem ersten Chefredakteur von



Lernte sein Handwerk im Bunker: Werner Baecker FOTO: TIMM

„Hörzu", dem Programmdirektor Werner Pleister, dem Kritiker Wagenführ und einem gewissen August Metzler, der auf St. Pauli, an der „Großen Freiheit", ein Fernfahrer-Lokal unterhielt. Da, wo heute Peep-Shows und Live-Sex bis zum Überdruß geboten werden, präsentierte Herr Metzler seinen Fernfahrern eine einmalige und völlig neue Attraktion: das erste Doppelfernsehen auf St. Pauli. Doppel-Fernsehen deshalb, weil in „Metzlers Meeresgrund", so hieß das Lokal, in dem man Blutwurst und Bratkartoffeln aus der Pfanne aß, zwei Fernsehempfänger aufgestellt worden waren.

Mit allem Respekt vor dem heute so wissenschaftlich fundierten Verfahren bei der Erforschung der Zuschauer-Meinung: wir hatten es damals viel einfacher. Stand ein lachender August Metzler vor dem Eingang zu seiner Kneipe, durften wir das Gefühl haben, daß die Sendung einigermaßen gelungen war. Der Hochbunker auf dem Heiligengeistfeld war nur zehn Minuten von der Großen Freiheit entfernt, und wenn im Studio *gute Stimmung war, dann* hieß es nach der Sendung oft genug: auf ein Bier zu August Metzler.

Von unseren „Bossen" in Lokstedt oder am Rothenbaum hörten wir recht wenig. Sie hielten es offenbar mit dem Sprichwort: No news is good news. Nur einmal polterte der Programmdirektor, als uns in einem Interview mit einem bekannten Hamburger Politiker das Mißgeschick unterlaufen war, den „roten Faden" zu verlieren. Wir landeten in unserem Gespräch, das versuchsweise bundesweit gesehen werden sollte, schließlich bei der höchst mangelhaften Straßenbeleuchtung des Hamburger Stadtteils Groß-Borstel. Man kann sich ausmalen, wie interessant das Nordlichter-Problem für die Münchner gewesen sein muß!

WERNER BAECKER

Am 7. 8. berichtet Alfred Biolek über die Anfänge des ZDF aus „Telesibirsk".

ARD 

ARD/ZDF-VORMITTAGSPROGRAMM

10.00 heute
10.05 Giuseppe Verdi
7. Teil: Rivalitäten
11.05 Im Lande des Mahdi
11.50 Umschau
12.10 Reportage am Montag
12.55 Presseschau
13.00 heute

ARD

15.00 Fury
15.25 Fauna Iberica
15.50 Wolff und Rüffel
16.00 Tagesschau
16.10 Sie – er – Es
... große Kinder – große Sorgen
Wie weit sind Menschen füreinander verantwortlich, wenn es um die Bewältigung von großen und kleinen Sorgen geht?
16.55 Spaß am Dienstag
Mit Mickey Maus und ihren Freunden
17.50 Tagesschau
Dazw. Regionalprogramme
20.00 Tagesschau
20.15 Expeditionen ins Tierreich
Eine Welt der Gefiederten
Von Heinz Sielmann
21.00 Report
Deutsche Ärzte helfen in Afghanistan / Zweifelhafte Praktiken der Bildzeitung / Boris Becker – ein Idol wird vermarktet
Moderation: Franz Alt
21.45 Magnum
Die Rückkehr von Luther Gillis
22.30 Tagesthemen
23.00 Kulturwelt
Bücherjournal
Sendung von Dieter Zilligen
„Exerzierplatz", der neue Roman von Siegfried Lenz, das Werk „Die Züchtigung" von Waltraud Anna Mitgutsch und Kurzporträts der englischen Literaten Dylan Thomas und T. H. White stehen heute im Mittelpunkt der Sendung.
0.00 Tagesschau

ZDF

15.00 heute
15.05 Fenn – Hong Kong Pfui
Das Spiegelkabinett
15.30 Ferienkalender
16.05 Anna und der König von Siam
Der Mönch mit der goldenen Axt
16.30 Flipper
... und der alte Seebär
17.00 heute / Aus den Ländern
17.15 Tele-Illustrierte
17.50 Das Haus am Eaton Place
Die verschwundene Brosche
Dazw. heute-Schlagzeilen
19.00 heute
19.30 Randale
Deutscher Spielfilm (1983)
Mit Angelica Domröse, Jocelyn Boisseau, Eva Kotthaus u. a.
Buch und Regie: Manfred Purzer
21.15 WISO
Spitzensportler gekauft: Werbung setzt auf Sieg / Aus deutschen Netzen frisch auf den Tisch – Brauchen wir eine eigene Fangflotte? / Sinkende Zinsen, teure Kredite – Kassieren die Banken auf Kosten der Verbraucher? / Tips rund ums Geld – Heute: Hypotheken und Aktien
Moderation: Hans-Ulrich Spree
21.45 heute-journal
22.05 Filme von Frauen
Sally und die Freiheit
Schwedischer Spielfilm (1981)
Mit Ewa Fröling, Hans Wigren u. a.
Regie: Gunnel Lindblom
23.45 Nero Wolfe
Der Orchideendieb
0.30 heute

III.

WEST
18.30 Das feuerrote Spielmobil
Wer hat hier 'ne Katze?
19.00 Aktuelle Stunde
Nachrichten und Sport
19.45 Fensterprogramme der Landesstudios

NORD
18.30 Das feuerrote Spielmobil
19.00 Rockpalast
Nazareth
Vor 16 Jahren wurde „Nazareth" im schottischen Dunfermline gegründet. Die Band spielt heute noch in der ursprünglichen Besetzung.

HESSEN
18.30 Das feuerrote Spielmobil
19.00 Jauche und Levkojen (13/14)
Gemeinschaftsprogramm:

WEST / NORD / HESSEN
20.00 Tagesschau
20.15 Wanderungen durch die DDR
Rund um Bautzen
21.00 Rückblende
Das Geheimnis des Traumes
21.15 Mozart (4)
22.40 Reisewege zur Kunst
England (1)
23.25 19. Deutsches Jazzfestival Frankfurt
Städteschwerpunkt Gießen – Köln
0.25 Letzte Nachrichten

SÜDWEST
16.00 Die Fledermaus
Deutscher Spielfilm (1945)
Nur für Baden-Württemberg:
19.00 Abendschau
Nur für Rheinland-Pfalz:
19.00 Abendschau
Nur für das Saarland:
19.00 Saar 3 regional
Gemeinschaftsprogramm:
19.25 Nachrichten
19.30 Die Sprechstunde
Lebensmittelallergie
20.15 Wo ich bin, ist Broadway
Porträt des Operettenregisseurs Fritz Fischer
21.00 Charade
Amerikanischer Spielfilm (1963)
Mit Audrey Hepburn, Gary Grant
22.50 Christliche Kunstwerke in Baden-Württemberg
Die Abtei Reichenau
23.05 Nachrichten

BAYERN
19.00 Jeder Tag birgt ein Geheimnis
Französischer Spielfilm (1958)
20.35 Die schönsten Fabeln der Welt
Der Löwe und die Mücke
20.40 Die Sprechstunde
21.30 Rundschau
21.45 Vom Auf und Ab durch Dick und Dünn
Ein Film über Gewichtsprobleme
22.30 Z. E. N.
22.35 Im Gespräch
Treffpunkt Freimann
23.20 Rundschau

SAT 1

13.30 Solid Gold Hits
14.00 Big Valley
15.00 Black Beauty
15.30 Musicbox
16.30 Marco
17.00 Die Leute von der Shiloh Ranch
Gefahr für Trampas
Trampas ist bei einem Überfall auf die Postkutsche, mit der er unterwegs war, als einziger lebend entkommen ...
18.00 Alle meine Lieben
Unser Traumhaus
Wendy und PJ wollen endlich Ernst machen und sich ein neues Haus kaufen. Eine Immobilienmanagerin hat natürlich sofort ein Traumhaus an der Hand. Wendy und Peter sind nach anfänglichen Zweifeln Feuer und Flamme für das neue Haus.
oder Regionalprogramm
18.30 APF blick:
Nachrichten und Quiz
18.45 Für eine Handvoll Geld
Amerikanischer Spielfilm (1952)
Mit Kirk Douglas, Eve Miller u. a.
Regie: Felix Feist
Jim Fallon ist ein von rücksichtsloser Geldgier getriebener Geschäftsmann. Moral interessiert ihn wenig und noch weniger kümmert es ihn, daß er mit seinen, sich am Rande der Legalität befindlichen Geschäften, einer frommen Siedlersekte die Lebensgrundlage nimmt ...
20.30 Mit Schirm, Charme und Melone
Filmstar Emma Peel
21.30 APF blick:
News, Show, Sport
22.15 Aschenblödel
Amerikanischer Spielfilm (1959)
Mit Jerry Lewis u. a.
Regie: Frank Tashlin
Von seiner bösen Stiefmutter in die Küche verbannt, muß sich Fella als Koch, Kammerdiener und Chauffeur zugleich bewähren, bis ihn eine echte Prinzessin erlöst. Ein *Vergnügen für alle, die an der Blö*delkomik von Jerry Lewis Gefallen finden.
23.40 APF blick:
Letzte Nachrichten

3SAT

18.00 Bilder aus der Schweiz
19.00 heute
19.30 Verlust der Tradition
Die Akademie
Film von Herbert Giese und Marcel Wang
20.30 Alle Hunde lieben Theobald
Heitere Geschichten um einen Hundenarren
Struppi und der kleine Bruder
21.15 Zeit im Bild 2
21.45 Club 2
Anschl. 3SAT-Nachrichten

KRITIK

Unbekümmerte Denkweisen

Daß Kommunisten ihre politischen Positionen wechseln können wie die Hemden, ist seit Jahrzehnten bekannt. Auch die Aufwertung des klassischen Preußen seit In*grid Mittenzweigs* Revision 1978/79 ist Ausdruck dieser unbekümmerten Denk- und Verhaltensweise. Eine Biographie Kaiser Wilhelms I. ist inzwischen erschienen, eine weitere von Ernst Engelberg über „Bismarck. Urpreuße und Reichsgründer" ist für den Herbst angekündigt. Wilhelm II. wird vermutlich der nächste Hohenzoller sein, der im SED-Staat zu Ehren kommt.

Für Peter Merseburger, der unter dem Titel **Luther, Friedrich, Bismarck und Genossen** (ARD) über diese Tendenzen berichtete, schien das alles unbegangenes Gelände zu sein. Er hatte sich eine Reihe von SED-Professoren als Gesprächspartner *vorgenommen*, darunter Ingrid Mittenzweig und Walter Schmidt von der Akademie der Wissenschaften, konfrontierte sie mit den preußenfeindlichen Thesen aus Alexander A. Buschs Buch „Der Irrweg einer Nation" von 1946 und machte sie auf die Widersprüche aufmerksam.

Es gab keine. Die marxistisch-leninistische Geschichtswissenschaft schreitet unbeirrt auf ihrem Weg voran, differenziert nur jetzt stärker als in den fünfziger Jahren.

Ein *„bürgerlicher" Preußenfor*scher allerdings, der das sozialistische „Preußenfieber" analysiert und kommentiert hätte, kam nicht zu Wort. Leider.

JÖRG BERNHARD BILKE

Der Zuschauer als Teilhaber

Es ist wie eine Wohltat: Kein Produkt aus der Legebatterie eines Dauerschreibers und auch keine Dackelfalten der Serienroutine auf dem Schirm, sondern eine aufregende Geschichte eines kompetenten Romanautors (Bill Knox) mit einem versierten Regisseur (Hartmut Griesmeyer) und einer Handvoll gutgelaunter Schauspieler: **Der Fehler des Piloten** (ZDF).

Anfangs scheint die Geschichte aussichtslos zu sein: Spuren kreuzen sich, Handlungsfäden kommen neu ins Bild, das Gespinst der Ereignisse wird einerseits immer wirrer, andererseits bilden sich Knoten und Knäuel, schließlich findet, wer dem Kommissar folgt, Faden um Faden in seinem Gedächtnis deponiert und mit dem Geschehen verknüpft, den Ausweg.

Der Zuschauer ist bei dieser Art Krimi nicht verführt, sich mit einem Faktenbrei zufriedenzugeben, in der Hoffnung, am Ende sage der allwissende Kommissar schon, wie es gelaufen ist. In diesem Krimi findet es der aufmerksame Zuschauer selber. Aber er weiß es dank des gescheiten Buches und der logischen Grammatik der Regie.

Was freilich alles nichts gälte, hätten die Macher nicht eine Crew ans Werk gesetzt, die genau zu wissen schien, wo es langging, womit nicht nur das Drehbuch gemeint ist. Peter Ehrlich, Horst Michael Neutze und eine richtiggehend animierte Profi-Schar ließen den Zuschauer bis zum Schluß nicht aus der stillen Teilhabe.

VALENTIN POLCUCH

Vorkenntnisse erwünscht

Guido Knopps und P. C. Schmidts Feature **Was soll aus Deutschland werden?** (ZDF) war ein locker kompilierter und technisch gut konstruierter Film mit „Wochenschau"-Einblendungen aus den Jahren 1945 und markanten Statements von amerikanischen, britischen und sowjetischen Augenzeugen. Sowohl der damalige Sekretär Churchills als auch der seinerzeitige Sekretär Molotows und manche andere Konferenzteilnehmer kamen ins Bild. Die Konferenz in Potsdam wurde nicht isoliert gesehen, sondern stand im Kontext zu den anderen Kriegskonferenzen von Teheran und Jalta.

Vielleicht hätten nur die Ergebnisse der einzelnen Konferenzen – insbesondere der Potsdamer – noch deutlicher herausgestellt werden können. Unzutreffend war überdies die Behauptung, US-Präsident Harry Truman habe auf die späte Teilnahme der Sowjetunion am Krieg gegen Japan Wert gelegt. Das Gegenteil war der Fall.

GISELHER SCHMIDT



Peru und Vertrauen

K.S. – Die Ankündigung des neuen peruanischen Präsidenten Alan Garcia, in den kommenden zwölf Monaten nur zehn Prozent der Exporterlöse für die Schuldentilgung aufzuwenden, klingt zunächst unüberlegt. Denn gemessen an den Einkünften aus der Ausfuhr 1984 stünden für Zinszahlungen und Tilgungen in diesem Jahr gut 300 Millionen Dollar zur Verfügung. Der fällige Schuldendienst erreicht 1985 aber knapp vier Milliarden Dollar. Daß die Gläubiger den peruanischen Vorstellungen so nicht folgen würden, ist klar. Ihre Reaktion wäre schlicht, keine weiteren Kredite zu vergeben. Ein Land, dessen Zukunft davon abhängt, wie gut es seine Rohstoffschätze nutzt, kann auf Auslandskapital jedoch nicht verzichten. *Das Geld ist nötig,* um die erforderlichen Investitionen zu finanzieren.

Verständlich wären die Worte Garcias erst, wenn sie bewirken sollten, daß die wirtschaftlichen Auflagen den Möglichkeiten des südamerikanischen Landes entsprechen. Denn die Vereinbarungen, die Peru Anfang letzten Jahres mit dem Internationalen Währungsfonds getroffen hatte, waren zu drastisch. Sie konnten nicht durchgesetzt werden gegenüber einer Bevölkerung, in der große Teile täglich mit dem Überleben kämpfen. In so einem Land sollten nicht exakte wirtschaftliche Zieldaten im Vordergrund stehen. Die peruanische Regierung und die Gläubiger sollten sich um ein Konzept bemühen, mit dem Lima gegenüber der Bevölkerung bestehen kann und das im Ausland vertrauen weckt. Folgt dieses Bemühen Garcias Worten, *hätten sie einen Sinn.*

Exempel

hg – Das ist schwer zu begreifen – die Beamten aus dem Bundeskartellamt stochern verbissen in der Kalkulation von Massa herum, obwohl sie immer wieder versichern, daß eine Kontrolle des Verhaltens von Unternehmen nur in Ausnahmefällen sinnvoll ist. Ist Karl-Heinz Kipp mit seinen 26 Verbrauchermärkten eine solche Ausnahme? Eigentlich kaum, denn so groß ist er nun wieder auch nicht. Aber er stört die schöne Harmonie, die Kartellamtschef Kartte mit den führenden deutschen *Lebensmittelhändlern* im vergangenen Oktober hergestellt hatte. Um Nachahmungen zu verhindern, soll nun offenbar ein Exempel statuiert werden. Und deshalb versucht man den Beweis, daß bei Massa „willkürlich" kalkuliert worden ist, wobei die Beamten mit ihrer langjährigen Büroerfahrung natürlich genau wissen, wie es richtig ist. Wenn Kipp es geschickt anstellt, kann das ein längerer Streit um die Grundsätze der Kostenrechnung werden. Und weil es da keine „richtigen" oder „falschen" Methoden gibt, wird am Ende wohl niemand mehr etwas begreifen.

INTERNATIONALES KREDITGESCHÄFT / Studie der Morgan Guaranty Trust

Nur japanische Banken haben ihre Ausleihungen kräftig ausgeweitet

H.-A. SIEBERT, Washington

Die Banken halten sich bei der internationalen Kreditgewährung weiter zurück. Eine Ausnahme machen nur die japanischen Institute, deren Kreditvergabe 1984 um 63 Mrd. Dollar in die Höhe schoß. Zu diesem Schluß kommt die Morgan Guaranty Trust Co. in New York in ihrer Schrift „World Financial Markets". Auf dem Rückzug befinden sich vor allem amerikanische, aber auch deutsche, Schweizer und britische Banken.

Während die Ausleihungen 1983 noch um 23 Prozent stiegen, erhöhten sie sich im vergangenen Jahr nur um sieben Prozent. Die US-Banken reduzierten ihre Forderungen gegenüber dem Ausland um 9,5 Prozent; ohne sie betrug das Plus, das hauptsächlich auf das japanische Konto geht, knappe zehn Prozent. Die Ergebnisse des ersten Quartals deuten auf ein Anhalten dieses Trends hin.

Klar auszumachen sind die Bemühungen der Banken, ihre Konzentration auf Entwicklungsländer aufzulockern und das Verhältnis dieser Ausleihungen zum Kapital zu verringern. Nach 6,5 Prozent 1983 wuchs die Kreditvergabe 1984 lediglich um zwei Prozent, wobei die US-Banken ihre ausstehenden Gelder um nahezu drei Prozent reduzierten. Laut Morgan Guaranty Trust gibt es keine Beweise dafür, daß freiwillige Ausleihungen in Staaten, die von der Schuldenkrise geschüttelt wurden, seit 1982 netto gestiegen sind.

Aber die Kreditgeschäfte mit Industrieländern fielen auch nicht gerade üppig aus. Sie beschleunigten sich etwas Anfang 1984, jedoch vor allem durch Interbank-Aktivitäten. Die Masse dieser Ausleihungen reflektierte den hohen Kreditbedarf der USA, wobei die geringeren Finanzierungskosten auf dem Eurodollar-Markt als *Motor dienten. Nach Ansicht* der Morgen Guaranty Trust wird sich auch dieser Trend nicht ändern, zumal da die Möglichkeiten zur Kreditaufnahme in anderen Industrienationen begrenzt bleiben.

Brutto nahmen die internationalen Ausleihungen der Banken 1984 um 7,2 Prozent oder 190 auf 2749 Mrd. Dollar zu, verglichen mit 170 Mrd. Dollar oder 6,8 Prozent 1983. Aber sie lagen weit unter dem Niveau 1981 und 1982, als die Steigerung 430 (22,7) und 290 Mrd. Dollar (12,8 Prozent) ausmachte. Ende letzten Jahres entfielen 2176 Mrd. Dollar der ausstehenden Forderungen auf ausländische und 573 Mrd. Dollar auf einheimische Kreditnehmer.

Welche Bremswirkung die negative Ausleihpolitik der US-Banken gehabt hat, zeigen diese Zahlen: Nach dem Auslaufen neuer Kredite 1983 schrumpften ihre Forderungen 1984 um 9,5 Prozent oder 34 auf 323 Mrd. Dollar. Ohne sie zog die Summe der ausstehenden Mittel um 9,8 Prozent oder 224 auf 2426 Mrd. Dollar an. Die Forderungen der US-Banken im internationalen Kreditgeschäft sind 1984 um 2,6 Prozent oder 16,5 auf 614,5 Mrd. Dollar gesunken. Die deutschen schrumpften um 1,3 Prozent oder 1,8 auf 142,1 Mrd. Dollar, die Schweizer um zwei Prozent oder 1,5 auf 75,3 Mrd. Dollar, die holländischen um zehn Prozent oder 6,2 auf 56,1 Mrd. Dollar, die britischen um 5,6 Prozent oder 9,5 auf 161,4 Mrd. Dollar und die kanadischen um 0,4 Prozent oder 0,4 auf 88,9 Mrd. Dollar.

Außer den japanischen Instituten, deren Forderungen um 14 Prozent oder 63 auf 513,7 Mrd. Dollar wuchsen, betrieben nur wenige andere Länder eine expansive Kreditpolitik. So erhöhten französische Banken ihre ausstehenden Forderungen bis Ende 1984 um 3,6 Prozent oder 6,8 auf 197,1 Mrd. Dollar, italienische um 10,1 Prozent oder 8,1 auf 88,2 Mrd. Dollar und belgische um ein Prozent oder 0,4 auf 38,5 Mrd. Dollar.

Insgesamt addierten sich Ende 1984 die ausstehenden Forderungen der Banken gegenüber den Entwicklungsländern auf 434,9 (plus 8,5) Mrd. Dollar, wovon 129,8 (minus 3,9) Mrd. Dollar auf amerikanische Institute entfielen. Gegenüber Lateinamerika nahmen sie um 1,6 auf 242,6 Mrd. Dollar zu, wobei US-Banken ihr Portefeuille um 2,1 auf 86,2 Mrd. Dollar erhöhten, die anderen aber ihre Ausleihungen um 0,5 auf 156,4 Mrd. Dollar abbauten.

SÜDAFRIKA

Ausländische Anleger zieht es nach Sydney und Toronto

rtr. London

Die anhaltenden Unruhen in Südafrika haben die meisten ausländischen Anleger verunsichert. Sie schichten nun zunehmend ihre Gelder aus Südafrika in andere Finanzzentren um und bevorzugen dabei nach Angaben aus Londoner Börsenkreisen Plätze mit Investitionsmöglichkeiten in Goldwerten. So erleben zur Zeit vor allem die kanadischen und die australischen Märkte einen ungewöhnlich starken Zufluß von Auslandskapital.

Als Grund für solche Umschichtungen wird neben Befürchtungen über den Zusammenbruch der politischen Stabilität in Südafrika das Investitionsverbot Frankreichs genannt. Dies sei nicht zuletzt für die jüngsten Rekordkurse der Goldminenaktien in Australien verantwortlich, hieß es.

Vor allem amerikanische und europäische Anleger ziehen den Experten zufolge ihre Mittel aus Südafrika zurück. Und ein Ende dieser Bewegung sei nicht abzusehen.

Den Kapitalabfluß aus Südafrika spiegelten am besten die Umsatzzahlen der Johannesburger Börse wider. „Was am Anfang wie ein mäßiger Strom aussah, ist eine Flut. Das Geschäftsvolumen stieg von 3,5 Millionen Aktien Anfang der Woche auf jeweils über fünf Millionen am Donnerstag und Freitag", sagte ein Analyst des Londoner Brokerhauses James Capel and Co.

Seit Verhängung des Ausnahmezustands fiel der Goldminenindex um ein Achtel, der allgemeine Index um rund zehn Prozent. Allerdings war der allgemeine Index seit dem Jahrestief Anfang März bis zum 16. Juli um ein Drittel gestiegen.

Auch der Devisenmarkt konnte sich den Auswirkungen der Unruhen nicht entziehen. Der Rand steht unter starkem Verkaufsdruck. Er wurde am Freitag in Johannesburg mit 49 US-Cents um mehr als einen Cent niedriger als am Donnerstag notiert. „Die Schwäche des Rand hängt auch mit massiven Aktienverkäufen von Nicht-Südafrikanern zusammen, die nach der Abwicklung der Transaktion den Rand in andere Währungen umtauschen", sagte ein Londoner Devisenmarktexperte dazu.

Der Kapitalabfluß aus Südafrika half nach Angaben eines Londoner Börsenexperten am stärksten den australischen Börsen. Der wachsende Kapitalzufluß habe dabei auch die heimischen Investoren inspiriert. Der All Ordinaries Index in Sydney erreichte am Donnerstag mit 941,3 einen neuen Höchststand.

Kanada, der drittgrößte Goldproduzent der Welt hinter Südafrika und der Sowjetunion, profitierte auch vom schwindenden Vertrauen der Anleger in Südafrika. Der Goldminenindex an der Börse von Toronto erreichte in der vergangenen Woche mit den höchsten Stand seit Juni 1984, obwohl der Goldpreis mit zwischen 316 und 322 Dollar nach wie vor auf einem niedrigen Niveau liegt.

„Billig-Flaggen" ahoi

Von JAN BRECH

Ein für die internationale Schiffahrt zentrales Problem steht kurz vor der Lösung. In Genf haben sich jetzt die Mitglieder der UN-Organisation für Handel und Entwicklung (Unctad) im Prinzip über die künftige Gestaltung der offenen Register geeinigt. In einer letzten Runde Anfang 1986 soll das neue Abkommen unterschriftsreif gemacht werden.

Damit geht ein sieben Jahre währendes Ringen zu Ende, das die internationale Schiffahrt in ihrem Nerv trifft. Im Mittelpunkt stehen die „Billigflaggen", unter denen immerhin ein gutes Drittel der gesamten Welttonnage fährt. Das Einbringen ganzer Flottenteile in offene Register gehört seit Jahren zu den wesentlichen Elementen westlicher Schiffahrtspolitik. Die unter fremden Flaggen fahrenden Schiffe unterliegen den Bestimmungen jener Staaten, in denen sie registriert sind, ohne daß der Sitz der Reederei in dieses Land verlegt werden muß. Da die Bestimmungen, die Staaten wie Panama, Liberia oder Singapur für die Registrierung vorschreiben, sehr flexibel gestaltet sind, ermöglichen sie den Reedereien erhebliche Kosteneinsparungen.

Diese aus Sicht der traditionellen Schiffahrtsnationen bestehenden Vorteile stehen seit Jahren von zwei Seiten unter Beschuß. Einmal sehen die Gewerkschaften in der Ausflaggung einen Prozeß, der heimische Arbeitsplätze kostet und Wettbewerb zu Lasten der Sicherheit fördert. Auf der anderen Seite haben die Entwicklungsländer die offenen Register als Hindernisgrund für den Aufbau einer eigenen Flotte ausgemacht.

Nicht nur moralisch vom Sekretariat der Unctad gestützt, brachten die Entwicklungsländer in die erste Verhandlungsrunde denn auch Vorstellungen ein, die das Ende der offenen Register bedeutet hätten. Sie forderten für die Registrierung eine wirtschaftlich enge Verbindung von Schiff und Land, und zwar auf drei Ebenen: maßgebliche nationale Beteiligung an Eigentum und Management der Reederei sowie an der Besatzung der Schiffe.

Der in Genf erzielte Kompromiß ist von diesen Maximalforderungen weit entfernt. Während der langwierigen Verhandlungen haben die Entwicklungsländer auf der einen Seite eingesehen, daß kaum einer ihrer Staaten überhaupt in der Lage wäre, die selbstgestellte Forderung materiell zu erfüllen. Zum anderen hat offenbar die festgeschlossene Phalanx der westlichen Schiffahrtsnationen Wirkung gezeigt, in der sich nach anfänglichem Zögern auch die USA mit der größten Fremdflaggen-Flotte der Welt eingereiht haben.

Herausgekommen ist in Genf nun eine Konvention, die für alle Beteiligten ein fast unverändert hohes Maß von Beweglichkeit erhält. Zwar wird festgelegt, daß der Flaggenstaat am Management einer Reederei beteiligt werden muß und daß ihm wahlweise eine Beteiligung am Eigentum oder an der Besatzung eingeräumt wird. Diese Bestimmungen sind jedoch so weich formuliert, daß hinreichend Spielraum für die Ausgestaltung der nötigen Gesetze bleibt.

Mit der Konvention können alle Beteiligten leben. Die Entwicklungsländer erhalten die Möglichkeit einer stärkeren Beteiligung an der internationalen Schiffahrt, den Reedern bleibt der Spielraum, ihre Schiffe unter kostengünstigere Flaggen zu bringen. Verlierer sind allenfalls die Gewerkschaften. Die Schiffahrt hat nun auch international das Recht festgezurrt, Mannschaften mit Seeleuten aus Niedriglohnländern aufzufüllen.

Verlierer sind aber auch die, die gehofft hatten, mit einer neuen Konvention für Billigflaggen die „Seelenverkäufer" von den Weltmeeren zu verbannen. Die Aufweichung der harten Positionen der Entwicklungsländer haben die traditionellen Schiffahrtsnationen nur um den Preis erreicht, daß die generelle Festschreibung internationaler Standards im Sicherheits- und Sozialbereich in den Text keinen Eingang gefunden hat. Alte „Pötte" mit einer exotischen Flagge am Heck, die eine ständige Gefahr für Küstenanrainer darstellen, wird es auch künftig geben.

Tröstlich zu wissen, daß die neue Konvention wenigstens Fortschritte darin bringt, daß Eigentümer und Verantwortliche solcher Havariekandidaten schneller ausfindig gemacht werden können. Künftig müssen Reedereien im Flaggenstaat mit mindestens einem Vertreter präsentiert sein, der die juristischen und finanziellen Verpflichtungen des Schiffseigentümers übernimmt und für den Flaggenstaat jederzeit greifbar ist.

AUF EIN WORT

„Niemand hat ein Mittel gegen die Arbeitslosigkeit, diese Krebskrankheit. Wer einen schnellen Abbau verspricht, der lügt."

Laurent Fabius, französischer Premierminister. FOTO: MAOUS/STUDIO X

Hypothekenzinsen sinken weiter

dpa/VWD, Wiesbaden

Der Druck auf die Zinsen hält weiterhin an. Die Deutsche Pfandbriefanstalt, Wiesbaden, das größte deutsche Hypothekeninstitut, teilte gestern mit, daß sie ihre Zinsen dem Trend am Kapitalmarkt anpaßt. Sie senkt mit sofortiger Wirkung ihre Konditionen um bis zu 0,35 Prozent und damit auf ein Niveau, das zuletzt vor ungefähr sieben Jahren erreicht worden war. Bei Hypotheken mit zehnjähriger Zinsbindung verlangt die Deutsche Pfandbriefanstalt bei 100prozentiger Auszahlung jetzt 7,7 Prozent an Zinsen, während sie bisher 7,8 Prozent genommen hatte. Über eine fünfjährige Laufzeit werden nun 7,25 anstatt zuvor 7,5 Prozent Zinsen bei 100 Prozent Auszahlung in Rechnung gestellt. Andere Hypothekenbanken hatten ihre Konditionen bereits zuvor auf diese Sätze zurückgenommen.

BUNDESKARTELLAMT

Massa bestreitet Verkäufe unter dem Einkaufspreis

dpa/VWD, Berlin

Die Schritte des Bundeskartellamts in Berlin gegen die Massa GmbH, Alzey, sind zunächst vertagt. Das Kartellamt hatte die Gesellschaft in der vergangenen Woche aufgefordert, die in letzter Zeit ständig durchgeführten Verkäufe unter Einkaufspreis von Lebens-, Wasch- und Körperpflegemitteln sofort zu unterlassen und für den Fall der Fortführung der Untereinstandspreis-Verkäufe eine einstweilige Anordnung angedroht.

Massa-Inhaber Karl-Heinz Kipp habe am 26. Juli in einem Gespräch im Kartellamt den Vorwurf des systematischen und flächendeckenden Verkaufs unter Einstandspreis bestritten und Unterlagen vorgelegt, die die Vorwürfe widerlegen sollen, teilte das Amt am Montag mit. Massa sei damit der Forderung des Kartellamtes nachgekommen, bis zum Montag entweder die Verkäufe unter Einkaufspreis einzustellen oder Unterlagen vorzulegen, die diese Vorwürfe entkräften.

Die Angaben von Massa stimmen nach Mitteilung des Kartellamtes nicht mit den Beschwerden der Handelsverbände und den Informationen von Lieferanten überein. Das Bundeskartellamt werde diesen Widerspruch aufklären und dann über den Erlaß einer einstweiligen Anordnung gegen die Firma entscheiden.

Massa-Chef Kipp hatte bereits in der vergangenen Woche erklärt, das gesamte Werbeangebot liege nicht unter Einstandspreis. Vielmehr handele es sich um eine Mischkalkulation sowie die Weitergabe sämtlicher Rabatte, auch der Jahresvergütungen für den Bezug einzelner Waren.

GEMEINDEBUND

Wunsch nach Solidarbeitrag für Sanierung von Altlasten

HEINZ HECK, Bonn

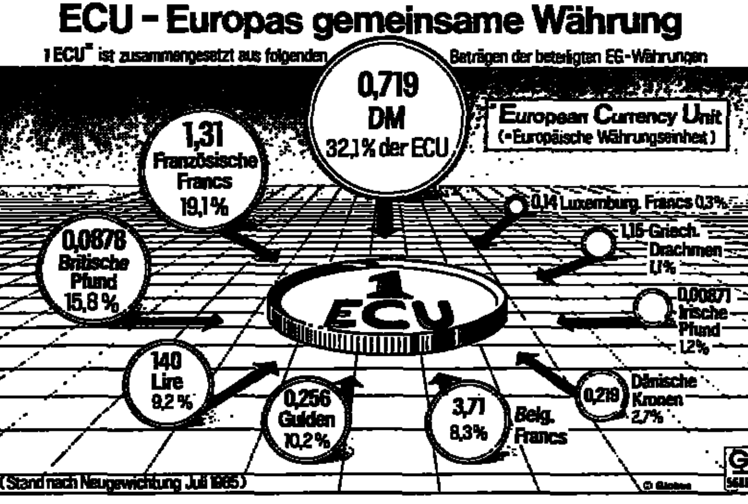
Der Deutsche Städte- und Gemeindebund hat die Industrie aufgefordert, einen Solidarbeitrag für die Sanierung von Altlasten einzurichten. Außerdem sollten sich Bund und Länder, wie Präsident Theo Magin gestern vor Journalisten erklärte, an den Sanierungskosten beteiligen. Der Verband kreisangehöriger Gemeinden unterstützt das Verursacherprinzip; doch sollte die Sanierung aus den Solidarbeiträgen finanziert werden, wenn der Verursacher nicht mehr zu ermitteln ist.

Die Finanzlage der Gemeinden wird zwar für 1984 positiv beurteilt: Dank der „beispielhaften Konsolidierung" seien diese ohne „nennenswerte Neuverschuldung" ausgekommen. 1985 würden jedoch erstmals die Ausgaben wieder stärker steigen als die Einnahmen. Als Folge der steuerlichen Entlastungen rechnen die Kommunen für 1986 nicht mehr, wie noch in der Schätzung vom Juni, mit einer Zunahme der Steuereinnahmen um 6,3 Prozent oder 3,8 *Milliarden* Mark, sondern nur um 2,2 Prozent oder 1,3 Milliarden Mark.

In dieser Rechnung sind die Mindereinnahmen aus dem Steuersenkungsgesetz 1986/88 sowie die Kabinettsbeschlüsse über die Belebung der Bauwirtschaft (verkürzte Abschreibungsfristen) enthalten. Die Gemeinden könnten 1986 wieder zu einer stärkeren Neuverschuldung gezwungen sein.

Bereits im ersten Quartal 1985 habe die Verschuldung etwa 700 Millionen Mark betragen. Während die Sozialleistungen um zehn und die Personal- und Sachausgaben um über fünf Prozent zunähmen, sei bei den Steuereinnahmen nur ein leichtes Plus von knapp zwei Prozent zu verzeichnen.

WIRTSCHAFTS JOURNAL



Europas Währung ist der Ecu (European Currency Unit). Allerdings existiert sie nicht als Münze oder Banknote, sondern wird als Rechengröße *zwischen den EG-Ländern verwandt, als Meßinstrument für die Kursentwicklung* der beteiligten Währungen und zunehmend auch als Anleihewährung. Der Wert eines Ecu ergibt sich aus den aufaddierten Beträgen, mit denen die nationalen Währungen in den Währungskorb eingehen. Gegenwärtig entspricht ein Ecu 2,24 Mark. QUELLE: GLOBUS

Großbanken senken nochmals Basiszinsen

London (dpa/VWD) – Die britischen Großbanken haben gestern ihre Basiszinsen weiter gesenkt. Nachdem die Bank von England am Freitag die Geldmarktzinsen um ein halbes Prozent reduziert hatte, folgten die Barclays Bank, National Westminister Bank und Lloyds Bank jetzt mit einer halbprozentigen Senkung ihrer Basiszinsen auf 11,5 Prozent. Der britische Industriellen-Verband (CBI) hatte seit Wochen niedrigere Zinsen gefordert, weil er durch den hohen Kurs des britischen Pfundes die Wettbewerbsfähigkeit der Wirtschaft in Gefahr sieht. Unmittelbar nach der Zinssenkung begann sich das Pfund in London gestern morgen gegenüber der D-Mark abzuschwächen, blieb jedoch deutlich über vier DM.

Kredite umgeschuldet

Berlin (dpa/VWD) – Bereits jeder dritte neue Verbraucherkredit in der Bundesrepublik wird abgeschlossen, um einen oder mehrere alte Darlehen *umzuschulden. Wie die Stiftung* Warentest in Berlin weiter betont, ist es „nicht die Lust zum Geldausgeben, sondern drängende Not, die viele Verbraucher bei sinkendem Realeinkommen immer tiefer in die Ver*schuldung treibt". Nicht selten* kämen dazu „überhöhte Zinsen aus sittenwidrigen Altverträgen und vorsätzlich falsche Ratschläge von gewissenlosen Kreditvermittlern", heißt es in der August-Ausgabe der Verbraucherzeitschrift „test".

Größter Kohle-Abnehmer

Bonn (HH) – Die Elektrizitätswirtschaft kaufte 1984 mit 40,8 Mill. Tonnen im Wert von fast 11 Mrd. DM mehr als die Hälfte der deutschen Steinkohleförderung. Öffentliche Stromversorgung und industrielle Kraftwirtschaft haben sich nach Angaben der Vereinigung Deutscher *Elektrizitätswerke (VDEW) seit* Ende der fünfziger Jahre zum größten Kunden der deutschen Steinkohlezechen entwickelt. 1970 habe der Anteil 31 Prozent betragen.

Mehr Topfpflanzen

Bielefeld (hdt.) – Die deutschen Hausfrauen, nach wie vor wichtigste Käufer auf den Blumenmärkten, gehen mit ihrem Haushaltsgeld sparsamer um. Nur noch knapp 90 DM pro Kopf wurden 1984 für Blumen ausgegeben und somit drei Prozent weniger als im Vorjahr. Überproportional sank die Nachfrage nach Schnittblumen. Mehr und mehr werden dagegen Topfpflanzen und vor allem Beet- und Balkonpflanzen gekauft, deren mengenmäßiger Absatz 1984 um 10 Prozent zunahm.

Entwicklungs-Hilfe

Bonn (HH) – Die Verpflichtungsermächtigungen für Neuzusagen in der Entwicklungshilfe gehen im Haushaltsentwurf 1986 gegenüber dem Haushalt 1985 von rund 7,4 auf 5,1 Mrd. DM zurück. Dabei werden die Ansätze für bilaterale Kapital- und technische Hilfe sogar noch von 2,55 auf 2,75 Mrd. (7,8 Prozent) und von 950 Mill. auf 1,05 Mrd. (10,5 Prozent) heraufgesetzt. Hauptursache für den starken Rückgang ist der Umstand, daß Verpflichtungsermächtigungen an die Weltbanktochter IDA nur im Drei-Jahres-Rhythmus anfallen und 1985 mit knapp 2,7 Mrd. DM ausgewiesen werden.

„Nur geringe Einbußen"

Bonn (HH) – Einkommenseinbußen für die deutschen Getreideerzeuger können mit dem Ergebnis der Brüsseler Verhandlungen nach den *Worten von Ernährungsminister* Kiechle (CSU) „weitgehend vermieden werden". Bei Verwirklichung der ursprünglichen Getreidepreisvorschläge der Brüsseler Kommission wären sie dagegen „in einer Höhe von insgesamt 6,5 Prozent *eingetreten*". Kiechle warnte gestern davor, „in Kenntnis der differenzierten und komplexen Marktvorgänge unnötige und schädliche Unruhe in den Markt zu bringen", der ein neues Preisniveau suche.

Start in neue Mode-Saison

Düsseldorf (Py.) – Mit den Collections Premieren Düsseldorf startet vom 4. bis 6. August 1985 die Igedo – Düsseldorfer Modemesse die neue Mode- und Ordersaison 1986. Rund 1300 Modehersteller aus 17 Ländern werden Frühprogramme und Trendkollektionen für Frühjahr/Sommer 1986 präsentieren. Ausstellerzahl und vermietete Flächen auf dem Düsseldorfer Messegelände haben sich weiter erhöht: 804 (im Vorjahr: 768) Firmen zeigen auf 68 700 (60 000) Quadratmetern ihr Angebot.

PERU

Chancen für Umschuldung haben sich verschlechtert

K. S. Bonn

Peru sagt den Gläubigern seiner rund 14 Mrd. Dollar Auslandsverbindlichkeiten offenbar den Kampf an. In den kommenden zwölf Monaten sollen nur zehn Prozent der Exporterlöse – 3,1 Mrd. Dollar 1984 – für die Schuldentilgung verwandt werden, kündigte die neue Regierung am Wochendende an. Deutsche Banken zeigen sich dennoch nicht bestürzt. Zum einen ist ihr Engagement mit 173 Mill. Dollar relativ niedrig. Zum anderen warten sie zunächst ab, was sich wirklich hinter den Worten Präsident Alan Garcia verbirgt. Denn, meint ein deutscher Banker, er könne sich nicht vorstellen, daß Garcia auf Kollisionskurs gehe. Konsequenz wäre doch, daß die internationalen Geschäftsbanken weitere Kredite verweigerten.

Wahrscheinlich ist daher, daß Peru versucht, seine Verhandlungsposition gegenüber den Gläubigern zu stärken. Denn das südamerikanische Land müßte in diesem Jahr eigentlich knapp 2,9 Milliarden Dollar für Tilgungen und 1,1 Milliarden Dollar für Zinszahlungen aufbringen. Von diesem Gesamtbetrag würde Peru gern etwa 2,6 Milliarden Dollar umschulden. Die letzten Gespräche mit den Banken hatten sich jedoch nur um 1,55 *Milliarden* Dollar gedreht.

Ohnehin wurden die Verhandlungen mit den Gläubigern unterbrochen, nachdem Peru die wirtschaftlichen Auflagen des Internationalen Währungsfonds nicht erfüllt hatte. Es war nicht die erste Unstimmigkeit. Auch kurz nach der Umschuldung 1983 wich Peru von dem Anpassungsprogramm ab. Entsprechend wurden nur knapp die Hälfte der zugesagten Neukrediten ausgezahlt.

ENERGIE-POLITIK / Eine Umfrage der Kommission in den EG-Ländern

Für umweltverträgliche Kernkraft

WILHELM HADLER, Brüssel

Mehr als zwei Drittel der Verbraucher in der EG sind der Meinung, daß noch immer viel Energie verschwendet wird; nur einer von vieren räumt jedoch ein, daß er selbst mehr einsparen könnte. Dies zeigt eine Umfrage der Brüsseler Kommission in den zehn Mitgliedsländern.

Seit 1982 haben sich danach die Bemühungen um Einsparungen im Energiebereich eher verringert. Auf die Frage, ob sie selbst in den letzten Jahren *Maßnahmen zur besseren Isolierung ihrer Häuser getroffen hätten,* antworteten zum Beispiel 1984 ebenso wie 1982 rund 44 Prozent der befragten 9900 Personen positiv. Die Heizung geringer aufgedreht hatten 1982 noch 55, dagegen 1984 nur noch 47 Prozent. Angaben über einen geringeren Benzinverbrauch machten 48, statt zwei Jahre zuvor 53 Prozent der Befragten.

Die Bereitschaft, künftig mehr zur Energie-Einsparung zu tun, steigt mit der Erfahrung früherer Anstrengungen auf diesem Gebiet: So hielten 74 Prozent der Befragten, die schon in der Vergangenheit Einsparungen vorgenommen hatten, weitere Maßnahmen für möglich. Von denen, die es bislang noch nicht versucht haben, dagegen nur 53 Prozent.

Bezeichnend ist ferner, daß die Notwendigkeit zur Energie-Einsparung nur von etwas mehr als zehn Prozent der Europäer als die wichtig*ste Lehre aus den Energieversor*gungsproblemen gezogen wird. Die Kommission schließt daraus, daß eine bessere Verbraucheraufklärung über die Möglichkeiten der Eindämmung des Energieverbrauchs unumgänglich sei.

Mehr als die Hälfte der EG-Europäer sind der Meinung, daß die Energieprobleme praktisch auch in zehn Jahren noch so schwerwiegend sein werden, wie sie es heute einschätzen. Dabei bestehen allerdings spürbare Unterschiede zwischen den einzelnen Mitgliedsländern. Am pessimistischsten äußerten sich die Italiener, am wenigsten besorgt die Niederländer und die Dänen. Mehr als zwei Drittel der Befragten befürworteten eine gemeinschaftliche Energiepolitik, während einer von fünf einen nationalen Alleingang vorziehen würde.

Die Bundesbürger unterschieden sich vor allem durch ihr stark entwickeltes Umweltbewußtsein von den übrigen Europäern. Einerseits berichteten sie am meisten von allen Befragten über Energie-Einsparungen im Haushalt, andererseits gaben sie stärker als die meisten anderen der Atomenergie unter dem Gesichtspunkt der Umweltverträglichkeit den Vorzug vor festen Brennstoffen. Dagegen wird von den Franzosen die Kernenergie vornehmlich aus wirtschaftlichen Gründen befürwortet.

MOTOREN-WERKE MANNHEIM / Kapitalschnitt

Bessere Zeiten erwartet

dpa/VWD, Mannheim

Die Motoren-Werke Mannheim AG (MWM), Mannheim, sieht nach schweren Zeiten, die 1984 in einem drastischen Umsatz- und Ertragseinbruch gipfelten, wieder zuversichtlicher in die Zukunft. Durch die Kooperation mit dem „Wunschpartner" *Klöckner-Humboldt-Deutz* AG (KHD), Köln, sowie interne Maßnahmen sei, wie Vorstandsmitglied Wilfried Kaiser sagte, die Basis für eine positive Entwicklung des Unternehmens geschaffen worden. Bei einem Umsatzzuwachs von zehn Prozent – im ersten Halbjahr bereits plus 25 Prozent – werde MWM bereits 1985 ein erheblich besseres, wenn auch noch knapp negatives Ergebnis erzielen und 1986 wieder *schwarze Zahlen* schreiben.

Im Zuge der vom Bundeskartellamt genehmigten Kooperation mit KHD, die von der Münchener Knorr-Bremse-Gruppe 75 Prozent der MWM-Anteile übernahm, wird das Geschäft mit luftgekühlten Dieselmotoren beim Weltmarktführer KHD und mit wassergekühlten Motoren bei MWM konzentriert. Gleichzeitig wird die Zahl der Produktionsstandorte auf zwei (Köln und Mannheim) halbiert.

Vorgesehen ist die Schließung des Südbremse-Werkes München, in dem bisher mit 300 Beschäftigten MWM-Motoren produziert wurden. Ferner soll mittelfristig die Fertigung von wassergekühlten Mittel- und Großmotoren des KHD-Werkes Voerde nach Köln verlegt werden. Unter MWM-Regie werden dann wassergekühlte Motoren in Mannheim und Köln produziert werden. Durch die Zusammenlegung werden erhebliche Rationalisierungseffekte erwartet.

MWM mußte *1984*, wie der Vorstand unterstrich, einen empfindlichen Umsatzeinbruch um 21 Prozent auf 431,2 Mill. DM hinnehmen, der vom Export (minus 30 Prozent) ausging. Sein Anteil sank auf 56 (62) Prozent. Bei noch einigermaßen befriedigendem Geschäft mit Einbaumotoren fielen bei Großmotoren und Aggregaten in den Opec-Ländern ganze Märkte (Iran) aus. Die Zahl der Beschäftigten werde bis Ende 1985 auf rund 2300 Mitarbeiter (minus 400 seit 1983) verringert. Ein weiterer Abbau sei zunächst nicht geplant.

MWM schloß mit einem Jahresfehlbetrag von 25 (7) Mill. DM. Der Bilanzverlust von 39,9 (14,9) Mill. DM soll, wie berichtet, durch einen Kapitalschnitt von 50 Mill. auf 10 Mill. DM mit anschließender Wiederaufstokckung des Grundkapitals auf 40 Mill. DM gedeckt werden. Inwieweit sich die Knorr-Gruppe, die neben wenigen freien Aktionären noch knapp 24 Prozent des MWM-Kapitals hält, an der Mittelzuführung beteiligen wird, ist nicht bekannt. Knorr-Bremse hat 1984 im Zuge der Neuordnung die MWM-Brasilien-Beteiligung ganz übernommen, so daß MWM Auslandstöchter nur noch in den USA und Spanien besitzt.

DRESDNER BANK / Vom starken Anstieg der Ausrüstungsinvestitionen profitiert

Betriebsergebnis erreicht Spitzenwert

JOACHIM WEBER, Frankfurt

Die Dresdner Bank AG, Frankfurt, hat von der konjunkturellen Belebung profitiert, die nach der Abschwächung zu Jahresbeginn wieder in Gang gekommen ist. Das Gesamtbetriebsergebnis der Bank habe im ersten Halbjahr beträchtlich zugenommen und damit einen neuen Spitzenwert erreicht, heißt es im Zwischenbericht des Unternehmens.

Dazu haben insbesondere die Eigenhandelsgewinne beigetragen, die vor allem im Wertpapiergeschäft das Vorjahresniveau „wesentlich" übertrafen. Aber auch die Erträge aus dem Devisen- und Edelmetallhandel lagen über den Vorjahreswerten, so der Vorstand.

Auch im ausgewiesenen Teil des Geschäfts gelang es, die hohen Vorjahreswerte noch einmal zu übertreffen. Der Zinsüberschuß stieg um gut 2 Prozent auf 1,23 (1,2) Mrd. DM, wobei der leichte Rückgang der Zinsspanne durch die Ausweitung des durchschnittlichen Geschäftsvolumens um gut 7 Prozent mehr als kompensiert wurde. Beim Provisionsüberschuß sorgten speziell die Erträge aus dem Wertpapier- und Emissionsgeschäft für eine Erhöhung um 7 Prozent auf 455 (425) Mill. DM.

Nach Abzug der um 4 Prozent auf 1,28 (1,23) Mrd. DM gestiegenen Betriebsaufwendungen verblieb ein Teilbetriebsergebnis, das mit 403 (398) Mill. DM um 1,3 Prozent über dem bereits hohen Vorjahresniveau lag. Auch das Konzern-Betriebsergebnis habe sich günstig entwickelt, teilt die Bank mit. Steigerungen des Zinsüberschusses um 3 Prozent und des Provisionsüberschusses um 9 Prozent stand hier eine Erhöhung des Betriebsaufwands um 6 Prozent gegenüber. Die Handelsgewinne nahmen „deutlich" zu.

Nach einem Rückgang zu Jahresbeginn haben die Kundenkredite der Dresdner Bank seit Februar wieder zugenommen. *Im Laufe des Halbjahres* stiegen sie um 2 Prozent auf 50,4 (49,4) Mrd. DM, der Stand zur Vorjahresmitte wurde sogar um 8 Prozent übertroffen. Deutlich erhöht hat sich dabei – nicht zuletzt eine *Folge* des „kräftigen Aufwinds" bei den Ausrüstungsinvestitionen – das Geschäft mit der Firmenkundschaft. Aber auch die Kredite an private Kunden nahmen weiter zu.

Gefragt waren vor allem kurz- und mittelfristige Kredite: Gegenüber der Jahresmitte 1984 wurde hier ein Zuwachs von 10 Prozent erreicht – im langfristigen Geschäft lag das Plus „nur" bei 5 Prozent. Refinanziert wurde vor allem über Kredite von anderen Instituten, die zur Jahresmitte um 24 Prozent auf 28 (22,5) Mrd. DM – vor allem im kurzfristigen Bereich – gestiegen waren, *inzwischen* aber wieder „deutlich abgebaut" wurden.

Weiterhin lebhaft verlief das Devisengeschäft. Bei anhaltend kräftigen Kursbewegungen fand – neben Kassa- und Termingeschäften – die Kurssicherung über Devisen-Optionen steigendes Interesse.

Hypothekengeschäft kräftig belebt

dpa/VWD, Köln

Bei der Deutschen Centralbodenkredit-AG, Köln, ist das Hypothekengeschäft im 1. Halbjahr 1985 trotz Bauflaute um 45 Prozent auf 775 Mill. DM gewachsen. Einschließlich 848 Mill. DM Kommunaldarlehen (minus 5,5 Prozent) stellten sich die gesamten Neuzusagen des Instituts auf 1,6 Mrd. DM (plus 13,3 Prozent). Der Überschuß im Darlehensgeschäft habe mit 92,5 Millionen DM um 9,6 Prozent über dem des 1. Halbjahres 1984 gelegen. Aufgrund der bisherigen Ertragsentwicklung rechnet Centralboden wieder mit einer „befriedigenden" Ausschüttung. Für 1984 war unverändert eine Dividende von 12 DM gezahlt worden.

Mineralölanteil geht weiter zurück

HH. Bonn

Der Mineralölanteil am Primärenergieverbrauch in der Bundesrepublik ist im ersten Halbjahr 1985 auf 40,0 Prozent zurückgegangen. Anfang der siebziger Jahre hatte er über 50 Prozent betragen und ist seit der ersten Ölpreisexplosion 1973/74 kontinuierlich zurückgegangen. Im Vergleich zum entsprechenden Vorjahreszeitraum mußten nach Angaben der Arbeitsgemeinschaft Energiebilanzen auch Stein- und Braunkohle sowie Erdgas geringfügige Positionsverschlechterungen hinnehmen. Der große Gewinner war die Kernenergie, deren Anteil gegenüber dem ersten Halbjahr 1984 von 7,4 auf 10,4 Prozent emporschnellte.

Vereinigte Schmirgel erhöht Kapital

w. k. Hannover

Die Vereinigte Schmirgel- und Maschinenfabriken AG, Hannover, will das Aktienkapital um 1,375 Mill. auf 4,125 Mill. DM erhöhen. Dies schlägt die Verwaltung der Hauptversammlung am 29. August vor. Zum Bezug angeboten werden die jungen Stammaktien mit Gewinnberechtigung ab 1. Juli 1985 im Verhältnis zwei zu eins zum Kurs von 92,50 DM. Für 1984 soll außer der Vorjahresdividende von 6 Prozent auf 82 500 DM Vorzugsaktien und 16 Prozent auf 2,67 Mill. DM Stammaktien als Finanzierungsbeitrag für die Kapitalerhöhung eine Zusatzdividende von 48 Prozent auf Vorzugs- und Stammaktien gezahlt werden.

SINGAPUR / Erste Station der Bangemann-Reise

Höchste Arbeitsproduktivität

H.-JÜRGEN MAHNKE, Singapur

Die Computerfirma Nixdorf baut gegenwärtig ihre nach Paderborn und Berlin weltweit drittgrößte Fertigungsstätte in Singapur, die Ende nächsten Jahres in Betrieb gehen soll. Geplantes Investitionsvolumen: 50 Millionen DM. Für Bundeswirtschaftsminister Martin Bangemann, der auf seiner zweiwöchigen Reise durch vier Asean-Staaten heute in dem Stadtstaat eintrifft und unter anderem zu Gesprächen mit Premierminister Lee Kwan Yew zusammentrifft, ist dieses ein Zeichen für die günstigen Rahmenbedingungen, die Singapur den ausländischen Investoren bietet.

Auch Siemens – die Firma *produziert bereits* – investiert weiter in dem südostasiatischen Staat. Von Bosch bis Siemens ist ohnehin die deutsche Elektroindustrie in dem kleinsten Asean-Staat – flächenmäßig weniger als Hamburg – vertreten. Allerdings ist der Umfang des *Außenhandels* der 2,5 Millionen Einwohner größer als der Indonesiens, des größten Asean-Staates mit seinen 160 Millionen Bewohnern.

In Singapur wurden bereits Ende der siebziger Jahre die Weichen von arbeits- und lohnintensiven Industrien wie Textil und Bekleidung, die in der Aufbauphase dominierten, hin zur Hochtechnologie gestellt. Neben umfangreichen steuerlichen Anreizen spielte dabei auch der Ausbau der Stadt als Verkehrs-, Kommunikations-, Banken- und Dienstleistungszentrum eine Rolle. Überdies wurde die Aus- und Fortbildung der knappen Arbeitskräfte forciert. Nach einer Schweizer Untersuchung liegt Singapur seit Jahren bei der Arbeitsproduktivität mit Abstand vor der Eidgenossenschaft, Taiwan und Japan – die Bundesrepublik nimmt den achten Platz ein – an erster Stelle.

Einen Schwerpunkt bildete in den letzten Jahren bereits die Elektroindustrie, wo sich auch japanische und amerikanische Firmen stark engagiert haben. Obwohl die deutsche Elektroausfuhr 1984 nach Singapur um 44,1 Prozent auf 474,9 Mill. DM zugenommen hatte, erzielte der Stadtstaat in diesem Bereich einen Überschuß von 204,2 Mill. DM. Denn die Lieferungen in die Bundesrepublik konnten weiter um 12,6 Prozent auf 679,1 Mill. DM gesteigert werden, wobei es sich zum Teil um Verkäufe aus deutschen Fertigungsstätten handelte. Zum Vergleich: Der deutsche Gesamtexport nach Singapur stieg 1984 um 30,7 Prozent auf 2,1 Mrd. DM, die Importe erhöhen sich um 17,3 Prozent auf 1,3 Mrd. DM.

Von den deutschen Direktinvestitionen von 1,5 Mrd. DM in den Asean-Staaten entfielen Ende 1983 allein 983 Mill. DM auf Singapur. Auch dieses unterstreicht die bedeutende Rolle Singapurs – trotz fehlender Rohstoffe und der relativ hohen Arbeitskosten.

Aber es gibt auch Sorgen: Die Konjunkturabschwächung, die sich im vergangenen Jahr bereits in einigen Branchen anbahnte, hat sich in diesem Jahr verstärkt. Im ersten Quartal stieg das Bruttosozialprodukt „nur" noch um drei Prozent, eine Rate, die jetzt auch für das Gesamtjahr für realistisch angesehen wird. Im vergangenen Jahr wurde noch ein Plus von 8,2 Prozent registriert. *Zum Teil drastische* Einbußen mußten die Textilindustrie, die Holzverarbeitung, die Werften und die Raffinerien verkraften. Dagegen legte die für die Zukunft so wichtige Elektroindustrie im ersten Quartal *noch um zwei Prozent* zu. In diesem Bereich liegt auch das Schwergewicht der Investitionen.

Die konjunkturelle Abkühlung wird von ausländischen Investoren keineswegs nur negativ gesehen. Sie hat nämlich dazu geführt, daß die Mieten, die ein erhebliches Gewicht bei den Ausgaben und damit auch in den Verträgen der Mitarbeiter haben, innerhalb eines Jahres um 40 bis 50 Prozent gesunken sind. Die Löhne dürften in diesem Jahr allenfalls geringfügig steigen.

Für ein Engagement in Singapur spielt der Absatz in dem Stadtstaat ohnehin nur eine untergeordnete Rolle, dafür ist der Markt zu eng. Entscheidend ist die zentrale Lage in diesem Raum, der in den letzten Jahren zu den wachstumskräftigsten zählte. Beim Absatz in den anderen Asean-Staaten müssen keine allzu großen protektionistischen Hürden genommen werden. Allerdings ist die außenwirtschaftliche Verflechtung zwischen den Asean-Staaten nach wie vor vergleichsweise gering. Diese Länder wickeln lediglich 20 Prozent ihres Außenhandels untereinander ab. In der EG sind es rund 50 Prozent.

NWK-HV: Lob für die Verschmelzung

dpa/VWD, Hamburg

Als eine faire Sache hat ein Aktionärsvertreter das Umtauschangebot von einer Aktie der Nordwestdeutschen Kraftwerke AG (NWK), Hamburg, in eine Aktie der Veba-Tochter Preußische Elektrizitäts-AG (Preußenelektra), Hannover, bezeichnet. Er bedauerte zwar, daß wieder ein Wert vom Kurszettel verschwindet, begrüßte aber die Verschmelzung mit der anschließenden Eingliederung der Preußenelektra in die Veba AG, denn, während die NWK-Aktionäre für 1984 eine Dividende von 7,50 DM erhielten, zahle Veba 9 DM.

Die diesjährige NWK-Hauptversammlung war die letzte in der 85jährigen Geschichte des Unternehmens, das durch die Verschmelzung *seinen Sitz nach Hannover verlegen* wird. Nach den Worten des Vorstandsvorsitzenden Hermann Krämer haben mehr als 90 Prozent der freien NWK-Aktionäre vom Umtauschangebot der VEBA Gebrauch gemacht. *Im laufenden Geschäftsjahr* liegt der Stromabsatz bis jetzt um 3,5 Prozent über der vergleichbaren Vorjahreszeit. Für 1985 rechnet der NWK-Chef wieder mit einem guten Ergebnis.

ISRAEL / Kern der Wirtschaftsreformen bleibt zwischen Regierung und Gewerkschaftsverband heftig umstritten

Die Etatansätze werden jetzt streng eingehalten

EPHRAIM LAHAV, Jerusalem

Sechstausend alte und chronisch kranke Patienten in den geriatrischen Krankenhäusern bekamen Donnerstag nur Suppe, Brot und Tee. Den Krankenhäusern war das Geld ausgegangen, das Gesundheitsministerium hatte alle Reserven verbraucht und steckte selbst tief in Schulden. Erst nachdem ein Aufschrei durch das ganze Land über die hilflosen Kranken ging, machte Finanzminister Modai zwei Mill. Dollar als Soforthilfe locker.

Ähnliche Rettungsaktionen in letzter Minute sind in den letzten Wochen immer häufiger geworden. Anders als in früheren Jahren, in denen der Haushalt sorglos überschritten und dann mit neugedrucktem Geld gedeckt wurde, läßt das Finanzministerium jetzt keine solche Freigiebigkeit mehr zu. Wenn ein Haushaltsposten erschöpft ist, so wird der Geldhahn abgedreht. Auch Übertragungen von einem Posten zum anderen – sogar im selben Ministerium werden nur nach langwierigen Verhandlungen zugelassen.

Allerdings ist das nur ein Teil der neuen Wirtschaftspolitik, die die Regierung Anfang dieses Monats einführte. Einer ihrer wichtigsten Bestandteile, nämlich die Kürzung der Ausgaben der öffentlichen Hand, ist noch immer Gegenstand heftiger Auseinandersetzungen zwischen der Regierung und der Histadrut, dem allgemeinen Gewerkschaftsverband. Der Widerstand der Histadrut hat zum Beispiel zu einem Ergebnis geführt, das der Aufgabe einer Gewerkschaft völlig entgegengesetzt ist – die Verdoppelung der Entlassungsquote aus den öffentlichen Diensten von drei Prozent auf sechs.

Premierminister Peres hatte in zahlreichen Aufrufen an die Öffentlichkeit betont, er könne die Entlassungen in den noch tragbaren Grenzen *von drei Prozent nur dann* halten, wenn er die Bezüge der Verbleibenden reduzierte. Eines der Mittel dazu sei zum Beispiel die Brechung der automatischen Indexierung, um dadurch die inflationsfördernde Preis-Lohn-Spirale abzuschneiden. Doch eben dies ließ die Histadrut nicht zu und drohte mit einem Generalstreik. Nach einer eintägigen „Kostprobe" in der zweiten Juliwoche gab Peres nach. So werden jetzt alle öffentlichen Bediensteten eine Teuerungszulage von 14 Prozent bekommen, aber statt drei Prozent ihrer Kollegen werden sechs Prozent entlassen. Dagegen kann sich die Histadrut nicht wehren. Sie kann lediglich die Entlassungen bis zu achtzig Tage verzögern.

Denn die Regierung hat sich – ebenfalls unter der Drohung des Generalstreiks – verpflichten müssen, ihre Reformen nicht mittels Notverordnungen, sondern aufgrund von Verhandlungen mit der Histadrut durchzuführen. Allerdings bestand hier ein gegenseitiger Druck: Auch die Histadrut wußte, daß die Regierung im Notfall auf Notverordnungen zurückgreifen könnte. Daher zeigte sie sich gefügiger und akzeptierte die Reformen grundsätzlich.

Im Gegensatz zu früheren Finanzreformen und Sparplänen, die oft im Sand verlaufen sind, haben die Subventionsstreichungen und die bereits vorgenommenen Kürzungen, den Lebensstandard tatsächlich gesenkt und zu einem fühlbaren Rückgang des Konsums geführt.

Warenhäuser bieten heute Rabatte bis zu 75 Prozent. Der öffentliche Transport ist um 25 Prozent zurückgegangen, nachdem die Fahrpreise infolge Subventionsentfall um 100 Prozent gestiegen sind. Die Arbeitslosigkeit nimmt zu. Eine Arbeitsstelle ist heute schwer zu finden. Im Juli allein meldeten sich 45 000 Israelis bei den Arbeitsämtern, verglichen mit 39 000 im Vormonat. Laut Schätzung des Arbeitsministeriums wird sich die Zahl der Arbeitslosen im nächsten Monat auf 50 000 erhöhen. Dazu würden dann noch die 14 000 kommen, die aus dem Staats- und Kommunaldienst entlassen werden.

Die Inflation hat die Regierung schon in den Griff gebracht: der israelische Schekel ist seit Beginn des Monats ein wenig gestiegen – von 1500 Schekel auf 1474 Schekel per Dollar. Daß dies keine künstliche Aufwertung ist, geht schon aus den Notierungen am schwarzen Markt hervor, wo der Dollar im ungleichen Verhältnis gefallen ist. Die Schwierigkeiten und Widerstände sind zwar noch immer groß und der Reformplan läßt sich nicht in demselben Ausmaß durchführen, wie ihn die Regierung geplant hat. Aber die Aussichten auf Erfolg sind immer noch größer als die Gefahr des Mißlingens. (SAD)

KONKURSE

Konkurs eröffnet: **Aschaffenburg:** Dieter Hartmann, Schreinermeister, Hösbach OT Feldkahl; **Celle:** 1. Dampfsägewerk Hustedt, Celle-Hustedt, 2. Hans-Gerhard Hiestermann, Hermannsburg; **Darmstadt:** K. D. Emrich GmbH; K. D. Emrich GmbH; **Dortmund:** Johannes Rathgens GmbH & Co.; **Frankfurt:** Ingrid Burkard; Nachl. d. Günter Ohlheiser; Dr. Alexander Thrassivoulos Galatis, Zahnarzt; SR Reisen GmbH u. Co. Reisebüro KG i. L.; **Freudenstadt:** 1. Kurhotel Eden GmbH i. L., 2. Dieter Ringwald; **Fürth:** Stern Teppichboden GmbH, Erlangen-Eltersdorf; *Gießen:* R + H Hotelmanagement u. -beratungs GmbH i. L.; **Hamburg:** Simon P. Jethwani; **Hannover:** Nosic Bau- u. Dämmtechnik GmbH; Marion Geschke, Laatzen; **Hanau:** Karl-Heinz Solle Reifenhandel u. Runderneuerungsbetrieb GmbH; **Hannover:** Anvitec Metallbau GmbH, Laatzen; **Hof:** Albert Mayer, Bad Steben; **Heilbronn:** Hotel u. Waldgasthof Forsthotel GmbH & Co. Hotelbetriebs-KG u. Fa. Hotel u. Waldgasthof Forsthof GmbH, Steinheim-Kleinbottwar; F. Fegert-Staiger; **Köln:** Krapohl-Feinkost GmbH; **Karlsruhe:** TEXDATA-Vertriebsges. f. Text- u. Informationssysteme mbh, Ettlingen; **Koblenz:** VDH Gießereiprodukte GmbH, Bendorf; **Lingen:** Gerhard Otten GmbH & Co.; **Michelstadt:** Dieter Klaus Wittmoser, Reichelsheim; **Montabaur:** Heinz Olberg; **Offenbach:** Cotycaroß Strickmoden GmbH i. L., Neu-Isenburg; Gebr. Klingspor GmbH & Co.; Offenbach Industriebeteiligungsges. mbH; **Rheine:** Engelbert Kampling GmbH & Co. KG; Nachl. d. Manfred Paul Delanier, Horstmar; **Siegburg:** Wolfgang Freese GmbH Kleiderfabrikation, Troisdorf; **Stadthagen:** Friedhelm Liwack, Lindhorst; **Witzenhausen:** Leupold Engelhardt & Co. GmbH KG Zigarrenfabrik; **Wolfratshausen:** Christl Herold, Egling; **Würzburg:** Friedrich Gsänger; **Wuppertal:** Niederberger & Co. GmbH, Erkrath.

Anschlußkonkurs eröffnet: **Frankfurt:** Wilhelm Karl Eugen, Kirchen- u. Dekorationsmaler.

Vergleich eröffnet: **Villingen-Schwenningen:** Fa. Ernst Hezel.

Vergleich beantragt: **Stuttgart:** City Verbauchermarkt GmbH.

Rentenmarkt verunsichert

Der schwächere Dollar und die wieder anziehenden Renditen der US-Bonds haben am deutschen Rentenmarkt zu einer neuen Verunsicherung geführt. Deshalb setzte sich bei den öffentlichen Anleihen keine einheitliche Tendenz durch, die Kurse neigten teilweise zur Schwäche. Die Hoffnung, der Markt würde rasch in die Konditionen der neuen Bundesanleihe hineinwachsen, hat bisher getrogen. Bei den in der Vorwoche stark gedrückten Südafrika-Anleihen zeichnete sich eine Stabilisierung ab. Einzelne Emissionen konnten ihre Kurse inzwischen verbessern.

Bundesanleihen · Bundespost · Länder – Städte · Bankschuldverschr. · Bundesbahn · Sonderinstitute · Industrieanleihen · Optionsscheine · Optionsanleihen · Wandelanleihen · Währungsanleihen · Düsseldorf · DM-Auslandsanleihen · Ausländische Aktien in DM

Warenpreise – Termine

Fester schlossen am Freitag die Gold- und Silbernotierungen an der New Yorker Comex. In engen Grenzen uneinheitlich notierte Kupfer. Fester ging Kaffee aus dem Markt. Nur leichte Gewinne verzeichnete Kakao.

Getreide und Getreideprodukte

Weizen Chicago (c/bush)	26.7.	25.7.
Sept.	297,75	297,25
Dez.	303,50	306,50
März	305,75	307,00

Weizen Winnipeg (can. $/t)		
Wheat Board cif. St. Lawrence 1 CW	256,24	256,14
Amber Durum	219,49	219,49

Kakao New York ($/t)	26.7.	25.7.
Terminkontr. Sept.	2151	2140
Dez.	2188	2175
März	2200	2204
Umsatz	2251	2378

Zucker New York (c/lb)		
Kontrakt Nr. 11 Sept.	4,44	3,98
Okt.	4,72	4,13
Jan.	4,82	4,37
März	4,19	4,89

Schweine Chicago (c/lb)		
Aug.	43,77	45,10
Okt.	39,15	40,75
Dez.	40,42	42,12

Schweinebäuche Chicago (c/lb)		
Aug.	52,20	53,48
Feb.	60,25	61,85
März	59,75	61,20

Seide Yokoh. (Y/kg) AAA ab Lager	26.7.	25.7.
Aug.	12597	12596
Sept.	12516	12540

Messingnotierungen	29.7.	26.7.
MS 58, 1. Verarbeitungsstufe	380-387	384-396
MS 58, 2. Verarbeitungsstufe	429-433	432-434
MS 63	431-436	432-437

Zink (£/t) Kasse	522,00-524,00	534,00-534,00
3 Monate	514,00-515,00	532,00-533,00
Zinn (£/t) Kasse	9070-9075	9141-9142
3 Monate	9080-9081	9125-9127
Quecksilber ($/Fl)	-	280-290
Wolfram-Erz ($/t-Einh.)	-	64-70

Herausgeber: Axel Springer, Matthias Walden† Berlin

Chefredakteure: Wilfried Hertz-Eichenrode, Dr. Herbert Kremp

Stellv. Chefredakteure: Peter Gillies, Manfred Schell, Dr. Günter Zehm

Berater der Chefredaktion: Heinz Barth

Hamburg-Ausgabe: Diethart Goos, Klaus Bruns (stellv.)

Chefs vom Dienst: Klaus Jürgen Fritzsche, Friedr. W. Heering, Heinz Kluge-Lübke, Jens-Martin Lüddeke, Bonn; Horst Hillesheim, Hamburg

Verantwortlich für Seite 1, politische Nachrichten: Gernot Facius, Klaus-J. Schwehn (stellv.), Klaus Jonas (stellv. für Tagesschau); Deutschland: Norbert Koch, Rüdiger v. Wolkowsky (stellv.); Internationale Politik: Manfred Neuber; Ausland: Jürgen Liminski, Marta Weidenhiller (stellv.); Seite 3: Burkhard Müller, Dr. Manfred Rowold (stellv.); Meinungen: Enno von Loewenstern; Bundeswehr: Rüdiger Moniac; Osteuropa: Dr. Carl Gustaf Ströhm; Zeitgeschichte: Walter Görlitz; Wirtschaft: Gerd Brüggemann, Dr. Leo Fischer (stellv.); Industriepolitik: Hans Baumann; Geld und Kredit: Claus Dertinger; Feuilleton: Dr. Peter Dittmar, Reinhard Beuth (stellv.); Geistige Welt/WELT des Buches: Alfred Starkmann, Peter Böbbis (stellv.); Fernsehen: Dr. Rainer Nolden; Wissenschaft und Technik: Dr. Dieter Thierbach; Sport: Frank Quednau; Aus aller Welt: Knut Teske; Reise-WELT und Auto-WELT: Heinz Horrmann, Birgit Cremers-Schiemann (stellv. für Reise-WELT); WELT-Report: Heinz Kluge-Lübke; WELT-Report Inland: Heinz-Rudolf Scheke (stellv.); WELT-Report Ausland: Hans-Herbert Holzamer; Leserbriefe: Henk Ohnesorge; Personalien: Ingo Urban; Dokumentation: Reinhard Berger; Grafik: Werner Schmidt

Weitere leitende Redakteure: Dr. Hanna Giskes, Werner Kahl, Lothar Schmidt-Mühlisch

Fotoredaktion: Bettina Rathje
Schlußredaktion: Armin Reck

Bonner Korrespondenten-Redaktion: Günther Bading (Leiter), Heinz Heck (stellv.), Stefan G. Heydeck, Peter Jentsch, Evi Keil, Hans-Jürgen Mahnke, Dr. Eberhard Nitschke, Peter Philipps, Gisela Reiners

DIE WELT
UNABHÄNGIGE TAGESZEITUNG FÜR DEUTSCHLAND

Diplomatischer Korrespondent: Bernt Conrad

Korrespondent für Technologie: Adalbert Bärwolf

Deutschland-Korrespondenten Berlin: Hans-Rüdiger Karutz, Friedemann Diederichs, Klaus Geiler, Peter Weertz; Düsseldorf: Dr. Wilm Herlyn, Joachim Gehlhoff, Harald Posny; Frankfurt: Dr. Dankwart Guratzsch (zugleich Korrespondent für Städtebau/Architektur), Inge Adham, Joachim Weber; Hamburg: Herbert Schütte, Jan Brech, Kläre Warnecke MA; Hannover: Dominik Schmidt; München: Peter Schmalz, Dankward Seitz; Stuttgart: Xing-Hu Kuo, Werner Neitzel

Chefkorrespondent (Inland): Joachim Neander

Chefkorrespondent (Ausland): Thomas L. Kielinger

Chefreporter: Horst Stein (zugleich Korrespondent für Europa), Walter H. Rueb

Auslandsbüros, Brüssel: Wilhelm Hadler; London: Reiner Gatermann, Wilhelm Furler; Johannesburg: Monika Germani; Moskau: Rose-Marie Borngäßer; Paris: August Graf Kageneck, Joachim Schaufuß; Rom: Friedrich Meichsner; Washington: Fritz Wirth, Horst-Alexander Siebert

Auslands-Korrespondenten WELT/SAD: Athen: E. A. Antonaros; Beirut: Peter M. Ranke; Brüssel: Cay Graf v. Brockdorff-Ahlefeldt; Jerusalem: Ephraim Lahav; London: Christian Ferber, Claus Geissmar, Siegfried Helm, Peter Michalski, Joachim Zwikirsch; Los Angeles: Helmut Voss, Karl-Heinz Kukowski; Madrid: Rolf Görtz; Mailand: Dr. Günther Depas, Dr. Monika von Zitzewitz-Lonmon; Miami: Prof. Dr. Günter Friedländer; New York: Alfred von Krusenstiern, Ernst Haubrock, Hans-Jürgen Stück, Werner Thomas, Wolfgang Will; Paris: Heinz Weissenberger, Constance Knitter, Joachim Leibel; Tokio: Dr. Fred de La Trobe, Edwin Karmiol; Washington: Dietrich Schulz

Zentralredaktion: 5300 Bonn 2, Godesberger Allee 99, Tel. (02 28) 30 41, Telex 8 85 714, Fernkopierer (02 28) 37 34 65

1000 Berlin 61, Kochstraße 50, Redaktion: Tel. (0 30) 2 59 10, Telex 1 84 565, Anzeigen: Tel. (0 30) 25 91 29 31/32, Telex 1 84 565

2000 Hamburg 36, Kaiser-Wilhelm-Straße 1, Tel. (0 40) 34 71, Telex Redaktion und Vertrieb 2 170 010, Anzeigen: Tel. (0 40) 3 47 43 80, Telex 2 17 001 777

4300 Essen 18, Im Teelbruch 100, Tel. (0 20 54) 10 11, Anzeigen: Tel. (0 20 54) 10 15 24, Telex 8 579 104, Fernkopierer (0 20 54) 8 27 28 und 8 27 29

3000 Hannover 1, Lange Laube 2, Tel. (05 11) 1 79 11, Telex 9 22 919, Anzeigen: Tel. (05 11) 6 49 00 09, Telex 9 230 106

4000 Düsseldorf, Graf-Adolf-Platz 11, Tel. (02 11) 37 30 43/44, Anzeigen: Tel. (02 11) 37 50 61, Telex 8 587 756

6000 Frankfurt (Main), Westendstraße 8, Tel. (0 69) 71 73 11, Telex 4 12 449, Fernkopierer (0 69) 72 79 17, Anzeigen: Tel. (0 69) 77 90 11-13, Telex 4 185 525

7000 Stuttgart, Rotebühlplatz 20a, Tel. (07 11) 22 13 28, Telex 7 23 966, Anzeigen: Tel. (07 11) 7 54 50 71

8000 München 40, Schellingstraße 39-43, Tel. (0 89) 2 38 13 01, Telex 5 23 813, Anzeigen: Tel. (0 89) 8 50 60 38 / 39, Telex 5 23 836

Monatsabonnement bei Zustellung durch die Post oder durch Träger DM 26,50 einschließlich 7 % Mehrwertsteuer. Auslandsabonnement DM 35,– einschließlich Porto. Der Preis des Luftpostabonnements wird auf Anfrage mitgeteilt. Die Abonnementsgebühren sind im voraus zahlbar.

Bei Nichtbelieferung ohne Verschulden des Verlages oder infolge von Störungen des Arbeitsfriedens bestehen keine Ansprüche gegen den Verlag. Abonnementsabbestellungen können nur zum Monatsende ausgesprochen werden und müssen bis zum 10. des laufenden Monats im Verlag schriftlich vorliegen.

Gültige Anzeigenpreisliste für die Deutschlandausgabe: Nr. 63 und Kombinationstarif DIE WELT / WELT am SONNTAG Nr. 13 gültig ab 1. 7. 1984, für die Hamburg-Ausgabe: Nr. 49.

Amtliches Publikationsorgan der Berliner Börse, der Bremer Wertpapierbörse, der Rheinisch-Westfälischen Börse zu Düsseldorf, der Frankfurter Wertpapierbörse, der Hanseatischen Wertpapierbörse, Hamburg, der Niedersächsischen Börse zu Hannover, der Bayerischen Börse, München, und der Baden-Württembergischen Wertpapierbörse zu Stuttgart. Der Verlag übernimmt keine Gewähr für sämtliche Kursnotierungen.

Für unverlangt eingesandtes Material keine Gewähr.

Die WELT erscheint mindestens viermal jährlich mit der Verlagsbeilage WELT-REPORT. Anzeigenpreisliste Nr. 4, gültig ab 1. Januar 1984.

Verlag: Axel Springer Verlag AG, 2000 Hamburg 36, Kaiser-Wilhelm-Straße 1.

Nachrichtentechnik: Harry Zander

Herstellung: Werner Koziak

Anzeigen: Hans Biehl

Vertrieb: Gerd Dieter Leilich

Verlagsleiter: Dr. Ernst-Dietrich Adler

Druck in 4300 Essen 18, Im Teelbruch 100; 2070 Ahrensburg, Kornkamp

Dollarrückgang verstimmte

Verstärkter Druck auf exportorientierte Aktien

DW. – Bei relativ geringen Umsätzen wurde am Wochenbeginn die Mehrzahl der Standardaktien deutlich zurückgenommen. Grund für die Schwäche ist in erster Linie der weitere Rückgang des Dollarkurses, der zu einer Korrektur der für 1985 bei den exportorientierten Unternehmen angestellten Gewinnschätzungen zwingt. Die Banken klagen darüber, daß zur Zeit die Käuferseite fast völlig fehlt. Davon waren die meisten Bankaktien nicht ausgenommen, bei denen es am Montag ebenfalls deutliche Abschläge gab.

Als relativ stabil erwiesen sich die Titel der Großchemie, obwohl gerade sie zu den dollarempfindlichen Großexporteuren gerechnet werden muß. Deutlicher war der Rückschlag bei Schering, wo sich nun doch der laufende Bezugsrechthandel als Belastung zu erweisen scheint. Bei den Autowerten gaben Daimler um rund 10 DM nach, Siemens konnten sich zwar im Verlaufe etwas erholen, doch blieb ein Tagesabschlag von mehr als sechs DM übrig. Unberührt von der gegenwärtigen Schwäche blieben die Veba-Aktien. Versorgungswerte bröckelten leicht ab mit Ausnahme von NWK-Vorzügen, obwohl vorerst keine Möglichkeit mehr besteht, die Papiere in Veba-Aktien zu tauschen und dabei zusätzlich 45 DM zu kassieren. Maschinenbauwerte litten nur zum Teil unter der Dollarschwäche. Am Bankenmarkt waren Bayerische Vereinsbank und BHF-Bank von den Kursrückgängen überdurchschnittlich betroffen.

Frankfurt: Aesculap fielen um 15 DM, Rheinelektra verminderten sich um 8 DM und IWKA gaben um 6 DM nach. Blaue Quellen und Eva büßten jeweils 5 DM ein. Pfaff erhöhten sich um 2,50 DM.

Düsseldorf: Kabel Rheydt gaben um 5 DM, Audi NSU um 7 DM nach. Um 11 DM verbilligten sich Hochtief. Düwag erholten sich um 3 DM, Bilfinger und Gerresheimer Glas konnten sich jeweils um 4,90 DM erholen.

Hamburg: Haller Meurer wurden mit 2 DM fester gehandelt und NWK-Vz. gingen mit plus 3 DM aus dem Markt. HEW waren bei minus 0,70 DM knapp gehalten. Bremer Vulkan gaben um 1 DM und Hapag Lloyd um 0,80 DM nach.

Berlin: Berliner Bank gaben um 5,50 DM nach und Detewe verloren 8 DM. Orenstein sanken um 9 DM und Schering um 5 DM. DUB-Schultheiss erholten sich um 0,70 DM. Herlitz St. und Herlitz Vz. büßten jeweils 2 DM ein.

München: Audi NSU verloren 7 DM, Hochtief 11 DM und Kochs Adler sanken um 4 DM. Bilfinger erhöhten sich um 4,90 DM, Gerresheimer Glas zogen um 4,90 DM an und Scheidemandel befestigten sich um 5 DM.

Stuttgart: Daimler waren um 5,90 DM nachgebend, Porsche mußten 20 DM abgeben und IWKA sanken um 6,50 DM. Fuchs und Hohner verminderten sich jeweils um 2,50 DM.

Nachbörse: nachgebend

WELT-Aktienindex: 192,84 (194,36)
WELT-Umsatzindex: 2447 (3015)

Fortlaufende Notierungen und Umsätze

Inland

Ungeregelt. Freiverkehr

Freiverkehr

Unnotierte Werte

Ausländische DM-Anleihen

Ausland

New York

Amsterdam

Tokio

Zürich

Madrid

Paris

Mailand

London

Toronto

Wien

Kopenhagen

Brüssel

Hongkong

Singapur

Sydney

Optionshandel

Euro-Geldmarktsätze

Goldmünzen

Devisen und Sorten

Devisenmärkte

Der Dollar erlitt am Freitag im New Yorker Markt einen erneuten Schwächeanfall. Innerhalb kürzester Zeit gab der Kurs von 2,8730 auf 2,8275 nach. Ohne neue ersichtliche Gründe büßte der Dollar am Freitag somit über 6 Pfg. ein. Am 29.7. bewegte sich der Kurs zwischen 2,8150 und 2,8325. Amtlich notierte der Dollar 2,8304. Die Herabsetzung der Baserate von 12 auf 11,5 Prozent durch die britischen Clearingbanken schwächten das englische Pfund etwas. Es notierte mit 4,0820 gegenüber 4,0480 am Freitag. Der Schweizer Franken zog weiter an. Er erreichte mit 123,00 den höchsten Stand seit September 1984. US-Dollar in: Amsterdam 3,1875; Brüssel 57,1700; Paris 8,6200; Mailand 1895,65; Wien 19,8650; Zürich 2,3911; Ir. Pfund/DM 3,129; Pfund/Dollar 1,4265; Pfund/DM 4,032.

Die Europäische Währungseinheit (ECU) am 29.7.: In D-Mark 2,24580 (Parität 2,24184); in Dollar 0,78960 (13. März 1979: 1,35444)

Ostmarkkurs am 29. 7. (je 100 Mark Ost) – Berlin: Ankauf 19,00; Verkauf 22,00 DM West; Frankfurt: Ankauf 19,00; Verkauf 22,00 DM West.

Devisenterminmarkt

Weiter nachgebende Euro-DM-Zinssätze waren am 29. Juli der Hauptgrund für deutlich erweiterte Dollar-Termin-Abschläge.

	1 Monat	3 Monate	6 Monate
Dollar/DM	0,78-0,88	2,43-2,33	4,80-4,65
Pfund/Dollar	0,44-0,43	1,13-1,09	1,81-1,76
Pfund/DM	3,90-1,00	7,30-5,90	12,5-11,1
FF/DM	25-0	64-48	112-96

Geldmarktsätze

Geldmarktsätze im Handel unter Banken am 29.7.: Tagesgeld 4,60-4,80 Prozent; Monatsgeld 5,05-5,15 Prozent; Dreimonatsgeld 5,05-5,15 Prozent.
Privatdiskontsätze am 29.7.: 10 bis 29 Tage: 4,05 G-3,90B Prozent; und 30 bis 90 Tage 4,05 G-3,90B Prozent. Diskontsatz der Bundesbank am 29.7.: 4,5 Prozent; Lombardsatz 6 Prozent.
Bundesschatzbriefe (Zinslauf vom 1. Aug. 1985 an, Zinsstaffel in Prozent jährlich, in Klammern Zwischenrenditen in Prozent für die jeweilige Besitzdauer): Ausgabe 1985/9 (Typ A) 4,50 (4,50) – 6,00 (5,22) – 6,25 (5,55) – 6,50 (5,77) – 7,00 (5,99) – 8,50 (6,24). Ausgabe 1985/10 (Typ B) 4,50 (4,50) – 6,00 (5,25) – 6,25 (5,58) – 6,50 (5,81) – 7,00 (6,05) – 8,50 (6,45) – 8,50 (6,74) Finanzierungsschätze des Bundes (Renditen in Prozent): 1 Jahr 4,90, 2 Jahre 5,70. Bundesobligationen (Ausgabebedingungen in Prozent): Zins 6,50, Kurs 99,80, Rendite 6,55.

Im Geist des Herzogs?

Bth.- Das Oldenburger Orchester, immerhin das eines Staatstheaters und in großherzogtümlicher Tradition sich verstehend, hat einen Chef, Wolfgang Schmid, der seine Sache nach Meinung fast aller ausgezeichnet macht. *Fast* aller. Das Orchester ist anderer Ansicht und hat den Patron in jahrelangem Kleinkrieg dahin gebracht, wo man ihn längst haben wollte: weg.

Ein neuer Chef muß jetzt her, das übliche Procedere wurde befolgt: Einladungen in Abstimmung mit dem Orchester zu Gastspielen auf Anstellung, drei Kandidaten blieben übrig, auf daß der Minister in Hannover einen davon ernenne. Denn nur einen einzigen Kandidaten, wie es sich die Oldenburger ursprünglich vorgestellt hatten, mochte der Minister doch nicht akzeptieren. Er wollte ja, was man verstehen muß, auch noch etwas zu sagen haben. Er hat das Falsche gesagt, nämlich daß Knut Mahlke aus Hannover Chef in Oldenburg werden soll.

Der war zwar unter den belobigten drei Kandidaten der am meisten gelobte, aber nicht der Favorit des Orchesters. Und so fordert man ihn gleich auf, sein Amt gar nicht erst anzutreten. Mit musikalischem Widerstand ist zu rechnen. Der dritte im Kandidaten-Bunde, der Favorit des Oldenburger Theaterbeirats, war schon vor dem *ministeriellen* Entscheid vom Orchestervorstand so unter Druck gesetzt worden, daß er im Falle einer Berufung nicht angetreten wäre.

Die Basis probt den Aufstand. Komplizierten Findungsverfahren wird zugestimmt, um den demokratischen Anschein zu wahren. Und dann läßt man die Kandidaten einen nach dem anderen über ein Njet stolpern, bis die Reihe an dem ist, den man schon immer haben wollte. Daß Demokratie nicht gerade eine vorrangige Tugend in einem Orchester sein kann, haben die Oldenburger zumindest von einer Seite her begriffen.

König David ist nun auch ein Leinwandheld

Lächeln beim Tanz um die Bundeslade

In Hollywood schienen sie längst ausgestorben, die großen biblischen Epen, mit denen einst etwa ein Cecil B. De Mille brillierte. Jetzt aber rückt der Australier Bruce Beresford, der letztes Jahr in Cannes für seinen Film „Tender Mercies" für einen Oscar nominiert wurde (den dann sein Hauptdarsteller Robert Duvall gewann), mit einem „König David"-Film heraus, der offenbar an die ruhmvolle Tradition wieder anknüpfen soll. Der in der felsigen Hügellandschaft Italiens und den Londoner Pinewood-Studios großenteils mit englischen Theater-Mimen gedrehte Film ist in diesen Tagen bei uns angelaufen. Er hält sich eng an die Überlieferung der Bibel und umspannt das Leben Davids vom Jüngling bis zu den letzten Worten des Greises auf dem Totenbett.

David, historisch verbürgt um 1000 vor Christus, ist die farbigste und interessanteste Figur des Alten Testa*mentes und überhaupt der frühen is*raelischen Geschichte. Wiederholt tauchte er in alten Bibelfilmen auf, doch im Mittelpunkt stand er noch nie. Insofern hat Beresford durchaus Neuland betreten. Im übrigen aber hält er sich, was die Kostüme, die Masken und die Choreographie der Massenszenen betrifft, fast sklavisch genau an die von De Mille gesetzten Maßstäbe des historisierenden Monumentalfilms, und das ist schade.

Zwar gelingt ihm ein eindrucksvolles Monumentalgemälde in bräunlich-gelben, lehmig-erdigen und ziegelroten Farben, aber der *Dimension* der Davidfigur wird er nirgendwo gerecht. Mal schwelgt er opulent in Details, mal – und darin unterscheidet er sich von De Mille – reduziert er das Dekor auf extreme Kargheit, um von einer Figur, die er gerade präsentieren will, nicht abzulenken. Doch das alles bleibt im Grunde nur modisch und vordergründig. Schleierwände evozieren erotische Geheimnisse, die blutigen Schlachtgetümmel – es geht fast ausschließlich um Davids Auseinandersetzung mit den Philistern – haben schönstes Action-Tempo, alle *übrigen Passagen entfalten sich eher* episch breit, werden aus uninspirierter Distanz erzählt.

Dabei ging es Beresford, nach eigenem Bekunden, nicht so sehr um das große historische Tableau, sondern um ein präzises Psychogramm des David. Er hat versucht, ihm in all seinen Facetten auf die Spur zu kommen: dem Hirten, dem jugendlichen Poeten und Harfenspieler, der zu den größten Schurkentaten bereit, aber auch der zartesten Gefühle fähig ist; dem Rebellen, der Gott hoffärtig herausfordert, dem kühnen Krieger und dem *leidenschaftlichen Liebhaber*; dem König, der aus Staatsraison hart und grausam sein kann, für seine Kinder aber eine Nachsicht aufbringt, die an Schwäche grenzt.

Richard Gere, bestens bekannt aus Hackfords Film „Ein Offizier und Gentleman" und aus Francis Coppolas „Cotton Club", müht sich zwar in diesem langen, schwierigen Solo-Part redlich ab, bleibt indessen hinter der überlieferten, überquellend reichen Persönlichkeit des großen Königs weit zurück. Er ist grazil, schön, blondgelockt, streckenweise gerade*zu geckenhaft eitel – aber nur selten* weise. Den Krieger kauft man ihm noch infolge seiner malerischen Uniform ab, der Liebhaber aber bleibt schon auf der Strecke. Die Darstellung des überragenden Staatsmanns und Politikers schließlich mißlingt gänzlich. Wenn er nackt seinen Tanz vor der Bundeslade tanzt, nachdem er die Philister in die Flucht geschlagen hat, bringt er den Zuschauer unfreiwillig zum Schmunzeln.

Beresfords „David", soviel steht fest, reicht nicht im entferntesten an die großen Davidgestalten heran, die Kunst und Literatur bis hinein in die jüngste Zeit geschaffen haben. Das von unzähligen Legenden umrankte Leben dieses Königs David hat ja durch die Jahrtausende hindurch immer wieder Künstler und Schriftsteller inspiriert. Michelangelo, Donatello, Manzù und Ipousteguy haben ihn in Stein bezw. Bronze gehauen, Maler wie Chagall und Otto Dix haben ihn in Öl und Kreide gemalt.

Wir finden David als Hauptfigur früher *mittelalterlicher Mysterien*spiele, etwa bei Arnoul Gréban, und später in der David-Trilogie von Louis Desmazures (um 1560). Er ist der zwielichtige Held in Voltaires Tragikomödie „Saul" und der brave Held in Klopstocks bekanntem Schauspiel. Zweimal hat sich André Gide mit David auseinandergesetzt. In dem Drama „Saul" (1903) und in dem moralischen Traktat „Bethsabé" begegnen *wir* einem resignierten, einsamen König, der noch den ärmsten seiner Untertanen um sein einfaches und glückliches Leben beneidet.

Stefan Heym hat vor *gut* zehn *Jah*ren aus der David-Legende eine höchst sinnreiche Parabel auf totalitäre Staatsgewalt gemacht. Sein David ist ein absolutistischer Herrscher und Tyrann, der mit Mord und Totschlag und horrenden Intrigen an die Macht kommt, als Herrscher aber auch eine Menge politischer Qualitäten entfaltet. Und einen ganz aktuellen David (und, nebenbei, ein großes Lesevergnügen) hat uns erst vor wenigen Monaten Joseph Heller mit seinem Buch „Weiß Gott" beschert. Heller läßt da den König selbst erzählen *und sich schönerer Tage erinnern*, und zwar mit einem gehörigen Schuß Selbstironie. Denn, sagt Heller-David, „Tragödien kann ich nur ertragen, wenn ich mich darüber lustig mache". Prall und deftig schwelgt der Alte in seiner Phantasie, vor allem wenn er an seine Frauen denkt.

Heller hat biblischen Stoff makaber, doch höchst amüsant verfremdet, aus ihm so etwas wie eine deftige autobiographische Schelmengeschichte gemacht. Die gewaltige Statur des legendenumwobenen Königs scheint aber dennoch immer durch. *Hellers David – das ist ein Mann, in* dem der Mensch von heute sich wiederfinden kann. „Ich benutze diese faszinierende Figur und ihre Biographie", erklärte der Schriftsteller, „um ein Buch vom Bewußtsein des modernen Menschen zu schaffen."

Solcher Bezug zum Heute – und natürlich auch die ironische Brechung der Figur – fehlt dem David in Bruce Beresfords Film vollkommen. Sein König läßt uns kühl, er bleibt uns fremd. Beresford ist, um es mit einem Wort zu sagen, an der komplizierten, schillernden Figur des David *bestenfalls ehrenvoll gescheitert.*

DORIS BLUM



Die junge Geigergeneration reißt sich um seine – echten wie falschen – Stücke: Fritz Kreisler FOTO: IP

Fälschungen in Kunst und Literatur (III): Kreislers Spiel mit falschen Namen

Es war nur eine Wiener Maskerad'

Am Ende hätte vielleicht nicht einmal Fritz Kreisler selbst zu sagen gewußt, wie alles gekommen war und warum er eine Handvoll seiner eigenen Stücke jahrzehntelang unter falscher Flagge heraufkreuzen ließ in seinen umjubelten Konzertprogrammen. Es brachte ihm keinen Gewinn, aber gleichzeitig schadete es auch keinem. Die ganze Sache war nicht kriminell, sondern herzlich überflüssig, und man hätte sie einfach vom Tisch gelacht, wäre da nicht Ernest Newman gewesen, dessen Sache das Lachen nun einmal nicht war. Er erregte sich mächtig und in aller Öffentlichkeit. Er machte aus einer Maus sozusagen gleich mehrere Elefanten und trampelte mit deren Beinen auf Kreisler herum. Das fand dieser nun wiederum übertrieben.

Dabei hatte Newman, diese Monumentalfigur der englischen Musikkritik, Kreislers eher läßliches Vergehen gar nicht selbst aufgedeckt, und aufzudecken war da auch gar nicht viel mehr gewesen. Kreisler hatte bereits seinen Verleger angewiesen, die 14 Stücke, die bislang als Bearbeitungen von Kompositionen des 17. und 18. Jahrhunderts galten und als „klassische Manuskripte" im Druck vorlagen, ohne viel Aufhebens unter sein eigenes Œuvre einzureihen, wohin sie schließlich gehörten. Doch bevor das noch geschehen konnte, war die Bombe geplatzt.

Über die Jahrzehnte hin hatte sich niemand ernstlich für die angeblichen Originale interessiert, die Kreislers Bearbeitungen zugrunde lagen. Kompositionen dieser Art liegen schließlich noch immer, oft unkatalogisiert, in Sammlungen, Bibliotheken, Archiven zuhauf. Nun aber, 1935, wollte plötzlich Olin Downes, Musikkritiker der New York Times, mehr über die Originale wissen und stolperte geradezu in die Wahrheit hinein, die ihn allerdings weniger verärgerte als schmunzeln machte.

Downes bereitete mit Yehudi Menuhin als Partner einen Vortrag vor, in dem die verschiedensten Aspekte des Violinspiels dargelegt werden sollten. Beginnen aber wollte Downes seine Ausführungen ausgerechnet mit dem „Präludium und Allegro" von Pugnani, das Kreisler, wie es hieß, bearbeitet hatte. Wie nun unterschied sich das Arrangement vom Original? Das wollte Downes wissen. Wie stark waren Kreislers Eingriffe in den ursprünglichen Notentext? Alles sehr interessante und naheliegende Fragen. Von einer Fälschung war dabei gar nicht die Rede.

Downes' durchaus verständliche Neugier brachte Kreisler nun allerdings dem Zustand der bedrängten Unschuld nahe. Längst schon hätte er eingestehen können, zum Gelächter der Welt, daß auch diese paar „klassischen" Kompositionen, wie so viele andere, von ihm waren. Er aber hatte sich bislang damit begnügt, den Notentexten im Druck die reichlich gewundene Warnung beizugeben, die Transkriptionen sprängen so frei mit den *Frühklassikern um, daß sie als* Originalwerke gelten könnten. Die meisten Käufer lasen darüber wahrscheinlich hinweg und hielten die Anmerkung nicht für das verschleierte Geständnis eines Gentleman-Fälschers, sondern für einen verklausulierten Copyright-Vorbehalt.

Downes jedenfalls hatte sich an Kreislers amerikanischen Verleger gewendet und um Einsicht in die Originale Pugnanis, Padre Martinis, Porporas und Francœurs gebeten. Er erhielt ohne Umschweife die Nachricht, ein neues Verzeichnis des gesamten Kreisler-Œuvres sei gerade im Druck und in ihm rangierten auf ausdrücklichen Wunsch Kreislers die genannten Stücke neuerdings unter dem Namen des komponierenden Geigers. Downes und die Musikwelt hatten ihre Sensation. Kreisler, der Vielgeliebte, war plötzlich als Fälscher entlarvt.

Dieses Vergnügen freilich hatte man seit Jahrzehnten schon haben können. Vor dem Ersten Weltkrieg noch hatte Kreisler bei einem Berliner Konzert seine Stücke „Liebesleid" und „Liebesfreud", die sich außerordentliche Popularität gewannen, als Bearbeitungen nachgelassener Walzer von Josef Lanner ausgegeben, dazu aber unter eigenem Namen sein „Caprice viennois" vorgetragen. Während Leopold Schmidt, der Kritiker des „Berliner Tageblattes", die falschen „Lanner" bewunderte, klassifizierte er Kreislers „Caprice" als unbedeutend ab. Das wurmte Kreisler, und er machte bekannt, die angeblichen Lanners seien aus derselben Feder wie sein „Caprice" geflossen. Wahrscheinlich war das Spiel mit falschen Namen für Kreisler tatsächlich nicht mehr als „eine Wiener Maskerad' und weiter nichts".

Damit freilich war er bei Ernest Newman an den Falschen gekommen. Der gab sich nun als musikalischer Sittenkommissär und klagte in der Londoner „Sunday Times" Kreisler der musikalischen Sittenverderbnis an. Das wollte der nun wiederum nicht auf sich sitzen lassen: Newmans Vorwurf detonierender musikalischer Ethik. Er, Kreisler, habe – immer nach Newman – gewissermaßen den musikalischen Weltfrieden, das *Vertrauen zum Original fahrlässig* zerstört. Kreisler nannte daraufhin Newman einen musikalischen Cato und beschuldigte ihn eines Übermaßes an Rechthaberei. Die Nachwelt hat sich denn auch nachdrücklich auf Kreislers Seite geschlagen. Die junge Geigergeneration reißt sich um Kreislers Stücke, die echten wie die ehemals falschen.

Kreislers Verlag machte bekannt, wer sich durch den Kauf einer Kreislerschen Dittersdorf-Komposition oder einer falschen Choralstudie Stamitzens wirklich betrogen fühle, er*hielte ohne Umschweife sein Geld zu*rück. Kein Mensch meldete sich. Im Gegenteil: Die Nachfrage nach den Noten der Fälschungen, über Nacht zu Sammlerstücken geworden, nahm kräftig zu. Man hörte nicht auf, Kreisler zu lieben. Hatte er nicht im Grunde nur den blöden Kritikern eins ausgewischt?

Aber so dumm waren die denn auch wieder nicht. Olin Downes hatte das schon in seinem Enthüllungsartikel mit aller Deutlichkeit klar gemacht. „Mr. Kreisler hat den Spaß der Nationen wie das Repertoire der Violinisten bereichert. Sollen wir ihm das ankreiden? Darf ein Mann, der im Dunkeln das falsche Mädchen küßte, deshalb gleich das Küssen verdammen?" Freilich – warum Kreisler so ausgiebig fremde Mädchen selbst bei Tage geküßt hatte, darauf wußte auch der witzige Downes keine Antwort.

KLAUS GEITEL

Jazz: Die Cotton Pickers

Jetzt geraten Märchen ins Wanken

Die von Sammlern geschätzte Schallplatten-Serie „Jazz Tribune" (französische RCA, in Deutschland erhältlich) gibt Rätsel auf und sorgt für Überraschungen. So ist dort eine chronologische Werkausgabe (insgesamt zwanzig Langspielplatten) mit Aufnahmen des berühmten Harlem-Pianisten, Komponisten und Bandleaders Fats Waller (1904–1943) aus der Zeit von 1926 bis 1936 im Angebot – auf die restlichen dreizehn Langspielplatten der Serie wartet *man jedoch nunmehr schon seit Jah*ren vergebens.

Um so unverhoffter findet jetzt die 1979 begonnene und 1981 vermeintlich komplette Gesamtausgabe einer bislang unzulänglich zugänglichen Jazzlegende ihre Fortsetzung und ihren offenbar endgültigen Abschluß: „The Complete McKinney Cotton Pickers" (RCA/NL 89161).

Damit belegen achtzig – zum Teil bisher unveröffentlichte – Aufnahmen, welch hinreißende Vor-Swing-Musik diese Band in den Jahren von 1928 bis 1931 in den einschlägigen Jazz-Lokalen von New York und Chicago tatsächlich gemacht hat, sie belegen außerdem, auf was für einem hohen Aufnahmestandard die amerikanische Phonoindustrie damals schon war.

Spiritus rector der „Cotton Pickers" *war der als Arrangeur für* Big-Band-Musik wegbereitende Multi-Instrumentalist Don Redman (1900–1964). Dazu enthält die Edition auch jene Aufnahmen, die Redman nach der Auflösung der „Cotton Pickers" mit seiner eigenen Band in den Jahren zwischen 1938 und 1940 einspielte.

Die drei ausführlich kommentierten Doppel-Alben bringen nun ganz nebenbei auch das Märchen ins Wanken, das besonders den Deutschen nach 1945 von den Jazz-Päpsten immer wieder serviert worden ist: Da hieß es immer wieder: „Schwarzer Jazz = gut / weißer Jazz = schlechte Kopie". Nichtige Tanzmusik – bis hin zum Walzer – machten jedoch auch Farbige, selbst Redmans „Cotton Pickers".

Doch die später nur in Auswahl veröffentlichten Glanzlichter farbiger Jazzgrößen schufen viele Zerrbilder zu Lasten weißer Musiker. Miteinbezogen sind nun auch die Aufnahmen, die von der Band unter dem Namen „Carolina Dandies" eingespielt wurden.

Bis heute galt es noch als ziemlich sicher, daß bei den Titeln der weiße Cornettist Bix Beiderbecke die Melodie und die Soli gespielt hat. Doch nun stellt sich zur allgemeinen Verblüffung heraus: hier kopierte der farbige Trompeter der „Cotton Pickers", John Nesbitt, sein großes Vorbild Bix Beiderbecke.

GERHARD KLUSSMEIER

Händels „Giustino" unter Harry Kupfer in München

Grand Guignol, köstlich

Schon zur Begrüßung des Ensembles der Komischen Oper aus Ost-Berlin bei ihrem Gastspiel im Münchner Nationaltheater brandet der Applaus über die Maßen. Nach der Aufführung von Händels „Giustino" werden Felsensteins Erben geradezu stürmisch gefeiert: Dank für drei Stunden der köstlichsten Opern-Unterhaltung. Und in den Jubel ist wohl auch die Schelte der Münchner für ihre Staatsoper verpackt, die es in diesem Händel-Jahr nicht für nötig befunden hat, sich *mit* einer der Opern des Jubilars zu beschäftigen.

Händel aus Harry Kupfers Händen: das ist aber gar kein Händel, sondern das Vorturnen einer Regiekunst, die der Musik mißtraut und deren vermeintliche Leerläufe randvoll mit Aktion, mit Gags, mit Vergnüglichkeiten anfüllt. Händels Musik geht unter im Grand Guignol der Szenerie. Koloraturen werden zu akrobatischen Schüttel- und Rüttelveranstaltungen. Nur einmal, beim großen Lamento der Arianna, hält Kupfer still, und momentweise kann da Händels Musik wieder ihren mächtigen alten Zauber entfalten. Man beginnt zu ahnen, wieviel an diesem Abend verlorengeht.

Verloren geht allein schon viel dadurch, daß die Berliner Händel-Stimmen mitnichten besitzen. Aus dem Mezzosopran Jochen Kowalski könnte immerhin eine solche werden. Jawohl, Mezzosopran, kein Kontratenor. Kowalski singt nicht im extrem hohen Falsett wie die Countertenöre, ihm scheint die Natur den Stimmbruch schuldig geblieben zu sein, wofür sie ihn aber mit einer sehr angenehmen, schönen Stimme entschädigte. Nur die stupende Virtuosität, die diese Kastratenpartien Händels brauchen, die Attacke des Gesangs, die Lust an Trillern und Fiorituren, eben all das, was das Wesen der barocken Gesangsoper ausmacht, das kann Kowalski nicht einbringen.

Und wäre solches Singtemperament auch da, der Dirigent Hartmut Haenchen könnte es nicht befeuern. Denn er steht fest in der Hallenser Händel-Tradition, die auf originales Instrumentarium ebenso pfeift wie auf ein schlüssiges Konzept der Vortragsart. Fest im Metrum, dynamisch unflexibel und mit vorlautem Cembalo in den meisten Tutti-Sätzen, kriegt Händels Musik einen penetranten Marschton, erfüllt die Klischees von barocker „Nähmaschinenmusik".

Aber um Musik ging es, leider, ja zum wenigsten. Es ging um Harry Kupfers köstliches Kasperletheater. Wer es nicht mitbekommen hatte, daß hier nach dem Schlagetot- und Schachterlteuferl-Prinzip gespielt wurde, der erfuhr es im Finale in einer dramaturgischen Lehrstunde nach Berliner Art. Die Sänger treten aus ihren Rollen heraus, tragen moderne Freizeitkleidung und führen Marionetten an der Hand, die nun ihre vormaligen Bühnencharaktere verkörpern.

Kein Wunder, es geht ja im Finale des „Giustino" um die „edlen Männer", an denen „die kranke Welt genesen" soll, und die gab es im alten Byzanz nicht, die gab es in Händels Phantasie, doch in Wirklichkeit wohl erst im Paradies der Arbeiter und Bauern, richtig?

Der „Giustino" ist dankbares Objekt für solche Verdeutungen, geht es doch um einen Bauern, der vom Akker weg erst diverse Mitglieder der kaiserlichen Familie von Byzanz rettet und dann noch das ganze oströmische Reich, aber von tyrannischer Willkür doch nur mit einem Fußtritt bedankt wird. Da erscheint dann statt des vorgesehenen Deus ex machina „der Orgelspieler aus dem Berg", alias George Frederick, und sagt, wo es langgehen soll mit seiner Oper, auf daß es im Finale genügend zu singen gibt von friedlichen Tugenden.

Aber Schwamm drüber: Kupfers Kasperletheater mit seinen Ochsen, Pferden und Tatzelwürmern, seinem Klamauk und seiner melancholischen Verspieltheit, das waren drei wundervolle Stunden eines zum Selbstzweck gewordenen Theaters. Händel, verzeihe!

REINHARD BEUTH



Felsensteins Erbe wurde in München stürmisch gefeiert: Harry Kupfer FOTO: PETER PEITSCH

Bern zeigt „Von den Grotesken zum Grotesken"

Aus Neros Haus geholt

Grotesk ist die Etymologie. Und die Ikonographie ist es auch. Daran erinnert die Abegg-Stiftung in Riggisberg (bei Bern) mit ihrer Ausstellung „Von den Grotesken zum Grotesken". Beide Begriffe, das Wort und das Ornament, haben ihren Ursprung in Neros „Domus Aurea". Als man die Reste der Kaiserlichen Villa um 1480 unter dem Schutt der Jahrhunderte auf Roms Esquilin-Hügel ausgrub, glaubte man eine Grotte gefunden zu haben. Und die Wanddekorationen aus leichtem Stuck und farbenprächtigen Malereien nannte man „grottesche", Grottenmalereien.

In den nördlichen Sprachen ging bei dem Wort allerdings bald das zweite „t", das an die Herkunft und ihre mißverständliche Deutung erinnerte, verloren. Die Sache, die es bezeichnete, hatte dagegen um so größeren Erfolg. Am berühmtesten wurden die Grotesken Raffaels in den vatikanischen Loggien. Zugleich verbreiteten sich diese Dekorationsmuster durch die Ornamentstiche in allen Ländern und Kunstzweigen. *Überall liebte man diese Ornamente,* die scheinbar ohne jede Logik Menschen, Tiere, Pflanzen und frei erfundenes Linienwerk zu absonderlichsten Mustern verbanden. Man findet sie nicht nur als Wandmalerei, sondern auch auf Gläsern und Dosen, bei Gebrauchsgegenständen und vor allem bei Stoffen als Wandbespannung, Möbeldekoration und als Kleidung.

Das ist natürlich die Domäne der Abegg-Stiftung, die eine der bedeutendsten Textilsammlungen besitzt. So kann sie aus ihren Beständen sehr *gut die Entwicklung der Groteske als* Ornamentstil für Textilien vom 16. bis zum 19. Jahrhundert zeigen, ergänzt durch Vitrinenstücke in anderen Materialien und Ornamentstiche, die als Vorlage für Weber und Sticker dienten. Es sind Samte, Seiden und Spitzen, mal in alten Bahnen, mal in getreuen Neuauflagen der alten Muster aus der Zeit des Historismus.

Im beginnenden 18. Jahrhundert läßt die Beliebtheit der Grotesken zeitweilig nach. Damals veränderte sich wahrscheinlich der Wortsinn in Richtung auf seltsam, abstrus, unnatürlich. Doch im Klassizismus greift man schon wieder auf die alten Muster zurück oder erfindet sie neu. Diese Entdeckung und Wandlungen eines Ornamentstils werden in Riggisberg auf vielfältige Weise vorgeführt.

Besonders anschaulich sind die verarbeiteten Textilien. Da sieht man ein Prunkbett aus Piemont oder Savoyen (um 1720) mit seitlich gerafften Vorhängen und einem Himmel in Bunt- und Goldstickerei auf weißem Taft mit bereits von Chinoiserien beeinflußten Grotesken oder Teile einer Schabracke *aus dunkelblauem Samt* (um 1725) mit eigenartigen Masken in Reliefstickerei aus Silberfäden.

Die Stoffe entfalten einen Reichtum (sie waren auch zu ihrer Entstehungszeit alles andere als billig), den wir heute gewöhnlich nur noch aus Theaterkostümen und den Wandbespannungen in restaurierten Schlössern kennen. Denn bürgerliche Zeiten haben für fürstlichen Geschmack nur selten etwas übrig – und das ist schade, wie die Pracht der Vergangenheit zeigt. (Bis 27. Okt.; Katalog, deutsch und französisch, 20 sfr.)

PETER DITTMAR

JOURNAL

Renate Krößner ist jetzt in West-Berlin

dpa, **Berlin**

Die „DDR"-Schauspielerin Renate Krößner, bekannt durch ihre Hauptrolle in Konrad Wolfs Tragikomödie „Solo Sunny", ist aus Ost-Berlin in den Westteil der Stadt übergesiedelt. Frau Krößner hatte sich bereits seit drei Jahren um eine Ausreisegenehmigung bemüht. Seit diesem Antrag hatte die bekannte Schauspielerin in der „DDR" keine weitere Rolle gehabt. „Solo Sunny" war 1980 bei den Internationalen Filmfestspielen in West-Berlin mit *dem „Silbernen Bären" ausgezeich*net worden.

René Goscinny im Pariser Eiffelturm

AFP, **Paris**

Eine Ausstellung über den französischen Zeichner René Goscinny, den Vater von „Asterix", wird im September im Pariser Eiffelturm gezeigt. Den Figuren aus den „Asterix"-Bänden ist ein eigener Saal reserviert, außerdem sind Zeichnungen aus der Zeitschrift „Pilot" zu sehen, die der 1977 gestorbene Goscinny mitbegründet hat. Das Plakat der Ausstellung stammt von Sempé, der zusammen mit Goscinny die Kindergeschichten des „Petit Nicolas" verfaßt hat. Goscinnys Witwe Gilberte hat aus Anlaß der geplanten Ausstellung ei*nen nach ihrem Mann benannten* Preis gestiftet, mit dem das beste Drehbuch für einen Zeichentrickfilm ausgezeichnet wird.

Polnischer Forscher nach England

J. G. G. **Warschau**

Polens prominentester Forscher christlicher Literatur und Latinist Professor Jerzy Starnawski von der Universität Lodz hat eine Einladung an die Universität Durham in England annehmen dürfen, wo er *gegenwärtig an einem Lateiner*-Kongreß teilnimmt. Starnawski hat bislang zwanzig Bücher über den Einfluß des Katholizismus auf Polens Literatur geschrieben. Er ist mit seinem einstigen Professor-Kollegen, dem heutigen Papst, befreundet und mit der einzigen Schwester von Polens KP- und Regierungschef, General Jaruzelski, verheiratet, dessen Politik er freilich strikt ablehnt.

Mons ehrt Goya mit einer großen Ausstellung

J. B. **Brüssel**

In der südbelgischen Stadt Mons werden im „Museum der Schönen Künste" vom 1. Oktober bis zum 3. November Zeichnungen und Graphiken von Goya gezeigt. Die Ausstellung war Anfang des Jahres in Japan zu sehen und umfaßt 222 Werke des spanischen Malers. Alle sind in dem vorzüglichen Katalog, den der Direktor des Madrider Prado-Museums, Alfonso Emilio Perez Sanchez, zusammengestellt hat, abgebildet.

Die Preisträger des Belvedere-Wettbewerbs

dpa, **Wien**

Der norwegische Bassist Carsten Stabell hat in Wien den ersten Preis im Internationalen Belvedere-Wettbewerb für junge Opernsänger gewonnen. Der Preis ist mit umgerechnet 7000 Mark dotiert. Der von der Wiener Kammeroper jedes Jahr veranstaltete Wettbewerb gilt als eine der wichtigsten „Sänger-Börsen" der Welt. Den zweiten Preis (4300 Mark) errang die Sopranistin Kathleen Cassello aus den USA. Der Mozart-Preis des österreichischen Wissenschaftsministeriums (3570 Mark) ging an die amerikanische Mezzosopranistin Julie Simson und ihren Landsmann David Crawford (Tenor). An dem einwöchigen Wettbewerb hatten fast 250 Sänger aus 38 Ländern teilgenommen.

Uzarski-Ausstellung in Düsseldorf

epl. **Düsseldorf**

Zum 100. Geburtstag von Adolf Uzarski (1885–1970) zeigt das Düsseldorfer Stadtmuseum eine Ausstellung von Gemälden, Aquarellen, Zeichnungen, Plakaten, Druckgrafik und Büchern des vielseitig talentierten Künstlers, der in den zwanziger Jahren im rheinischen Kulturleben eine bedeutende Rolle spielte. Der geborene Mülheimer, der ursprünglich Architekt werden sollte, war Mitbegründer des „Jungen Rheinland" und der „Rheinischen Sezession" sowie erfolgreicher Organisator wichtiger Ausstellungen. Er veröffentlichte satirische Schriften und Romane, die er selber illustrierte, und trat gleichzeitig mit höchst verschiedenartigen eigenständigen Bildwerken hervor, deren Thematik vom Figuren- und Landschaftsbild bis zur Karikatur und zeitkritischen Polemik, von Wand- und Bühnenbildern bis zum Kinderbuch reichte. Otto Dix hat den kleinen verwachsenen Mann in charakteristischer Attitüde in einem berühmten Porträt verewigt (das in der Ausstellung natürlich nicht fehlt).

Zweifelhafte These über Entstehung der Homosexualität

„DDR"-Forscher: Mütter werden über Veranlagung ihrer Kinder entscheiden können / Ergebnisse nur durch Versuche an Ratten gewonnen

LUDWIG KÜRTEN, Bonn

„Homosexuell veranlagte Kinder auf Wunsch?" Mit dieser Überschrift griff die „Frankfurter Rundschau" in der letzten Woche die Thesen des Ostberliner Hormonforschers Professor Günter Dörner auf, der in einem Interview von Radio „DDR" angekündigt hatte, „Mütter werden in Zukunft entscheiden können, ob sie ein *heterosexuelles* oder auch ein homosexuelles Kind haben möchten".

Diese Behauptung geht auf eine Theorie Dörners zurück, die besagt, *daß* schon in einem frühen Stadium der Entwicklung eines Tieres festgelegt *wird, ob es sich später „männ*lich" oder „weiblich" verhält. Für diese Festlegung seien, unabhängig von dem im Erbgut fixierten Geschlecht, die Androgene, die Hormone der männlichen Keimdrüsen, verantwortlich. Wenn die Bildung dieser Hormone verhindert ist, beginnt der Organismus des Tieres das sogenannte *luteinisierende* Hormon auszuschütten, das bei weiblichen Tieren den Eisprung auslöst. Diese Ergebnisse gewann Dörner an Hand von Versuchen *mit* kastrierten Ratten.

Später stellten Wissenschaftler in Westeuropa und den Vereinigten Staaten fest, daß diese Prägung nur dann erfolgt, wenn Androgene in einer „kritischen" Phase der Entwick*lung auf ein bestimmtes Gehirnzen*trum, den Hypothalamus einwirken. Bei Ratten hat man inzwischen im Gehirn ein „männliches" und ein „weibliches" Nervenzentrum gefunden. Die Forscher vermuten, daß die Androgene auf sie wirken.

Diese Untersuchungen an Tieren führten in den 70er Jahren, vor allem in den Vereinigten Staaten, zu der These, daß auch die Homosexualität beim Menschen von der Konzentration der Androgene in der kritischen Phase abhängig sei. Ist diese Menge hoch, werde der Mann besonders männlich, ist sie niedrig, neige er eher zur Homosexualität. Bei Frauen soll es *genau umgekehrt* sein.

Diese Theorie ist jedoch unter Wissenschaftlern sehr *umstritten.* In der Bundesrepublik wird sie allgemein abgelehnt. So hat Professor F. Neumann von der Schering-Forschungsabteilung auf der Tagung der Deutschen Endokrinologischen Gesellschaft im Frühjahr in Göttingen darauf verwiesen, daß gerade in der Hormonforschung Tierversuche auf keinen *Fall* auf den Menschen übertragen werden dürften.

Beim Menschen habe man, so Professor Neumann, „Sexualzentren" im Gehirn nicht gefunden. Außerdem unterscheide sich bei genauerer Be*trachtung* das *„homosexuelle"* Verhalten, das die Tiere in Dörners Versuchen *zeigten*, stark von dem des Menschen.

In der Bundesrepublik Deutschland werden deshalb auch in der Diskussion um die Homosexualität stärker deren soziale und kulturelle *Ursachen* berücksichtigt. Offenbar kommt Dörners Theorie *vielen Leuten sehr* gelegen, die die Homosexualität nicht soziologisch, sondern *nur noch medizinisch* erklären wollen.

Es ist problematisch, daß diese zweifelhaften Thesen jetzt von der Presse aufgegriffen und in *popularisierter* Form „unter das Volk" gebracht werden, *ohne daß man sich die* Mühe macht, auch auf die (gewichtigen) Gegenargumente hinzuweisen.

Die erschreckende Zukunftsvision, die Dörner *jetzt entwickelt hat* – Eltern können darüber entscheiden, ob ihre Kinder hetero- oder homosexuell sein sollen – hätte eines klärenden Kommentars bedurft.

BFBS – ein flotter Sender feiert 40.

RAINER NOLDEN, Köln

Die Feier war britisch: Man stand unter einem Zelt, das vor dem Regen schützte, der unaufhörlich herunterprasselte und den Rasen wunderschön grünen ließ, pflegte „small talk", trank englisches Bier, lauschte den von krachendem Donner unterbrochenen launigen Reden der Männer der ersten Stunde und erhob zum Schluß das Glas zum gemeinsam angestimmten „Happy Birthday".

Der auf diese Weise Besungene wurde gestern 40 Jahre alt und ist als Abkürzung fast allen Radiohörern ein Begriff: BFBS, der „British Forces Broadcasting Service", der am 29. Juli *1945 als* „BFN" (British Forces Network) sein erstes Programm aus der Hamburger Musikhalle ausstrahlte und den Deutschen erstmals zeigte, was sich in den letzten zwölf Jahren musikalisch und kulturell in der Welt getan hatte.

Neun Jahre später zog die BFBS-Mannschaft nach Köln, wo sie seit nunmehr 31 Jahren in einer Villa im vornehmen Kölner Stadtteil Marienburg *residiert, unter der Führung* Richard C. Nortons, dem zehnten Intendanten seit Bestehen des Senders. Von Anfang an hatte der britische Soldatensender ein treues Stammpublikum unter den Deutschen, die sich bei diesem flotten Sender über die neuesten Trends vor allem in der Popmusik informierten. Wenn die Leute in Marienburg auf Sendung gehen, hören rund fünf Millionen Menschen zu – und ganz bestimmt sind immer auch einige von der deutschen Konkurrenz dabei gewesen, denn die aufgepeppten „Service-Wellen" der ARD-Hörfunkanstalten sind nicht denkbar ohne das Vorbild der Briten.

Einer der „Neuerwerbungen" des BFBS ist Patrick Eade, der jeden Morgen von halb neun bis um elf das Morgenmagazin moderiert – mit viel *Musik, Nachrichten und lockeren* Sprüchen. „Wir haben hier eigentlich nur einen provisorischen Status", meint er zu seinem neuen Job. „Sollten die britischen Truppen eines Tages von hier abgezogen werden, sind wir von heute auf morgen arbeitslos, *denn dann haben wir in Köln nichts* mehr verloren."

Den Traum des Ikarus geträumt

Das „himmlische Vergnügen" des Ultraleichtfliegers Raymond *John Carter* fand ein tragisches Ende: Nach Aussetzen des Propellers kam die Maschine ins Trudeln und stürzte kopfüber in den Vorgarten eines Wohnhauses nahe Toogoolawah in Australien. Der Pilot erlag seinen Verletzungen. Carter ist bereits der fünfte Flieger, der auf solche Weise in Australien ums Leben *kam. Eine abschreckende* Wirkung haben derartige Unfälle aber anscheinend nicht. Allein in der Bundesrepublik sind 600 dieser Ultraleichtflugzeuge in Betrieb. Ihre Höchstgeschwindigkeit liegt bei 100 Stundenkilometern, 150 Meter Flughöhe sind erlaubt. Der Sprit reicht für zwei bis drei Stunden, je nach *Windstärke.* Doch Leidenschaft kennt keine Grenzen: Patrice Franceschi, 30jähriger Ultraleichtflieger aus Frankreich, unternimmt *gegenwärtig* den ersten Versuch einer Weltumrundung. J. S.



FOTO: AP

Die Waggons stehen still

Lkw-Konvoi zur Soforthilfe für Hungernde in Westsudan

C. O. Khartum

Im Hafen von Port Sudan wachsen die Weizenberge. Mehr als 200 000 Tonnen Nahrungsmittel liegen hier auf Halde; im Westen des Landes aber warten drei Millionen Hungernde vergeblich auf Nachschub.

Während die Versorgung der drei östlichen Provinzen mit 24 000 Tonnen pro Monat über das UN-Welternährungsprogramm (WFP) heute gesichert scheint, während Weizen und Hirse aus USA mit Hilfe von „Care" *mittlerweile 9000 Dörfer in Kordofan* erreichen (bis Ende Juli sind es 120 000 Tonnen), wird Darfur zum Alptraum, besonders für die amerikanische Hilfsorganisation USAID, die *nicht* nur den Transport nach Kordofan, sondern auch ins 2000 Kilometer entfernte Darfur übernommen hat. „Darfur", so ein WFP-Experte, „war schon immer am Ende der Welt. Aber offensichtlich hat man die Transportprobleme unterschätzt."

Es lag vor allem an den überhöhten Forderungen der Transportunternehmer und am Streik der Lastwagenfahrer, daß der Nachschub auf den primitiven Pisten nicht mehr funktionierte. *Zwar gab* es noch *die* Bahn, die 190 Tonnen pro Tag ins Hungergebiet transportierte. Doch dann kam der Regen. Vor 14 Tagen wurde die Eisenbahnbrücke bei Nyala weggespült. Seither stehen die Waggons still. So blieb nur noch die Luftbrük*ke der EG, die pro Tag nicht mehr als* 70 Tonnen nach Darfur fliegt.

1000 Tonnen pro Tag aber sind nötig, um drei Millionen Menschen auch nur notdürftig am Leben zu erhalten. Eilends hat deshalb der britische „Save the Children's Fund" zusammen mit Unicef einen Lastwagenkonvoi auf die Reise geschickt. Drei weitere sollen folgen. Aber 50 Fahrzeuge brauchen eine Woche, um 500 Tonnen über die abenteuerlichen Pisten zu *transportieren – wenn sie überhaupt* ankommen. Und die Lebensmittel, die etwa von der deutschen Welthungerhilfe über Tschad hereingebracht werden, können auch nur ein paar hungrige Mäuler stopfen.

Die einzige Hoffnung ist die Nordroute Khartum–el Fasher: Eine 1200 Kilometer lange, teils unbefahrene Piste, die derzeit vom WFP instandgesetzt wird. In drei Wochen soll sie für größere Transporte benutzbar *sein. Dazu werden elf Bergungsfahr*zeuge aus Italien entlang der Piste stationiert, die liegengebliebene Lastwagen aus dem Dreck ziehen soll. Die Einrichtung dieser Lebensader wird eine *Million Dollar* kosten. *Das* Kinderhilfswerk der Vereinten Nationen Unicef hat 200 000 Dollar zugesagt: „Was nützt es, wenn wir die Kinder impfen und ihnen Milch geben, wenn ihre Eltern daneben verhungern."

„Schreckliche Klarheit"

Ehemaliger Gestapomann Harri Schulz freigesprochen

JÖRG STRATMANN, Hamburg

Mit einem Freispruch endete gestern vor der großen Strafkammer des Landgerichts Hamburg der Prozeß gegen den 70 Jahre alten ehemaligen Gestapoangehörigen Harri Schulz. „Der Aufklärungsversuch, dem Angeklagten Mord und Beihilfe nachzuweisen, ist gescheitert", begründete der Vorsitzende Richter Günter Bertram das Urteil.

Schulz war vorgeworfen worden, in den Jahren 1942 und 1943 sieben Menschen ermordet zu haben und an der Deportation von 5000 Juden aus dem polnischen Zawiercie, dem früheren Warthegau, in das Vernichtungslager Ausschwitz beteiligt gewesen zu sein. Der Angeklagte hatte dies bestritten.

Die Hamburger Staatsanwaltschaft hatte 1980 ihre Anklageschrift vorgelegt. Der Prozeß hatte im April des letzten Jahres begonnen. Die Anklagevertretung hatte für drei ihrer An*sicht* nach bewiesene Morde eine lebenslange Freiheitsstrafe gefordert und zusätzlich für die Beteiligung an vier Deportationen 15 Jahre Freiheitsstrafe wegen Beihilfe zum Mord beantragt. Die Oberstaatsanwältin Helge Grabitz kündigte unmittelbat nach Verlesung des Urteils Revision an. Die Verteidigung hatte wegen nicht zwingender Beweislage auf Freispruch plädiert.

Auch der Vorsitzende Richter sprach *in seiner annähernd zweistündigen* Urteilsbegründung von einer schwierigen und höchst unbefriedigenden Beweislage, der die Staatsanwaltschaft nicht genügend Rechnung getragen habe. Das Verfahren habe gezeigt, daß es bei den zahlreichen Zeugen zu Erinnerungsverschiebungen und Personalverwechslungen gekommen sei. Hörensagen sei teilweise zum Selbsterlebten geworden, fuhr Richter Bertram fort. Die Kammer sei mit der Staatsanwaltschaft der Auffassung, ein ernsthafter Verdacht sei zwar begründet, „aber es gibt keine ausreichende Gewißheit."

Es sei Aufgabe des Gerichts gewesen, im juristischen Sinne Verbrechen gegen die jüdische Bevölkerung *aufzuklären, hatte der Richter zu* Beginn erklärt, nicht im historischen Sinne. „Darüber herrscht große, schreckliche Klarheit." Angesichts des notwendigerweise kühlen und sachlichen Verfahrens sei es *allerdings* nötig, den zahlreichen, teilweise aus dem Ausland angereisten jüdischen Zeugen ausdrücklich Dank und Achtung auszusprechen. Es sei für sie eine schlimme Zumutung gewesen, „Narben und alte Wunden wieder *aufzureißen.*" Der Respekt des Gerichts habe allerdings nichts damit zu tun, ob Aussagen im juristischen Sinne Beweiswert habe.

LEUTE HEUTE

Verletzt

Schauspieler leben gefährlich, besonders wenn sie bei gewissen Szenen *auf ein Double verzichten.* Das mußte Frankreichs Supermann **Jean Paul Belmondo** einmal mehr erfahren. Der 52jährige zog sich am letzten Tag der Dreharbeiten zu seinem neuesten Action-Film „Hold-up" eine böse Platzwunde am Kopf zu, als er während einer Verfolgungsjagd von einem Abschleppwagen aus den angehängten Wagen loskuppeln wollte.

Verpönt

Als Orientierungshilfe für den modebewußten Zeitgeist werden hin und wieder Trendmeldungen veröffentlicht. In den USA hat jetzt **Kim Long** (35) ein Buch dazu herausgegeben. Longs Ergebnisse: Weiße Söckchen sind genauso ein Muß wie teure Gourmet-Senfsorten. Diese sollten in keinem Haushalt fehlen. Verpönt, wegen *der Hautkrebsgefahr, ist* knakkige Sonnenbräune. Out sind auch, nach der Jogging- und Aerobic-Welle, übertriebene gymnastische und sportliche Betätigungen.

Verlegt

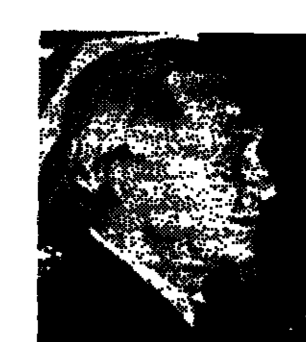
In der Not bat er seinen ehemaligen Kollegen **Ronald Reagan** um Ver*mittlerdienste. Hollywood-Star* **Rock Hudson**, der an der lebensgefährlichen Immunkrankheit Aids leidet, wollte sofort vom amerikanischen in das französische Militärkrankenhaus in Paris verlegt werden. Er wünschte, von einem bestimmten Arzt behandelt zu werden. Hudson soll auch das neue Medikament „A 23" bekommen, das das Fortschreiten der Krankheit möglicherweise spürbar verlangsamen kann.

Verliebt

„Tatum *ist* bis über beide Ohren verliebt", berichtete der frühere Hollywood-Star **Joanna Moore** (49) zur andauernden Affäre ihrer Tochter **Tatum O'Neal** mit dem Tennisstar **John McEnroe**. Joanna hätte nichts gegen ihn als Schwiegersohn einzuwenden. Denn, wie *sie zum Erstaunen vieler in* London sagte, sei er der „perfekte Gentleman" und: „Seine Temperamentsausbrüche finden lediglich auf dem Tennisplatz statt".

Verwöhnt

Seeleute sind wortkarg. Mit dem Satz „Auftrag erfüllt, Ruhestand be*ginnt" meldet sich ein Kapitän diese* Woche bei seiner Reederei in Hamburg zurück. Für den Seemann war der über 12 000 Seemeilen und fünf Wochen lange Törn von Rendsburg nach Devonport auf Tasmanien ein doppelter Abschied. Kapitän **Rudolf Schönfeld** überführte sein *Schiff,* die ehemalige Ostseefähre „Nils Holgersson" der TT-Saga-Line (Heimathafen Lübeck) nach Australien. Sie fährt,



mit 19 500 BRT neu vermessen, als „Abel Tasman" auf der Route zwischen Devonport und Melbourne. „Keine besonderen Vorkommnisse" sind im neuen Logbuch des jetzt *größten Schiffes der tasmanischen* Handelsmarine vermerkt. Der ehemalige „Nils Holgersson"-Kapitän Rudolf Schönfeld (65) wurde zu seiner Pensionierung – das ist sein zweiter Abschied – mit Auszeichnungen verwöhnt und zum „Ehren-Kapitän der australischen Handelsmarine" ernannt.

Verhaftet

Vergangenes Jahr in Los Angeles gewann er eine Goldmedaille im Fliegengewicht für die Nationalmannschaft der Bundesrepublik Deutschland. Jetzt nahm die Tübinger Polizei den Ringer **Pasquale Passarelli** mit vier anderen Verdächtigen fest. Seine Verhaftung steht im Zusammenhang mit dem Überfall auf einen Geldboten im Juni dieses Jahres, bei dem 184 000 Mark erbeutet wurden.

Mafiosi rächen sich an Kommissar

F. M. Rom

Die Mafia hat aufs neue zugeschlagen. Am Sonntagabend wurde in Porticello bei Palermo der 35jährige Polizeikommissar Guiseppe Montana ermordet. Montana war eine der Schlüsselfiguren in der durch die Enthüllungen des Mafia-Paten Buscetta und anderer „Überläufer" ausgelösten polizeilichen Fahndungskampagne gegen die „Familien" der sizilianischen Gangsterorganisation. Der Kommissar *leitete* das Einsatzkommando, dessen Aufgabe die Aufspürung und Verhaftung indizierter „Mafiosi" ist. Bei der letzten von ihm kommandierten Operation waren am vergangenen Mittwoch in einer Villa bei Palermo acht seit längerem gesuchte Mafia-Angehöre verhaftet worden. Der Kommissar, der den Sonntag *mit seiner Verlobten auf* einem Boot vor der sizilianischen Nordküste verbracht hatte, war am Abend im kleinen Hafen von Porticello von seinen beiden Mördern erwartet und aus nächster Nähe mit vier Kopfschüssen niedergestreckt worden. Die Täter konnten entkommen.

Erdbeben in Zentralasien

dpa, Straßburg

Ein schweres Erdbeben hat gestern morgen Vorder- und Zentralasien erschüttert. Mit einer Stärke von 7,3 auf der Richterskala lag das Epizentrum an der sowjetisch-afghanischen Grenze im Hindukusch-Gebirge, berichtete das französische Institut für Erdbeobachtung in Straßburg. Über Schäden oder Opfer wurde zunächst nur wenig gemeldet. Auch der Osten der Türkei und der Süden der Sowjetunion waren betroffen.

Bestechungsskandal

rtr. Wien

Der Wiener Staatsanwalt Lutz Moser ist wegen Annahme von Bestechungsgeldern von seinem Posten beurlaubt worden. Wie der österreichische Justizminister Harald Ofner gestern mitteilte, hat Moser gestanden, umgerechnet mehr als eine Million Mark für die Einstellung des Ver*fahrens* gegen den Kaufmann Bela Rabelbauer wegen Verdachts des schweren Betrugs erhalten zu haben. Ofner bezeichnete die Affäre als „bedauerlichen Fall von Einzelkorruption", dessen Ausmaß sich noch nicht genau ablesen lasse. Dem Staatsanwalt drohen fünf Jahre Haft.

Rasende „Brummis"

dpa, Düsseldorf

*Mit beträchtlichen Geschwindig*keitsüberschreitungen haben die Brummi-Fahrer auf Nordrhein-Westfalens Autobahnen sogar den Düsseldorfer Innenminister Herbert Schnoor geschockt. *Als* „Anschlag auf die Verkehrssicherheit" hat er gestern in Düsseldorf das Ergebnis der im Juni auf den Autobahnen vorgenommenen Geschwindigkeitskontrollen gewertet. Von 6160 geprüften Lastwagen fuhren mehr als jeder vierte *schneller als die erlaubten* 80 Stundenkilometer. Jeder achte Lkw-Fahrer raste mit mehr als 100 Kilometern in der Stunde über die Autobahn. Die Polizei verteilte insgesamt 1095 Verwarnungen und 88 Anzeigen.

30 000 Kircheneintritte

epd, Hannover

Das Branchenfernsprechbuch Hannovers enthält jetzt eine Telefon*nummer für* alle, die *wieder* in die evangelische Kirche eintreten wollen. Es ist die Rufnummer 1 40 78 der Stadtsuperintendentur. Sie wurde im neuesten Fernsprechbuch auf Bitten der *Kirche* eingefügt, als Ergänzung zur schon früher enthaltenen Durchwahl für Kirchenaustritte. Die Stadtsuperintendentur verzeichne etliche Neu- und Wiedereintritte in die evangelische Kirche. Derzeit gebe es bundesweit 30 000 bis 40 000 wieder in die Kirche *zurückkehrende* Protestanten.

Notlandung

AP, Christchurch

Ein neuseeländisches Großraumflugzeug des Typs Boeing 747 mit 355 Passagieren an Bord mußte gestern kurz nach dem Start in Christchurch (Neuseeland) notlanden. Nach Angaben der Flughafenverwaltung geriet die Maschine beim Start in Richtung Melbourne in einen Vogelschwarm. Ein Triebwerk habe noch vor dem Abheben Feuer gefangen. Keiner der Insassen sei verletzt worden.

Vom Himmel gefallen

dpa, Bielefeld

Als harmlose, leere Zusatztanks eines britischen Militärjets entpuppten sich zwei „Bomben", die gestern über *einem Vorort* von *Bielefeld* vom Himmel fielen. Nach Angaben der Polizei landeten die Tanks in *einem Maisfeld*, ohne größere Schäden anzurichten. Der Pilot eines britischen Kampfflugzeuges „Harrier" hatte die beiden leeren Spritbehälter beim Landeanflug auf den Militärflugplatz Gütersloh offenbar zu früh ausgeklinkt.

Stille Örtchen aufs Korn genommen

CATRIN WILKENING, München

„An allen Tischen vorbei, einen Gang nach hinten entlang, führt der Weg zum *Ziel.* Es gibt Leute, die stolz berichten, daß sie unter zwei Stunden brauchten, um hinzufinden." Der Autor dieses Textes sucht – die Toilette. Und zwar im Restaurant „Die Kulisse" auf Münchens exklusiver Maximilianstraße. Die Wegbeschreibung zu dem stillen Örtchen des Theater-Treffpunktes steht in „WC Perspektiven – Europas 1. *Toilettenführer*", herausgegeben vom „Regenbogenteam".

Europa beschränkt sich darin auf die bayerische Landeshauptstadt, wie schon der Umschlag mit Rautenmuster signalisiert. Ob Cafés, Stehkneipen, In-Lokale, Restaurants und Bierhallen, die sechs Redakteure des *Habarta*-Verlages nahmen rund 300 Örtchen in den Führer auf. Sie besuchten selbst die *„Befreiungshallen"*, wie es bei Karl Valentin hieß, in Museen, Kinos, Theatern und den großen Hotels. Die Beschreibungen sind detailliert, mal beziehen sie sich auf das Restaurant oder dessen Namen – „Eine Tür mit einem Bienen*fräulein führt* anscheinend zur Toiletten-Wabe" heißt es beispielsweise zum „Café Bistro Bienenkorb" –, mal werden Einzelheiten minutiös geschildert: „Mäntel sollte man besser am Tisch oben im Lokal lassen, denn Kleiderhaken erfreuen sich hier größter Abwesenheit." Das wurde im „Nürnberger Bratwurstglöckl am Dom" registriert.

Spaß machen die „Einlagen" in dem Führer, so eine kurze „Geschichte der Toilette". Da wird deutlich, wie heikel das Thema war und *ist. Zur Historie des Abortes existieren* kaum Quellen. Bekannt ist, daß schon die Ägypter eine Art Plumpsklo hatten, wie es bei uns noch im 19. Jahrhundert üblich war. Die Japaner zogen sich auf eine Latrine zurück und im alten Rom bestand, wie allgemein bekannt, ein ausgeklügeltes Kanalisationssystem, zumindestens in *den besseren Wohngegenden. Die* ritterlichen Burgherren dann hatten ihre Mauertürmchen in schwindelerregender Höhe. Unsere aufwendigen Anlagen mit Desinfektionsmittel, Luftverbesserer und Klobesen sind als Erfindungen des 20. Jahrhunderts vergleichsweise geschichtslos.

Immerhin dienten sie den Restaurant-Klo-Prüfern dazu, Auszeichnungen – in Form von „Fliesen" – zu vergeben, wie es sich für einen derartigen Guide gehört. Das reicht von der „zerbrochenen Fliese" bis zur „Regenbogenfliese" als höchstes Lob, die für Sauberkeit, Ordnung, gute Luft, Helligkeit und das Vorhandensein alles Nötigen vergeben wurde. Sie vergaßen jedoch einige originelle Toiletten der Landeshauptstadt, etwa die Damentoilette im Künstlercafé „Extrablatt". Sie lohnt einen Besuch: edler Marmor und an den Wän*den verwirrende Männerfotos, die* sowohl Humphrey Bogart im Trench als auch Richard Gere im Tarzankostüm zeigen. In den Räumlichkeiten für die Männer präsentiert sich das andere Geschlecht als bloße Augenweide.

Das erinnert schon eher an europäische oder weltweit anlegbare Maßstäbe. Denn wer ist nicht schon einmal in einem Restaurant unversehens auf ein Knüller-Klo gestoßen, das er nur schweren Herzens wieder verließ. Da lassen Sensortasten das Wasser rauschen, sobald die Tür *aufgeht,* und der Trockner summt eine Melodie. Wer hat andererseits nicht schon einmal am Urlaubsort ein Lokal nur deswegen auserkoren, weil es vor Ort das einzige mit einer hygienisch anmutenden Toilette war.

WETTER: Schauer

Wetterlage: Auf der Rückseite eines nach Osten *abziehenden Tiefausläufers* bestimmt frische Atlantikluft das Wetter.

Deutscher Wetterdienst 29. Juli 1985, mittags.

Vorhersage für Dienstag:

Im Alpenvorland anfangs noch bedeckt und schauerartiger, zum Teil gewittriger Regen. Später dort wie im übrigen Deutschland wechselnde Bewölkung mit Schauern, örtlich Gewitter. Höchsttemperaturen zwischen 18 Grad im Norden und 24 Grad im Süden. Tiefsttemperaturen nachts 14 bis 10 Grad. Mäßiger, in Schauern böig auffrischender Südwestwind.

Weitere Aussichten:

Vorübergehend abklingende Schauer, 20 bis 23 Grad.

Temperaturen am Montag, 13 Uhr:

Berlin	24°	Kairo	33°
Bonn	17°	Kopenh.	19°
Dresden	25°	Las Palmas	23°
Essen	15°	London	18°
Frankfurt	19°	Madrid	21°
Hamburg	19°	Mailand	28°
List/Sylt	18°	Mallorca	32°
München	27°	Moskau	22°
Stuttgart	20°	Nizza	23°
Algier	32°	Oslo	16°
Amsterdam	17°	Paris	18°
Athen	30°	Prag	25°
Barcelona	33°	Rom	30°
Brüssel	17°	Stockholm	17°
Budapest	29°	Tel Aviv	32°
Bukarest	31°	Tunis	31°
Helsinki	15°	Wien	27°
Istanbul	27°	Zürich	20°

Sonnenaufgang* am **Mittwoch**: 5.44 Uhr, Untergang: 21.11 Uhr; **Mondaufgang**: 21.40 Uhr, Untergang: 4.25 Uhr

*in MEZ, zentraler Ort Kassel

ZU GUTER LETZT

„Sommer in Moskau: Sinkende Obstpreise und Liebespaare im Park", meldete dpa gestern.

